

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 10. Februar 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der zweite Tag.

Die Flottenvorlage hat im Reichstage Unglück. Und wie Napoleon schon sagte: Das Unglück ist eine Eigenschaft. Der erste Tag war schlimm, der zweite stellt sich dem ersten würdig zur Seite. Es ist viel geredet worden, aber keine der Reden hat die Flotte flott gemacht.

Patrioten. Und da niemand im Ernst an die Notwendigkeit der Flottenvorlage glaubt, ist der gegenwärtige Kagenjammer der unangenehmste von allen: Kagenjammer ohne Kauf.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 9. Februar.

Die Beratung des Justizetats.

Das Abgeordnetenhaus begann am Freitag die zweite Lesung des Justizetats. Wie üblich knüpfte sich an den Titel „Minister“ eine Art Generaldebatte, deren wesentlicher Charakter — der Zusammensetzung des Hauses entsprechend — darin bestand, daß die Herren lediglich solche Fragen zur Sprache brachten, an denen die Bourgeoisie allein oder doch wenigstens mitbeteiligt ist.

Das in der konservativen Presse seit einiger Zeit laut gewordene Verlangen nach Wiedereinführung der Prügelstrafe kam zum Ausdruck in den Reden der Abg. Weise (lsm.) und des bekannten Pastors Schall. Beide fingen ein langes Loblied auf diese mittelalterliche Institution, hüteten sich aber sehr wohl, auch nur anzudeuten, daß die Prügelstrafe gegebenen Falls auch gegen Leute aus ihrer Gesellschaftsklasse zur Anwendung kommen sollte.

Weiter wurde die Frage der bedingten Verurteilung angeschnitten. Die Antwort des Ministers hierauf lautete, daß die Einführung der bedingten Verurteilung von den noch zu sammelnden Erfahrungen abhängen, und daß das System der bedingten Verurteilung, das wir seit drei Jahren anwenden, befriedigende Resultate gezeigt habe und in mancher Beziehung den Vorzug vor dem System der bedingten Verurteilung verdiene.

Von den übrigen Anregungen, die die Debatte bot, erwähnen wir die einen besseren Vorbildung der Richter, einer Vermehrung der Richterstellen und besserer Bezahlung der vorgebildeten Gefangenen-aufseher, eine Frage, die angesichts der bekannten Durchsicherungen in Plöbensee von Bedeutung ist.

Ein Zukunftslied aus der Vergangenheit.

Man schreibt uns: Vor 112 Jahren sang der von seinem Fürsten in grausamster Weise rechtlos eingekerkerte deutsche Dichter Christian Daniel Schubart in seinem Kapelle:

„Auf, auf! Ihr Brüder und seid stark,
Der Abschiedstag ist da.
Schwer liegt er auf der Seele, schwer!
Wir sollen über Land und Meer
Ins heiße Afrika.“

Ein dichter Kreis von Lieben steht,
Ihr Brüder um uns her;
Und knüpft so manches teure Band
An unser deutsches Vaterland,
Denn fällt der Abschied schwer.

Dem bieten graue Eltern noch
Zum letztenmal die Hand;
Den tosen Bruder, Schwester, Freund;
Und alles schweigt, und alles weint,
Toblos von uns gewandt.

Und wie ein Geist schlingt um den Hals
Das Liebchen sich herum:
Willst mich verlassen, liebes Herz,
Auf ewig? — und der still're Schmerz
Nacht's arme Liebchen stumm.

Ist hart drum wieble Du, Tambour,
Den Generalmarsch drein.
Der Abschied macht uns sonst zu weich,
Wir weinten keinen Kindern gleich —
Es muß geschieden sein.

Lebt wohl ihr Freunde, sehn wir uns
Vielleicht zum letztenmal;
So denkt, nicht für die kurze Zeit,
Freundschaft ist für die Ewigkeit,
Und Gott ist überall . . .“

Heut werden keine schwäbischen Landeslieder mehr von ihrem teuren Landesvater für blankes Gold an die Engländer verkauft, um im Kaplande ihr Leben im Kampf mit den Gontentotten zu lassen; heut können eher die englischen Angenordenen, die sich den sicher treffenden Wüchsen der Boeren entgegenstellen sollen, ähnliche Lieder singen. Aber dessen kann man sicher sein: sollte die neue deutsche Weltpolitik aus der Phrase zur Wirklichkeit werden, so wird es nicht lange dauern, und eine Veranlassung wird gefunden sein, die neue kostspielige deutsche Schlachtflotte auch zu beschäftigen. Wie im Jahre 1886, als die sogenannte Hereresreorganisation in Preußen gegen den Willen der Volksvertretung vollständig durchgeführt war, es nicht lange dauerte, bis der Krieg mit

Österreich angefangen wurde, so dürfte, wenn erst die verlangte deutsche Schlachtflotte gebaut ist, bald Gelegenheit gefunden sein, um neben dem mächtigen Landheer auch die neue mächtige Flotte in glänzenden Seeschlachten in Thätigkeit zu setzen, sei es gegen „das schneeige Albion“, sei es gegen die Boeren oder gegen die Herero oder gegen die Japaner oder gar gegen die Träger des Sternbanners.

Dann werden es nicht nur brave Schwabensöhne sein, die ihr Herzog an die Engländer verkauft hat, welche ihr junges Leben in diesen „glänzenden Seeschlachten“ lassen müssen, sondern Angehörige aller deutschen Stämme, wie es Schaubart in einem andern Liede schildert:

„Erhoben haben sich zum Menschenwürden
Die Erdemänner ohne Zahl
Krieg donnert's schrecklich von Gebirgen
Krieg hallt's entschuldig nach im Thal.“

Der Wodgeist kommt in dumpfen Schwefeldüften;
Sein Auge roht in roter Glut.
Ein Wetter brüllt um seine Hüften,
Und seine Sohle steht im Blut. — —

Der Ocean erschrickt ob Menschenleichen,
Die seine Woge wälzen soll.
Die heiße Sonne brüht Seanden,
Von Jammer ist die Erde voll. . . .“

Deutsches Reich.

Bequeme Ausflucht.

Den Flottenfreunden ist die Aufzählung der Kostenfrage sehr unangenehm. Während früher die „Berliner Politischen Nachrichten“ unvorsichtig auf künftige Mehreinnahmen des Reichs aus der Erhöhung der Agrarzölle hinwiesen, schlägt das Organ des preussischen Finanzministers jetzt eine ganz andere Taktik ein. Wozu, sagt es, sollen wir uns jetzt den Kopf darüber zerbrechen, woher neue Einnahmen zu erschließen seien; dazu sei zur Zeit gar nicht der mindeste Anlaß. Das Blatt des Flotten-Marinesekretärs a. D. fährt aus:

„Erst wenn in der Folge etwa die Notwendigkeit sich ergeben sollte, ohne Vermehrung der Einnahmen des Reichs Marktzulagen umlagen über die Ueberweisungen hinaus in größerem Betrage auszufahren, würde der Zeitpunkt gekommen sein, wo die Deckungsfrage praktische Bedeutung gewinnen könnte. Auch würde eine solche vorzeitige Befassung mit der Deckungsfrage mit der Auffassung in Widerspruch stehen, von welcher der Reichstag selbst, und zwar unter Führung des Centrums, sich bei der Behandlung der Frage über die Dedung der Mehrkosten der Hereresvorlage von 1893 leiten ließ. Demals verhielt sich der Reichstag gegen die Vorschläge der verbündeten Regierungen, eine Vermehrung der Einnahmen des Reichs in Höhe jener Mehrkosten herbeizuführen, ablehnend. Er bewilligte lediglich eine Erhöhung der Reichs-Stempelabgaben, welche nur zur Dedung eines Bruchteils jener Mehrkosten ausreichte und hat insofern Recht behalten, als die natürliche Zunahme der bestehenden Reichseinnahmen völlig ausgereicht hat, jene Mehrkosten zu bestreiten. Es wird sich daher dringend empfehlen, daß der Reichstag von 1900 an der Finanzpolitik des Reichstags von 1893 festhält.“

Also die Milliardenfrage hat vorläufig „keine gewisse Bedeutung“, da sich der Reichstag früher selbst auf die Steigerung der laufenden Reichseinnahmen verlassen habe. Die „Berl. Polit. Nachr.“ vergesen dabei nur zweierlei, einmal daß es sich jetzt um ungeheurer viel größere Summen handelt als 1893 und sodann, daß die Regierung selbst durch ihre Absicht, wenigstens 670 Millionen auf Anleihe aufzunehmen, bekundet hat, daß sie die laufenden Reichseinnahmen nicht als hinreichend anzusehen vermag.

Wir wiederholen auch bei dieser Gelegenheit unsere Meinung, daß die Vollverrechnung auch keineswegs dabei sich beruhigen dürfte, wenn selbst die laufenden Einnahmen wirklich zum Bau der Flotte ersten Ranges hinreichen könnten. Vielmehr hat sie die Pflicht, dafür zu sorgen, daß, wenn schon neue Panzerflotte in den Ocean geset werden sollen, dies überhaupt nicht aus den Steuern bewerkstelligt werden darf, welche die untern Volksklassen am drückendsten belasten. —

Die Zwangsschwärmer.

Die „Germania“ entspricht heute der Aufforderung, die Namen der konservativen Abgeordneten zu nennen, die das Centrum für die Ablehnung der Flottenvorlage scharf zu machen suchten. Der Direktor des Bundes des Landwirte, Dr. Gahn, habe neuerlich in einer Unterhaltung mit einem Centrumsabgeordneten — es soll der katholische Agrarier Szmulka gewesen sein — auf dem Wege vom Abgeordnetenhaus zum Reichstag in diesem Sinne auf das Centrum einzuwirken gesucht. Weiter erklärt die „Germania“, daß im Frühjahr 1898 anlässlich der Militärnovelle der konservative Abgeordnete Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode an Mitglieder des Centrums herangetreten sei, um sie zum Festhalten an dem Abstrich von 7000 Mann zu ermutigen, während hernach die konservative Partei geschlossen für die volle Bewilligung eintrat.

Die „Kreuz-Zeitung“ bezweifelt zwar die Wahrheit der Angaben, worin aber merkwürdigerweise zugleich ihre Parteigenossen, auch in ihrem privatessten Verkehr mit Mitgliedern des Centrums sich der allergrößten Zurückhaltung zu befleißigen, da, wie die Erfahrung lehrt, auf Discretion nicht zu rechnen ist. Daß dieselbe Warnung in etwaigen Beziehungen zu Vertretern der „Germania“ doppelt am Platze ist, liegt auf der Hand. Wir müssen offen gestehen, daß uns eine derartige Kundgebung rein privater Gespräche in der Öffentlichkeit bisher bei keiner andern Partei begegnet ist. — Danach scheint die „Kreuz-Zeitung“ doch wieder an die Wichtigkeit der Behauptung der „Germania“ zu glauben.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ verlegt sich aufs Neugenen. Aber wozu? Die Herren haben doch nur gesagt, was ihrer wirklichen

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepalte Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Druckkosten sind an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 8 Uhr vormittags gestrichen.
Kreuz-Zeitung: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphisch:
„Socialdemokrat Berlin“

Ueberzeugung entspricht. Sie fürchten den Militarismus und sogar schon den Militarismus, der ihnen die Leute wegheißt! Und sie sind mir zu feige, ihrer Ueberzeugung gemäß zu handeln, weil sie die Gunst der Krone nicht völlig verlieren wollen. Ihre Flottenwärmerei ist nicht Wahnsinn, wie bei den Aldeutschen, sondern Methode — die Methode, durch Liebedienerei Vorteile zu erschmeicheln.

Die Flottenheuchelei der Agrarier ist entlarvt — da hilft kein Zeugnen mehr! —

Aufs Land! Die „Konservative Korrespondenz“ giebt sich den Anschein, als ob ihr umste Berliner Protestversammlungen gegen den Flottenwimmel nicht imponieren. Sie schreibt:

„Solche Berliner Proteste aber besagen gar nichts. Die Herren Nebel, Singer usw. sollten doch einmal in die Provinzen gehen und dort gegen die Flottenvermehrung „protestieren“, — das würde ein ganz anders Gesicht erhalten. In Berlin kann es der socialdemokratischen Organisation gar nicht schwer fallen, die nötige Anzahl Stimmvieh zusammen zu bringen, um nach einer Schablonenrede zu der wohlpraparierten Resolution gehoramt „Ja“ zu sagen. Jünal die Flottenprotestversammlungen sind seit Wochen vorbereitet worden und die gesamte Führerschaft ist in Reich und Glied angetreten, um ja eine „impolante Demonstration“ zu stande zu bringen. Das spricht auch nicht gerade dafür, daß der gerühmte Protest freier Ueberzeugung entspringen sei, daß die Flottenfeindschaft in der That die Arbeitergemeinschaft beherrsche.“

Um die „Konf. Korresp.“ ein wenig in unsere Mobilisierungs-Gehimmnisse einzuwachen, können wir ihr verraten, daß die erste Anregung zu den „seit Wochen“ vorbereiteten Versammlungen genau acht Tage, bevor sie stattfanden, erfolgt ist. Gar so langsam ist unsere Miß doch nicht, wie die „K. R.“ hofft. Ihren Rat aber, in die Provinzen zu gehen, können wir aus dem Grunde nicht mehr befolgen, weil bereits überall mit dem gleichen Erfolg auch in der Provinz derlei Kundgebungen stattgefunden haben.

Indessen, wir versprechen noch mehr zu thun. Wir sind nicht nur in die Provinz gegangen, sondern wir werden sogar, falls es zur Reichstagsauflösung kommen sollte, aufs Land, aufs platte Land, da, wo es am agrarischsten ist, wandern, und es wird ein großes Vergnügen bereiten, vor der ländlichen Bevölkerung gegen die Flotte zu sprechen, während die Herren Konservativen uns gegenüberreden werden, um begeistert die „Liebesgabe für den Handel“ zu empfehlen. —

Vom Wasser zum Alkohol. Wie allenthalben haben auch in Leipzig die Arbeiter in glänzenden verlaufenen Versammlungen gegen die Wasser- und Weltpolizei demonstriert. Die dortigen Studenten haben, wie ihre Berliner Kommilitonen, einer der drei Versammlungen akademische Weiden zu spenden versucht. Das Unglück wollte es, daß unser Referent, dem Abg. Geier, das Schreiben in die Hände gefallen war, in dem die Jünglinge zu dem Versammlungsbesuch aufgefordert worden waren. Geier verlas in der Versammlung das denkwürdige Aktenstück, das folgenden Wortlaut hat:

d. 6. 2. 1900.

Sehr geehrter Herr!

Morgen, Mittwochabend findet im Pantheon in der Dreddenerstraße eine socialdemokratische Versammlung gegen die Flottenvorlage statt. In dieser Versammlung werden verschiedene Professoren, darunter Sohn, Lambrecht, als Gegenredner sprechen. Es ist erwünscht, daß möglichst viel Studenten aller Korporationen dazu erscheinen.

Nach dem Vortrage wird im Thüringer Hofe eine kleine Aneipe für den D. C. abgehalten, an der die Professoren ebenfalls teilnehmen sollen.

Im Interesse der Sache ist Ihr Erscheinen schon 1/27 Uhr erwünscht.

Mit durchschenschaftlichem Gruße zeichnet ergebenst
J. A. der Durchschenschaft Dresdenia
H. S.

Diese braven sächsischen Studenten wissen noch nicht einmal, daß sich ihr berühmter Professor Kompromitt mit einem „harten p“ schreibt. Wer weiß aber, ob sie ohne die Aussicht auf die späteren Alkoholgenüsse, sich überhaupt dazu hätten verleiten lassen, für das Wasser eine Kundgebung zu veranstalten! —

Der Papiersturm. Die gestern erwähnte Blockade-Broschüre des Papiervereins wird nicht in 200 000, sondern in 1 1/2 Millionen Exemplaren verbreitet werden.

Es wird zweckmäßig sein, am Donnerstag überall Papierföhrbe aufzustellen, damit die Straßen und Eisenbahnen nicht gar zu unfauber werden.

Die erste jener „Flottenvorstellungen“, die, wie mitgeteilt, der Theaterdirektor Häfeler bei seinen Kollegen angeregt hat und deren Ertrag für die Erbanung eines dem Kaiser zu schenkenden Kriegsschiffes dienen soll, hat dieser Tage im Stadttheater zu Solingen stattgefunden. Der erhoffte Ueberschuß ist jedoch ausgeblieben. Etwa 300 Personen mochten anwesend sein, so daß ungefährl die Unkosten gedeckt sein können. —

Der bescheidene Flottenwärmel. Des „Berliner Tageblatts“ Specialauf, der auszog, ein Königreich zu suchen, und nicht einmal einen Hef fand, der ihm glaubte, jetzt seine Verkündung der Socialdemokratie unermüdl fort. Daß in den Protestversammlungen gegen die Flottenvorlage unsre Genossen, wie es selbstverständlich ist, die Marineisten ruhig reden ließen, scheint dem nativen Saulus ein Beweis für flottenfreundliche Unterströmungen.

Wäre so etwas noch vor kurzen möglich gewesen? Wir behaupten, Delbrück hätte früher seine Gegenrede gar nicht halten können, weil man ihn niedergegährt hätte. Daß die Socialdemokraten also über die Flottenfrage bereits mit sich diskutieren lassen, ist schon ein Fortschritt. So weit sind sie natürlich freilich noch nicht, daß sie nun auch über die neue Marinelovlage mit sich reden ließen.

Dieser „ehemalige Socialdemokrat“ weiß noch nicht einmal, daß wir das Radanmachen stets den Studenten und Nationalen überlassen haben, wie denn auch diesmal die einzigen Unruhestifter — studentische Flottenwärmere waren. Die Zurückhaltung der Arbeiter war so groß, daß in einer Versammlung sogar einer der jungen Herren von „Pöbelmischmasch“ zu reden sich erdreisten durfte, ohne daß ihm etwas andres zu teil wurde als ein kleines verächtliches Gelächter. —

Herr Dr. Kasan schreibt uns zu unserer Notiz über die „Beilage zum III.“: Mit dem jüdischen Art kann nur ich gemeint sein. Ich gebe Ihnen hiermit die blühende Versicherung, daß ich niemals die Artikel eines evangelischen Geisteslichen geschrieben habe.

Werden uns nun auch die Personen, die in den Verdacht kommen könnten, den Flottenwärmel Saulus gemint zu haben, ähnliche blühende Erklärungen abgeben? —

Rabbinischer Negirdienst. Auch der Rabbiner Rosenthal in Breslau hat in der Synagoge für die Flottenvorlage gepredigt. Werden nun die Juden wenigstens See-Offiziere werden dürfen? Um die Parität zu wahren, treten nun auch hohe katholische Würdenträger als Marine-Agitatoren auf. Wie die „All. Volks-Ztg.“ berichtet, wird Hochwürden Professor Schröder in Münster dem dort zu gründenden Flottenverein als Agitationsredner dienen. —

Zur lex Heinze. Die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ erklärt, daß die lex Heinze in der vom Reichstag beschlossenen Fassung für die verbündeten Regierungen völlig unannehmbar sei. Die unannehmbaren Bestimmungen betreffen die Heraushebung des Schulzasters aufs 18. Jahr, den Arbeitgeber- und den Theaterparagaphen.

Der Militarismus und die Leutesucht vom Lande. Im Königreich Sachsen giebt sich die „Sozialistischer“ — Arbeitsvermittlungsgesellschaft für gediente Soldaten — nach ihren eigenen

Angaben alle erdenkliche Mühe, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zuzuführen. Noch während sie bei der Truppe sind, werden den Reservisten gedruckte „Belehrung für Arbeitsuchende“ zugestellt, in welcher die Vorteile der Arbeit auf dem Lande, und die Rückkehr dahin dringend empfohlen wird. Besondere Anstrengungen wurden nach der Richtung im letzten Jahre gemacht, doch ohne jeden nennenswerten Erfolg. Es wird konstatiert, daß die Mannschaften, welche vor ihrer Dienstzeit auf dem Lande arbeiteten, fast durchweg nicht zu bewegen sind, wieder dahin zurückzukehren. Man hat nun den Gründen nachgeforscht, wie das kommt, und da hat sich ergeben, daß die Leute das städtische Leben und sogar das Maschinenleben gegenüber dem Landarbeiterleben als eine bedeutende sociale Besserung empfinden. Nach Angaben der Leute, die befragt wurden, lassen die Verpflegung, Unterkunft, Behandlung, zum Teil auch die Lohnverhältnisse nicht selten viel zu wünschen übrig. — Es ist besonders interessant, daß hier von einwandfreier, gewissermaßen offizieller Stelle aus konstatiert wird, was man den Socialdemokraten stets bestritten, wenn sie das gleiche behaupten. Wie muß das Leben auf dem Lande aussehen, wenn man das in der Kasernen als eine Besserung empfindet! —

Graf Altdorffström der Erregte. In der Gerichtsverhandlung gegen unsern Parteigenossen Haber in Königsberg, der wegen Verleumdung des Landrats von Ragant angeklagt war und freigesprochen wurde, spielten einige Neußerungen des Grafen Altdorffström im Reichstag eine gewisse Rolle. Der Herr Graf hatte die großen Erfolge, die seine Partei mit dem „patriotischen“ „Volksfreund“ in Ostpreußen errungen habe, überlaut gefeiert. Der als Zeuge in jenem Prozeß vorgeladene Generallandschaftsdirektor Landrat a. D. v. Alving — es handelte sich darum, ob das amtlich und portofrei verkaufte Blatt ein „politisches“ sei — mußte nun auf die Anfragen des Verteidigers, Abg. Haase, bekunden: „Wir waren höchst verwundert und erschrocken über die Ausführungen des Grafen Altdorffström. Dieselben sind nicht richtig! Wir konnten uns dieselben nur so erklären, daß Graf Altdorffström dieselben in großer Erregung gemacht hat.“

So wird der Herr Graf wenigstens seinen eignen Parteifreunden schredlich. Seinen politischen Gegnern bereitet er nur frohe Minuten. —

Seines Amtes entsetzt wurde vom Kreisaußsichuß vor einigen Monaten der Gemeindevorsteher Feuerfänger zu Starupönen, Kreis Insterburg, weil er angeblich bei der letzten Reichstagswahl für die Socialdemokratie Agitation getrieben hat. Die Verurteilung Feuerfängers ist dieser Tage vom Oberverwaltungsgericht verworfen worden. —

Dresden, 8. Februar. (Fig. Ber.) Die Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Familienanwartschaften vorgelegt. Danach ist die Errichtung einer solchen nur auf vorhandenem Grundbesitz gestattet, und vorausgesetzt, daß derselbe höchstens bis zu einem Drittel seines Ertragswertes mit Grund- und Hypothekensachen und Renten belastet ist und einen jährlichen Rentenbetrag von mindestens 7500 Mark gewährt. Die Anwartschaft kann vom Stifter unter gewisser Vorbedingung auch auf bewegliche Sachen, die eine dauernde Nutzung gestatten, erstreckt werden. — Ferner ist ein Gesetzentwurf über eine Kostenordnung für Rechtsanwälte und Notare vorgelegt. Der Entwurf bezweckt, die landesrechtlichen Vorschriften zusammenzufassen und dem in Kraft getretenen neuen Rechte anzupassen. Dann ist auch Mündigkeit genommen auf die veränderten Verhältnisse, insbesondere auf das Sinken des Geldwertes. —

Aus dem sächsischen Staatsmutter-Vetriebe. Nachdem die sächsische Staatsbahnverwaltung den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts verboten und dieses Verbot durch die Anwendung der Hungerstreike bekräftigt hat, soll ihnen jetzt auch noch das durch die sächsische Verfassung garantierte Petitionsrecht und die Vertretung ihrer Interessen durch die Presse verweigert werden. Das Amtsblatt der Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen veröffentlicht einen Ullas, worin dem Bahnpersonal die „Flucht in die Oeffentlichkeit“ sehr übel vermerkt und deshalb einfach dekretiert wird, daß Wünsche in dienstlichen Angelegenheiten lediglich auf dem „geordneten Dienstwege“ vorzubringen sind.

Dieser Erlass erklärt aber erst die richtige Belandung, wenn man einen im genannten Organ Ende November veröffentlichten dagegen hält. Es wird da auf die angebliche Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung bezw. Regelung der Gehälter hingewiesen. Dann kommt aber das dicke Ende. Damit nämlich durch diese angeblichen Vergünstigungen das fiskalische Interesse nicht zu Schaden kommt, muß erwartet werden, daß durch intensivere Leistungen des Personals der Mehranwand ausgeglichen wird. Aus diesem Grunde wird Befristung der Dienstpläne eventuell Verminderung des Personals und der sächsischen Ausgaben, Beschränkung der Anträge auf Personalvermehrung zc. verlangt. In demselben Augenblick also, wo die Erfüllung der Wünsche der Eisenbahner auf Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem „geordneten Dienstwege“ so gut wie aussichtslos gemacht wird, verweist man das Personal lediglich auf diesen Weg. Das ist allerdings eine ganz famose Methode, Ruhe zu stiften — nach sächsischer Staatsweisheit.

Wie bürgerliche Blätter melden, werden übrigens die Mahregelungen von Eisenbahnern wegen Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Rechte fortgesetzt. Es sollen danach Arbeiter, die im Verdachte socialdemokratischer Gesinnungen“ stehen, in Dresden, Leipzig, Zommatzsch, Glauchau und Görlitz entlassen sein. — So jät man Drahtensaat. —

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar. Dem Landtag ist ein von 13 Abgeordneten unterzeichneter Antrag, betreffend die Verwilligung von 6000 M. zum Besuch der Pariser Weltausstellung, zugegangen. In der ersten Lesung wurde von socialistischer Seite die Erwartung ausgesprochen, daß auch Arbeiter berücksichtigt würden und zu diesem Zweck den Gewerkschaften eine Unterstüzung von diesem Betrage geben möge.

In Weningjena ist jetzt sogar eine Versammlung, zu welcher nur mit gewerkschaftlicher oder politischer Organisations-Legitimation verschiedene Personen Zutritt haben sollten, unter der altbekannten Begründung verboten worden.

Wegen eines in dem „Jenaer Volksblatt“ veröffentlichten Aufsatzes, der organisierten Arbeiter zur Gewinnung eines Versammlungsortes zu unterstügen, und deshalb die Veranstaltungen in solchen Sälen, die den Arbeitern zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen, zu meiden, hat jetzt der Verleger und Drucker des „Jenaer Volksblatts“ wegen Verübung groben Unfugs einen amtsgerichtlichen Strafbefehl auf 20 M., der Unterzeichner des Aufsatzes, Genosse M. Grünwald, einen solchen auf 30 M., und der im Auftruf genannte Genosse Klopfer zur Annahme von Beschwerden zc. einen desgleichen auf 30 M. erhalten.

Das „Jenaer Volksblatt“ stellt demgegenüber fest, daß vor einem Säkulum Kaiser bei seiner zweiten Verurteilung an die dortige Universität geschrieben habe:

„Kein Ort in Deutschland würde mir das sein, was Jena und seine Nachbarschaft mir ist, denn ich bin überzeugt, daß man nirgends eine so vernünftige Freiheit genießt und in einem so kleinen Umfang so viele vernünftige Menschen findet.“

So ändern sich die Zeiten und die Ansichten! —

Kandidaten für Zwangsverziehung. Der 24 Jahre alte cand. med. Kurt Schulte in München geriet am 23. v. J. mit einem Prostituierten in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf letzterer von dem gebildeten Münchenjüngling die Karte zwecks Feststellung seiner Personalkosten verlangte. Mit den Worten: „Ich werde Ihnen ein paar hinter die Ohren geben,“ versetzte Schulte dem Architekten mit einem Stoß einige Schläge auf den Kopf, so daß der Geiriffene 4 Tage arbeitsunfähig und 10 Tage in ärztlicher Behandlung war. Das Urteil lautete auf 30 M. event. 5 Tage Gefängnis.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen beleidigender Neußerungen über die sechs Söhne des Kaisers verurteilte die Strafkammer zu Stalupönen die 21 Jahre alte Tochter Anna des Landbesizers Henne-mann aus Wilken zu sechs Wochen Gefängnis. — In derselben Sitzung wurde der wegen Verleumdung des Kaisers denunzierte Gemeindevorsteher Becker aus Szamietzlehen von dieser Anklage freigesprochen.

Wegen Majestätsbeleidigung war vor der Liegnitzer Strafkammer angeklagt der Fleischergehilfe Paul Schwarzer, zur Zeit in Schwelbnig in Haft. Die Beleidigung war enthalten in einem Briefe, welchen der Angeklagte an seine Schwester gerichtet hatte und welcher in unredliche Hände gekommen war. Die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis!!! —

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Bentheuer Landgericht der Hausbesizer und Rentier Valthasar Pietruschka in Lipine zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Die Vorlage über Samoa

soll, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, am Montag dem Reichstage zugehen.

Uebrigens scheinen sich auch auf Samoa, unsrer letzten Erwerbung, sehr ungemüthliche Zustände für die deutschen Herren herauszubilden. Der „Voss. Ztg.“ wird vom 25. Januar aus San Franzisko über eine gefährliche und gärende Stimmung auf Samoa geschrieben:

Hier sind sieben Verächte aus Samoa eingetroffen, wonach die amerikanischen und britischen Bewohner Syas von der neuen Ordnung der Dinge nicht sonderlich ergrüt sind. Auch die Eingeborenen sollen enttäuscht sein, vornehmlich Matafas Anhänger, die bloß ein schmerzliches Verhältniß erwarteten, unter dem sie zur Wahl ihres eigenen Königs berechtigt gewesen wären. Als Mataafa die erste Kunde von der Annexion erhielt, soll er in Thränen ausgebrochen sein. Er behauptet, er habe nie die zeitweilige Regierung anerkannt und habe mit der Einziehung der Steuern von den Eingeborenen für seine Rechnung während jener Zwischenherrschaft fortgeföhrt. Ein Bewohner Sydneys, der soeben aus Samoa zurückgekehrt ist, erklärte, daß das Deutsche Reich dort mehrere Kriegsschiffe zur Erhaltung des Friedens bedürfte, da ein baldiger Aufstand der Eingeborenen zu befürchten sei.

Kun ist ja die Notwendigkeit der deutschen Flottenvorlage ganz klarlich erwiesen. —

In Kiautschou wurde nach dem „Ost. Lloyd“ am 11. Dezember eine große Razzia auf Räuber abgehalten. Das dritte Seebataillon umstellte die drei Dörfer Sautschou-tan, Hai-po und Taitung-tschou und die ganze Bevölkerung mußte vor den abgeordneten chinesischen Beamten desfilieren, denn man vermutete, daß sich Räuber unter den Dorfbewohnern anhielten. Tatsächlich wurden 37 Leute verhaftet, von denen 27 aber nach dem Verhör entlassen werden konnten. Von den übrigen zehn hat sich einer erhängt.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Verständigungs-Konferenz. Wien, 8. Februar. In der heutigen Sitzung des Einleiters der böhmischen Abteilung der Verständigungs-Konferenz beschäftigte man sich mit der Sprachenfrage bei den autonomen Behörden Böhmens. Nach eingehender Beratung wurde in einigen Punkten eine Annäherung der beiderseitigen Anschauungen erzielt und die Erörterung über mehrere bisher noch offen gebliebene Fragen der nächsten am Montagvormittag stattfindenden Sitzung vorbehalten.

Mit außerordentlicher Schärfe geht jetzt die österreichische Militärverwaltung gegen die ezedischen Reservisten vor, die beim Kamensaurst hat mit dem deutschen „Hier“ mit „Ide“ antworten. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wurde von den Reservisten, welche bei der Kontrollversammlung in Gaha mit Ide antworteten, von Brünner Militärgericht ein Unteroffizier wegen Meuterei zu 15 Monaten Festungshaft, ein Oberjäger wegen Insubordination zu 8 Monaten Festungshaft und 5 Reservisten zu sechs Monaten schweren Arzlers verurteilt. —

Schweiz.

Bern, 8. Februar. (Fig. Ber.) Nicht nette Enthüllungen, die dazu berechtigen, von recht kräftiger Korruption zu reden, werden von der Presse über Vorgänge bei der Sammlung von Unterschriften für die Volksabstimmung über die Kranken- und Unfallversicherung veröffentlicht. Danach sind im Kanton Schaffhausen förmlich auf amtlichem Wege in der Weise Unterschriften gesammelt worden, daß der Sekretär des Obergerichts dessen Diener von Dorf zu Dorf zu den Gemeindevorstern schickte, um sie zur Unterschriftensammlung zu veranlassen; für jede Unterschrift wurden 4 Cents bezahlt und es kamen denn auch 4000 derselben in diesem Kanton zusammen. Aber wie so kam der Ober-Gerichtsschreiber zu seiner sonderbaren Rolle? Der Mann besorgt neben seinen amtlichen Obliegenheiten auch noch diejenigen eines Generalagenten der Unfallversicherungs-Gesellschaft in Zürich, die natürlich an der Bekämpfung und Verwerfung der staatlichen Unfallversicherung das größte Geschäftsinteresse hat, die daher die Unterschriften-sammlung arrangierte und bezahlte, wobei jeder der Funktionäre etwas profitierte. Der Herr Ober-Gerichtsschreiber soll 10 Cents für jede Unterschrift erhalten und 6 Cents davon dem Obergerichtsdiener gegeben haben, der seinerseits die Gemeindevorsteher mit 4 Cents honorierte. — Im Kanton Luzern spielte sich der gleiche Vorgang ab. Auch hier ist der Obergerichtsschreiber Generalagent der Unfallversicherungs-Gesellschaft und auch hier wurden in gleicher Weise wie in Schaffhausen Unterschriften gesammelt, aber für jede derselben 20 Cents bezahlt. Es ist sehr auffallend, daß diese Unfallversicherungs-Gesellschaft überall Ober-Gerichtsschreiber als Generalagenten engagiert, die so gewissermaßen die Delegierten der Aktionäre in den höchsten kantonalen Gerichtsbehörden sind. Das scheint uns aber Korruption zu sein.

Das Centralkomitee des schweizerischen Katholikenvereins hat beschloffen, seinen Mitgliedern und Genossenschaftsgenossen die Annahme des Versicherungsactes zu empfehlen und dafür eine lebhafte Agitation zu entfalten. Diese Beschlüsse bedeuten eine erhebliche Verstärkung der Aussichten für die Annahme des Gesetzes in der Volksabstimmung. —

Frankreich.

Noch einmal die Bombe. Paris, 9. Februar. Außer dem Attentat gegen Paul de Cassagnac ist, wie nachträglich mitgeteilt wird, noch ein zweites Attentatversuch vor einigen Tagen in der Nähe der Centralhalle verübt worden, der ebenfalls rechtzeitig von einem Polizei-Agenten bemerkt wurde. Die Polizeipräfektur beschloß, zur Verhütung der öffentlichen Meinung die Angelegenheit geheim zu halten. — Es geht nichts über gute Polizeiangen! —

Rußland.

Finnisches. „Higans Bureau“ meldet aus Helsingfors vom 8. d. M.: Von der Ritterschaft, dem Adel und dem Bürgerstande wurde heute eine Petition abgefaßt, in welcher der Kaiser gebeten wird, solche Veränderungen in der gegenwärtig in Kraft befindlichen Prekveordnung vorzunehmen, daß das Recht, periodische Zeitschriften herauszugeben, dem Herausgeber weder zeitweilig noch für immer genommen werden könne, ohne vorhergehende Unterstüzung und Verurteilung durch einen Gerichtshof. —

Türkei.

Der Sultan und Areta. Athen, 8. Februar. Der Korrespondent der „Astr“ in Conca meldet, der Sultan habe erklärt, er

wäre bereit, den Prinzen Georg als Gouverneur des autonomen Areta anzuerkennen, wenn derselbe nach Konstantinopel käme, um den Sultan als Suzerän zu begrüßen. Prinz Georg, in dieser Frage foudiert, äußerte sich dahin, er könne vor Erlofen seines dreijährigen Mandats nichts unternehmen, es sei denn, daß die Mächte, die an der Regelung der kretensischen Verhältnisse mitwirken, wollten, daß sein Mandat von nun an dauernd sein solle.

Konstantinopel, 8. Februar. Die jüngst unter der Beschuldigung der Ermordung mehrerer Griechen in verschiedenen Orten Mazedoniens verhafteten 36 Bulgaren sind infolge eines Telegramms, welches seitens der Franzosen und der Verbündeten an den Sultan gerichtet wurde, wieder freigelassen worden.

Afien.

Aufstand in China. Aus Hongkong wird gemeldet: In Swatow ist ein erneuter Aufstand ausgebrochen. Da die dortigen Behörden nicht im Stande sind, ihn zu bekämpfen, hat der Botschafter Truppen und ein Kanonenboot nach Swatow geschickt mit Beamten, welche ermächtigt sind, die Aufständigen zu töten.

Afrika.

Englische Schwierigkeiten in Ägypten. Kürzlich wurde bereits berichtet von Unruhen unter dem ägyptischen Militär. Daily Mail meldet jetzt weiter aus Kairo: Das vierzehnte schwarze Bataillon weigert sich noch immer, seine Munition zurückzugeben. Die jüngeren ägyptischen Offiziere wiegeln die Truppen zur Insubordination auf; sie werden vor ein Kriegsgericht gestellt. Sollte das Ergebnis der Verhandlungen die Lage ernst gestalten, so dürften strenge Maßnahmen ergriffen werden. Lord Cromer besprach mit dem Cheive die Lage.

In der Budgetkommission des Reichstags

begann am Freitag die Beratung des Militäretats. Beim ersten Ziel der Ausgaben, Gehalt des Kriegeministers, 36.000 M., spricht der Referent Graf Noon den Wunsch aus, daß statistisch festgestellt werde, wie sich die Armee aus den ländlichen und aus den städtischen Bezirken rekrutiere. Der Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium, Generalleutnant von der Voel, weist auf die große Schwierigkeit hin, die die Aufstellung einer solchen Statistik mache, wenn sie zuverlässig sein sollte. Der bayerische Bevollmächtigte, Generalmajor Herr Reichlin von Waldegg verweist darauf, daß man in Bayern einem bezüglichen Wunsch der Kammer nachgegeben sei. Die Arbeit sei sehr schwierig durchzuführen. Abg. v. Kardoff legt großen Wert darauf, klarzustellen, in welcher Weise sich die Armee aus Land und Stadt rekrutiert. Am ein Beispiel herauszugreifen, so habe Berlin einen inwendlich geringeren Prozentsatz an Rekruten gestellt als Ostpreußen. Das stelle eine ungeredete Ueberlastung einer landwirtschaftlichen Provinz dar. Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) wünscht eine sachliche Klarstellung auf Grund erschöpfender Erhebungen. Abg. Singer hält auch eine solche Statistik für wünschenswert. Diese Arbeit würde dem Reichsamt des Innern zugewiesen sein. Dr. Müller-Sagan bringt sodann die von einer Geschäftsfirma geplante Massenbewirtschaftung der Militärantennen zur Sprache und erklärt sich gegen die Konzentrierung des Antennenbetriebs und für lokale Vergebung desselben. Der Vertreter des Kriegsministers erklärt, die Militärverwaltung habe im Allgemeinen mit den Antennen nichts zu thun. Verantwortlich dafür sei stets der Regimentskommandeur. Der Fiskus erhalte weder den Ueberfluß von Antennen, noch bede er event. Defizits. Was den vom Abg. Müller erwähnten Fall der Großfirma betreffe, so sei die Untersuchung darüber noch nicht abgeschlossen.

Abg. Speck (C.) bringt den Fall des Majors Deinling zur Sprache, der am Grabe eines im Duell gefallenen Offiziers den Zweikampf verteidigt habe. Ferner berichtet Medner den Fall des Arztes Dr. Kast, der den Abschied aus dem Militärverhältnis erhalten habe, weil er sich nicht schlagen wollte. Kriegsminister v. Goltz: Die Rede des Majors Deinling sei seitens seiner Vorgesetzten gerügt worden. Zu erklären sei sie vielleicht dadurch, daß der Goltz zuerst gegen das Duell gesprochen habe. Im Falle des Dr. Kast könne noch keine genaue Auskunft gegeben werden, da die Akten nicht zur Stelle seien. Sozialer Minister wisse, handle es sich um Streitigkeiten zwischen zwei Ärzten wegen Konkurrenz in der Praxis, die zu unerwünschten Nebenwirkungen geführt haben, die so beizufügen waren, daß einer ausscheiden mußte. Sobald die Akten eingegangen, werde genauere Auskunft gegeben werden. Das Gehalt des Ministers wird darauf bewilligt. Die Fortsetzung der Verhandlung wird auf Dienstag vertagt.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß gestern, die Wahlen der Abgeordneten Dr. Galle (nat.) Leipzig-Stadt und Graf Magnis (Centrum) Reichenbach-Neurode für gültig zu erklären.

Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Aus Wien wird uns vom 8. Februar geschrieben: Die Verhandlungen in Ostrau-Karwin wurden gestern vor dem Einigungsamt in Leoben fortgesetzt, aber irgend ein Resultat haben sie nicht gebracht. Wie schon telegraphisch kurz berichtet, gaben die Arbeiter eine Erklärung ab, in der sie das sogenannte Zugeständnis in der Frage der Arbeitszeit: die platonische Bereitwilligkeit der Regierung, an den Vorbereitungen zu einem Gesetz mitzuwirken, als durchaus ungenügend bezeichnen. Der „gute Wille“ der Regierung allein könne nicht genügen, um die 30.000 Arbeiter des Ostrau-Karwiner Reviers, die seit Wochen im Kampfe für den Achtstundentag stehen, zur Vertagung ihrer wichtigsten und dringendsten Forderung zu bewegen, umsonst, als sich die Regierung gar nicht verpflichtet, im Parlament eine Vorlage über den Achtstundentag im Bergbau einzubringen und mit allem Nachdruck deren Gesetzgebung zu fördern. Die Erklärung der Regierung, antworteten die Arbeiter, könne nur einer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse entspringen sein, und deshalb sei es notwendig, sie von den Arbeitern unmittelbar beurteilen zu lassen. Auf Ersuchen der Arbeiterdelegierten wurden also die weiteren Verhandlungen des Einigungsamts bis Freitag nachmittag vertagt und heute werden im Revier dreißig Vollversammlungen abgehalten, die den Zweck haben, festzustellen, wie die Arbeiter selbst über die Vertagung ihrer wichtigsten Forderung denken. So weit die Berichte in diesem Augenblick reichen, ist in allen Versammlungen eine unzweideutig abschließende Stimmung zum Ausdruck gekommen. Die Arbeiter verlangen, wenn schon die Achtstundentag nicht sofort gewährt wird, wenigstens eine präzisere Stellungnahme der Regierung. Sie wollen wenigstens ein genaues Versprechen, können sich aber nicht mit einer nebulösen Verweisung auf unbestimmte Zeit abspeisen lassen. Freiherr v. Elvert, der Vorsitzende des Einigungsamts, ist heute in Wien eingetroffen, um mit dem Ministerpräsidenten zu konferieren. Es waltet das Bestreben ob, Herrn v. Körber zu einem deutlichen Engagement für den geistlichen Achtstundentag zu bewegen; ob es glücken wird, den zauderhaften, unentschlossenen Menschen so weit zu bringen, ist freilich nicht wahrscheinlich.

Die Gewerke haben ihre Konzeptionen noch nicht genau bekanntgegeben, aber sie haben gestern erklärt, außer den bisher zugeordneten Konzeptionen eine weitere Lohnerhöhung zu gewahren und anstatt der bisherigen einmaligen Fortschreibung eine zweimalige im Monat eintreten zu lassen. Da die erste Lohnerhöhung fünf Prozent war und die weitere, wie es heißt, sieben Prozent betragen soll, so würde im ganzen eine zwölfprozentige Lohnerhöhung ausfallen. Neben dem erklären die Unternehmer ihre Bereitwilligkeit, die Frage der Bedingungen einer eingehenden Erörterung zu unter-

ziehen und ein Mittel zu finden, damit den betreffenden Beschwerden der Arbeiterschaft abgeholfen werde“, womit eine der ältesten Klagen der Arbeiterschaft aus der Welt geschloffen werden könnte. Die Arbeiter werden nun zu erwägen haben, ob diese nicht unbedeutenden Konzessionen in Verbindung mit der Erklärung der Regierung sie bestimmen können, die Forderung der Achtstundentag zu vertagen. Es ist wahrscheinlich, daß die Arbeiterschaft die Konzeptionen nicht als eine entsprechende Abschlagszahlung ansehen würde, aber es ist nicht wahrscheinlich, daß die Gewerke in diesem Punkte überhaupt Zugeständnisse machen werden. Die Lage ist also so, daß es nicht ganz ausgeschlossen ist, daß Freitag eine Einigung zu Stande kommt, die den Streik in unserm Reviere beendet, daß es aber auch möglich ist, daß der Streik auch noch nächste Woche ungemindert andauern werde.

Von den böhmischen Revieren ist noch immer nichts anderes zu melden, als daß die Behörden eine wahre Orgie von Gesetzesverletzungen aufzuführen. In ganz Nordböhmen herrscht heute ein ausgeprägter Ausnahmezustand. Eine Versammlung abzuhalten, ist heute einfach unmöglich geworden. Da über Vereinsversammlungen die Behörde kein Verbotrecht besitzt, so löst sie einfach die Vereine auf. So sind gestern zwei politische Arbeitervereine, in Pletitz und in Brüg, sistiert worden, und das aus keinem anderen Grunde, als weil der Vorsitzende in einer Versammlung einer angeblich ungesetzlichen Aeußerung eines Redners nicht „entgegengetreten“ war! Derselbe Nichtstunsgelächter begehrt eine Verwaltung, deren oberster Chef vor 14 Tagen die Zeitung gegeben hat, daß die Behörden vor allem strengstens die Befehle zu beobachten haben! Ja, Oestreich bleibt unser Halbaffen!

Wien, 9. Februar. (Per Telephon dem „Vorwärts“ mitgeteilt): Das Einigungsamt für das Ostrauer Gebiet trat heute in Leoben zusammen. Der Vorsitzende d. Elvert gab im Auftrage der Regierung folgende Erklärung ab: Die Regierung wird mit möglichster Beschleunigung, wahrscheinlich in der nächsten Herbstsitzung dem Reichsrat einen Gesetzentwurf betreffend die Regelung bezw. die angemessene Verlängerung der Schichtdauer im Bergbau vorlegen und vertreten. Um die nötigen Unterlagen für den Gesetzentwurf zu gewinnen, soll Anfang März die Kommission, die aus Unternehmern, Arbeitern und Regierungsvertretern besteht, zusammen-treten.

Den Interessenten soll Gelegenheit gegeben werden, vor der Kommission ihre Gutachten abzugeben.

Die Arbeiter erklärten nach kurzer Beratung, daß die präcise Fassung der Regierungserklärung wohl anzuerkennen sei, sie appellierten aber una erst recht an die Gerechtigkeit der Gewerke, schon jetzt Zugeständnisse in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu machen.

Die Gewerke hingegen erwiderten, daß angesichts der Regierungserklärung jede weitere Verhandlung überflüssig sei; sie würden das Gesetz abwarten. — Inzwischen ist es möglich, daß doch noch eine Verständigung herbeigeführt wird.

Das Einigungsamt für Steiermark tritt morgen zusammen. Wird eine Einigung nicht herbeigeführt, so soll unverzüglich der Streik beginnen.

Partei-Nachrichten.

Der 10. heftige Provinzial-Vorparatung fand dieser Tage in Pelmarschhausen statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Agitation und Organisation. 3. Bericht über die Presse. 4. Gemeinde-Ergänzungswohlen. 5. Allgemeine Anträge der Delegierten. Aus dem Bericht der Agitationskommission entnehmen wir, daß die Einnahme 2742,77 M., die Ausgabe 2766,03 M. beträgt, so daß ein Defizit von 43,26 M. entstand. Es wurden 43.000 Kalender gratis an die heftige Landbevölkerung verteilt und gern entgegengenommen. Bezüglich der Agitation hält man es für nötig, das Schwergewicht auf die Verbreitung des Wochenblatts „Beweis“ zu legen. Auch das Vertrauensmännertum müsse mehr als bisher ausgebaut werden. Angeregt wird auch die Beschaffung von Fahrrädern und Taschen für die Landagitation und ein diesbezüglicher Antrag der Agitationskommission zur Berücksichtigung überwiegen. Bezüglich der Presse wird mitgeteilt, daß die Geschäftsstelle eine befriedigende sei. Das in Ansehung erscheinende „Volkblatt“ soll vom 1. März ab statt bisher zwei, wöchentlich drei Beilagen erhalten, das Wochenblatt „Beweis“ ein neues, geistreicheres Aitelblatt; auch sein Inhalt soll mehr der Denkwelt der ländlichen Bevölkerung angepaßt werden. Schließlich wurde noch ein Landgemeinde-Wahlprogramm durchberaten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung des Vorsitzenden des deutsch-nationalen Handlungsgesellen-Verbandes in Hamburg ist der Genosse Georg Haase in Dresden zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Verleumdung wurde gefunden in einer Artikel, die der Verurteilte in einer öffentlichen Versammlung der Handlungsgesellen in Dresden an der journalistischen Tätigkeit des Klägers übte.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt Herr Paul Hirsch einen Vortrag über das Thema: Der Anteil des weiblichen Geschlechts an der Kriminalität. Der Referent erläuterte einleitend den Unterschied der Lehre vom socialen Milieu und der Lehre der Kriminal-Anthropologen. Wie wenig schlagend diese letztere Theorie sei, das ergebe sich u. a. auch aus einer Betrachtung des Anteils des weiblichen Geschlechts an der Kriminalität. In allen Kulturstaaten begehre die Frau weit weniger Verbrechen als der Mann. Die Zahl der Verbrecherinnen steige da, wo die Frau gezwungen sei, außerhalb des Hauses ihren Erwerb nachzugehen, während umgekehrt da, wo die weibliche Bildung auf sehr niedriger Stufe stehe und die Frauen ein durchaus häusliches Leben führen, ihr Anteil am Verbrechertum sehr gering sei, zum Beispiel in Spanien und Italien. Ein anderer Grund dafür, daß die Frau weniger Verbrechen begeht als der Mann, sei darin zu suchen, daß ihr in der Prostitution ein Ersatz dafür geboten sei. So erkläre es sich, daß mit der Zunahme der industriellen Frauenarbeit sowohl die Prostitution als auch der Anteil des weiblichen Geschlechts am Verbrechen zunähme. Sei 1882 sei die Kriminalität der Männer um 18 Proz. die der Frauen um 6 Proz. gestiegen. Je nach der Art der einzelnen Verbrechen sei die Beteiligung der Frauen daran verschieden, eine kleine Zahl von Verbrechen, z. B. Verbrechen gegen das kindliche Leben und doppelte, werde hauptsächlich von den Frauen verübt. Die verheirateten Frauen haben eine höhere Kriminalität als die ledigen; hingegen übe die Ehe auf die Kriminalität des Mannes einen günstigen Einfluß aus. Neben dem diese Erscheinung an der Hand der Kriminalstatistik, erläutert die einzelnen Kategorien von Verbrechen und schilderte die socialen Ursachen derselben. Da im wesentlichen schlechte wirtschaftliche Verhältnisse den Nährboden für Verbrechen bilden, so erwache für den, der die Verbrechen beseitigen wolle, die Aufgabe, die sociale Lage der Arbeiter zu bessern. Die Arbeiterklasse habe eine wichtige Kulturtaufgabe zu erfüllen, an deren Lösung auch die Arbeiterfrau noch Kräften beizutragen habe.

Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage wurden mehrere Vereinsangelegenheiten erledigt. Die nächste Versammlung findet am 19. Februar statt. In der ersten Stimmungsstunde ist am 11. März; Willets zu demselben sind zu erhalten bei Frau Giese, Ewinge-münderstraße 103 v. IV; Frau Pangeram, Poppel-Allee 128 I; Frau Klotz, Koppentstraße 81; Frau Müller, Wienerstraße 30 II.

Von den Hindernissen, die der Staat der Sozialreform dem Koalitionsrecht und der Organisationspflicht der Arbeiter in den Weg legt, hat man in bürgerlichen Kreisen nur selten eine Ahnung. Vielleicht hört der folgende Fall manche Leute darüber auf, warum es für die deutschen Arbeiter ein Ding der Unmöglichkeit ist, diesem Staate das Vertrauen entgegen zu bringen, das bürgerliche Ideologen so schmerzlich an ihnen vermiffen.

Es handelt sich natürlich wieder um eine Anwendung des Vereinsgesetzes gegen solche Arbeiter, die ihrer Organisationspflicht genügen wollten.

In Frankfurt am Main existierte früher eine Filiale des Verbandes der Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands (Sig. Hannover), die als Zahlstelle bezeichnet wurde. Nach ihrer Auflösung gab es in Frankfurt nur noch Einzelmitglieder des genannten Verbandes, die miteinander keinen Sonderverein mehr bildeten. Die Polizei sah aber in den öfter stattfindenden öffentlichen Versammlungen der Frankfurter Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter Versammlungen eines selbständigen und noch dazu politischen Vereins und erklärte den in öffentlichen Versammlung gewählten Vertrauensmann Thoma für den Vorsteher des Vereins. Die Folge dieses polizeilichen Ausschusses war eine Anklage gegen Thoma wegen Uebertretung der §§ 2 und 8 des Vereinsgesetzes. Wo die Polizei einen Verein entdeckt hatte, da hatte sie überhaupt keinen gesehen und so selbstverständlich der Polizei auch kein Mitgliedsverzeichnis gemäß § 2 einreichen können. Es war ihm unter diesen Umständen natürlich auch nicht eingefallen, die weiblichen Einzelmitglieder des Verbandes zu Hannover von den öffentlichen Versammlungen in Frankfurt fernzuhalten. Dafür sollte er nun büßen. Das Landgericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe und führte in seiner Begründung u. a. aus: Die von Thoma öfter eintretenden Versammlungen würden zwar als öffentliche bezeichnet, tatsächlich seien sie aber als Versammlungen eines selbständigen Vereins anzusehen, der an Stelle der aufgelösten Zahlstelle getreten sei. Denn in den Versammlungen träten dieselben Redner auf, wie früher in den Versammlungen der Zahlstelle, und der Vertrauensmann, der die Versammlungen einberufe, nehme die Beiträge der Verbandsmitglieder entgegen und übermittle sie dem Verbandsvorstande in Hannover. Für die Existenz eines selbständigen Vereins in Frankfurt spreche noch ganz besonders, daß der Central-Vorstand in Hannover dem Vertrauensmann Thoma zur Verwendung in Frankfurt 33 1/2 Prozent der am Orte vereinnahmten Verbands-Mitgliedsbeiträge überlasse. Thoma müsse als Vorsteher dieses neuen Frankfurter Zweigvereins (Zahlstelle) des Centralverbandes betrachtet werden. Aus den in den Versammlungen behandelten Gegenständen und gepflogenen Verhandlungen sei zu entnehmen, daß es sich um einen politischen Ortsverein handle. Da nach Lage der Sache zu seinen Mitgliedern die weiblichen Mitglieder des Verbands gehörten — sie hätten gleichfalls Beiträge an Thoma abgeführt und den Versammlungen beigewohnt —, so habe sich T. gegen den § 8 verangen, wonach Frauen in politischen Vereinen nicht als Mitglieder aufgenommen werden dürfen. Auch habe der Angeklagte den § 2 übertreten, weil politische Vereine stets Vereine seien, die auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezweckten. T. hätte es deshalb nicht unterlassen dürfen, das Mitglieder-Verzeichnis der Orts-Polizeibehörde einzureichen. — T. sucht das landgerichtliche Urteil mit dem Rechtsmittel der Revision an und machte vor allem geltend, daß der Begriff des selbständigen Vereins falsch aufgefaßt worden sei. In Frankfurt a. M. gebe es überhaupt keinen besonderen Verein der Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter mehr seit der Auflösung der ehemaligen Verbands-Zahlstelle und er habe lediglich als Vertrauensperson der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen gehandelt. Darum seien auch alle Annahmen der Behörden und Gerichte, die irrtümlich mit der Existenz eines selbständigen Ortsvereins der fraglichen Arbeiter und Arbeiterinnen rechneten, absolut hinfällig. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf jedoch die Revision mit der Begründung, daß das Landgericht durchaus richtig geurteilt habe. Insbesondere habe es mit Recht das Vorhandensein eines selbständigen Lokalvereins angenommen.

Im Verleumdungsprozeß des Amtmanns Ring auf Döppel gegen den Schriftsteller Gehlsen hat jetzt das Kammergericht das letzte Wort gesprochen. Bei der Reichstagswahl im Kreis Teltow-Geestlow hatte sich die sociale Reformpartei den Kaufmann Fröhlich zu ihrem Kandidaten erkoren. Die Führer glaubten, die Stimmen aller konservativen Elemente des Kreises seien Herrn Fröhlich sicher. Sie wurden deshalb bitterböse, als dann noch der Superintendent Vorberg als christlich-konservativer Kandidat aufgestellt wurde. Es kam zu allerlei Reibereien, wobei sich die feindlichen christlichen Feinde keineswegs schonten. Die „socialen Reformer“ liehen ihren Gegner besonders an dem Amtmann Ring aus, jenem bekannten radikalen Agrarier und heftigen Sozialisten, der als einer der Vertreter des Kreises Teltow in der Landratskammer sitzt. Herr Ring galt ihnen nämlich als Urheber der Kandidatur Vorberg. Scharf und unmissbar forderte Ring einen seiner Widersacher, den Hauptmann Harter, sogar zum Zweikampf. Der Schriftsteller Gehlsen nahm in seinem Blatt ebenfalls zu der Angelegenheit Stellung. Er behandelte sie in einem Artikel: „Ein Ehrenhandel“ und warf darin Herrn Ring vor, er habe die Wähler in der nachgehenden Versammlung durch Verleumdungen der Kandidatur Fröhlich irreführt und getäuscht. Ring verklagte ihn darauf wegen Verleumdung und erzielte auch, daß Gehlsen zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt wurde. Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision gestern zurück.

Die Landgericht Richter und Riedel hatten sich am 9. d. M. vor dem Schöffengericht wegen Streikposten stehen 5 zu verantworten. Die beiden Angeklagten sollten sich auf die Anforderung des Schuymanns weiter zu geben, nicht entfernt haben. Die Beweisaufnahme ergab folgendes: Als die Angeklagten, die dem Schuymann als Streikende bekannt waren, die Prinzessinnenstraße entlang gingen, erging an sie das Verbot, diese Straße zu verlassen. Beide Angeklagte wollten nun in das gegenüberliegende Lokal von Birsing gehen, konnten jedoch wegen Glattschneis und da vor dem Birsingischen Restaurant eine Reihe von Pferdeabfuhrwagen hielten, nicht direkt hinüber gehen. Sie mußten vielmehr zunächst noch auf derselben Straßenseite ein Stück weitergehen. In dem Augenblick, wo sie das Birsingische Lokal betreten wollten, wurden sie sofort sistiert. Die Frage des Vorsitzenden, ob das Verhalten der Angeklagten die Anse, Sicherheit, Reinlichkeit, Ordnung oder Bequemlichkeit auf der Straße gestört hat, mußte der Schuymann selbst verneinen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von je 10 M. gegen jeden der Angeklagten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heine mann, wies darauf hin, daß vorliegend auch nicht ein Minimal des gesetzlichen Thatbestandes gegeben sei. Der Fall sei einer der krafftesten, der jemals vorgekommen sei, und es rechtfertige sich, hier nicht nur die Freisprechung der Angeklagten auszusprechen, sondern auch die Kosten der Verurteilung der Staatskasse zur Last zu legen, da die Angeklagten durch ihr Verhalten nicht den geringsten Grund zur Erhebung der Anklage gegeben hätten. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen mit der folgenden, sehr interessanten Begründung an: Das Strafenpolizeireglement fordert „unbedingten“ Gehorsam gegen die Befehle der Aufsichtsbeamten. Dieses Wort finde sich sonst in keinem andern Gesetze. Ist dies aber der Fall, so müssen die gesetzlichen Thatbestandsmerkmale besonders streng ausgelegt werden. Es muß eine wirkliche Störung der Ruhe und Ordnung auf den Straßen vorliegen. Sonst sei die Aufforderung der Aufsichtsbeamten an die Passanten, sich zu entfernen, nicht berechtigt. Die Möglichkeit, daß Unruhe durch das Verhalten der Streikenden ausbrechen könne, reiche nicht aus. Sonst könnte ein

Beamter auch bei eintretender Dunkelheit den Eintritt in den Biergarten verbieten. Dem die Möglichkeit, daß Unfug verübt werden könne, liegt auch hier vor. Auch könnte man sonst dahin kommen, das Betreten der Straßen von halb Berlin zu untersagen. Im vorliegenden Fall ist es nicht gerechtfertigt gewesen, die ruhig ihres Weges gehenden Angestellten zum Weitergehen aufzufordern. Noch viel weniger könne es als zulässig erachtet werden, die ganze Prinzessinnenstraße den Streikenden zu verbieten. Dieses Verbot gehe weit über das Ziel hinaus. Endlich aber haben sogar die Angeklagten der Aufforderung Folge geleistet und sind in die Restauration gegangen. Deshalb müßten die Angeklagten freigesprochen und auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt werden.

Vom Polizeikampf gegen Streikposten. Der Arbeiter Westphal hatte sich am 8. Februar d. J. vor dem Schöffengericht wegen großen Unfugs zu verantworten. Derselbe wurde darin gefunden, daß Westphal am 9. November 1899 vor dem Hause Beberstr. 7 bei Gelegenheit einer Arbeitseinstellung dadurch großen Unfug verübt hat, daß er dort als Streikposten stand und Arbeit suchenden Personen Wink und Zeichen gab. Der als Zeuge vernommene Schumann behauptete, daß Westphal, der in der Thür eines Restaurants stand, etwa eine Stunde lang Wink gab und Handbewegungen machte. Der Gerichtshof kam in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Staatsanwalts und des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Heinemann, zur Freisprechung des Angeklagten, da großer Unfug nur verübt werden könne, wenn das Publikum in seiner Allgemeinheit beeinträchtigt werde. Diese Voraussetzung aber liege nicht vor. Es erübrigt sich daher, auf den vom Angeklagten angetretenen Entlastungsbeweis einzugehen.

Prozess Arnim und Genossen. Die gestrigen Verhandlungen vor der Strafkammer Stettin wurden durch die Vernehmung des Angeklagten Uhsadel ausgefüllt. Angelegenheiten von besonderem Interesse kamen nicht zur Erörterung. Als Sachverständiger erklärte der gerichtliche Wächterrevisor Heß, es seien in der Durchführung einige Mängel zu verzeichnen gewesen. Die zum Geschäftsverkehr nötigen Bücher seien ordnungsmäßig geführt worden. Zu rügen sei es, daß die Kasse bis über das Ende des Geschäftsjahrs geführt wurde. Für den Dezember 1899 seien Wechselbeträge von 2231 M. als eingegangen gebucht worden, während diese Beträge weder im Dezember 1899 noch im Januar 1904 eingegangen waren. Im Januar 1894 seien die Wechsel nur gegen neue umgetauscht worden. Es sei dies geschehen, um den Kassenbestand nach außen hin künstlich zu erhöhen und den Vermögensverlust der Gesellschaft zu verdecken.

Im Elberfelder Militärbesetzung-Prozess ist der auf den 15. d. M. anberaumte Verhandlungstermin wegen plötzlich eingetretener schwerer Krankheit eines der Hauptangeklagten, des 61 Jahre alten Cigarettenagenten Strußberg in Köln, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Mehrere der Angeklagten sind bis zum Beginn der Verhandlung auf freien Fuß gesetzt worden.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Sattler bei der Firma Bender, Berlin, Alexandrinenstr. 25, befinden sich nicht in Lohnstreitigkeit, wie uns die Firma laut einer Verächtigung mitteilt. Auch besteht nicht die Absicht, in Breslau und Leipzig Arbeiter anzuwerben.

Die Angaben der Firma sind insofern richtig, als thatsächlich Lohnunterschiede nicht vorhanden sind, wohl aber Differenzen wegen fortgesetzter Entlassung der seiner Zeit am Streik beteiligten Arbeiter. Die Agitationskommission der Sattler bittet deshalb den Zugang fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Zwangsbinnungen. In Hamburg hat sich die Buchbinder-Zwangsbinnung durch einstimmigen Beschluß aufgelöst. Auch in Osh an der holländischen Grenze können sich die Handwerker nicht mit den Innungen befreunden. Denn von 43 Schuhmachermeister stimmten 38 für Auflösung der seit dem 1. Januar 1899 bestehenden Zwangsbinnung.

Zu unliebsamen Konflikten kam es am 5. Februar in einer von 1000 Webern besuchten Versammlung in M. Gladbach. Bei Eröffnung der Versammlung kam es zu einigen Differenzen über die Bureauwahl, worauf der überwachende Beamte wegen der großen Unruhe die Versammlung auflöste.

Während nun die Socialdemokraten an derartige Sachen gewöhnt sind und sich enstern, setzten die Christlichen und Indifferenten die Auseinandersetzungen auf der Strafe fort. Bei dieser Gelegenheit sollen die Beamten mit Steinen und Biergläsern beworfen worden sein. Die Beamten griffen mit blanker Waffe ein und verhafteten mehrere Personen. Die Erregung der Leute ist darauf zurückzuführen, daß die christlichen Führer den streikenden Webern von Hartmann und Deußen einen Vergleich aufgezwungen hatten, von dem die Wehrzahl der Streikenden nichts wissen wollte. Es wurde ihnen aber einfach erklärt, geht ihr auf den Vergleich nicht ein, so erhaltet ihr keine Unterstützung mehr. Ueber diese Dinge sollte mit den Führern in der Versammlung abgerechnet werden.

Bei der Firma Goldmann, Seidenweberei in Kupferdreh, streiken seit dem 30. Januar sämtliche Weber; nur Kinder und weibliche Hilfsarbeiterinnen sind nicht ausständig. Es sind nur 4 Webstühle im Betrieb. In den nächsten Tagen wird der Betrieb fast ganz stillgelegt werden müssen, weil die Läger leer sind und die 4 Webstühle für die circa fünfshundert noch beschäftigten Personen nicht genug Material schaffen können. Der Fabrikant giebt aber den Versuch, die Organisation der Weber zu sprengen, nicht auf. Der Lohnkommission wies er einfach die Thür und verlangte von den Arbeitern, die daraufhin den Versuch machten, einzeln zu verhandeln, die schriftliche Erklärung ihres Austritts aus der Organisation. Auf diese Weise ließ sich aber kein Arbeitswiliger finden. Am sollen die Ausständigenden zum Teil beschuldlich auf Pfaster geworfen werden. Herr Goldmann pachtete von einer größeren Zahl Hausbesitzer sämtliche Häuser. Seinen ausständigenden Arbeitern, die in diesen Häusern Wohnungen haben, hat er dieselben nun durch den Gerichtsvollzieher zum 1. März kündigen lassen. Das ist wahr, Herr Goldmann sorgt dafür, daß auch dem Wüdesten die Augen über den Wert der sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen aufgehen. In diesem Kampfe hat er die verschiedenen „wohlthätigen“ Einrichtungen rücksichtslos benutzt, um die Arbeiter fire zu machen. Glücklicherweise hinderte ihn bisher die Organisation, einen Erfolg zu erzielen.

Die Herner Unruhen fordern immer noch ihre Opfer. Am 7. Februar standen 5 Bergarbeiter vor dem dortigen Landgericht, welche beschuldigt waren, in der Nacht zum 27. Juni v. J. an einem Gebäude auf Reche „Friedrich der Große“ eine Anzahl Fenster-scheiben eingeschlagen zu haben. M. Rowalowski, der auch noch einen Arbeitswiligen mit einem Stein geworfen, erhielt 8 Monate Gefängnis, J. Aniech und Scalgski kamen mit 2 Monaten, Chr. Kosoloda und J. Percikowski mit 3 Monaten davon. Es sind nun insgesammt wegen der Herner Unruhen gegen mehr denn 40 Angestellte auf ca. 30 Jahre Gefängnis erkannt worden.

Bei der Gewerbegerichts-wahl in Breslau gelangte die Liste des Gewerkschaftsclubs nahezu einstimmig zur Annahme. Bemerkenswert ist, daß von den katholischen und evangelischen Arbeitervereinen, die in Breslau 6000 Mitglieder zählen, kein Versuch unternommen wurde, sich an der Wahl zu beteiligen.

In Düsseldorf befinden sich bei der Firma Westmann u. Elbers 80 Klempner, Pianiker, Drücker, Maler und Bremser seit dem 20. Januar im Ausstande. Die Arbeiter der betreffenden Firmen stellen folgende Forderungen: Einstellung sämtlicher am Ausstande beteiligten Arbeiter ohne Ausnahme. Anerkennung der Organisation seitens der Firma. Wiebereinführung des alten

Accordtarifs bei den Pianikern. Einführung der Strafbestimmungen betreffs des Zuspätkommens, wie dieselben vor dem 6. November 1899 bestanden haben. Mitbestimmungsrecht des Arbeiterausschusses über Verwendung der Strafgeelder. Da die Einigungsversuche unter Leitung des Herrn Dr. Wülfing scheiterten, beschloßen die Ausständigenden, bis zum äussersten auszubarren.

In Stuttgart befinden sich die Metallarbeiter der Firma Stolz im Ausstand. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Ausland.

Am dem Streik in Einsiedeln (Schweiz), der bei der frömmsten katholischen Firma Benziger u. Co., Aktiengesellschaft, ausgebrochen, sind 190 Personen beider Geschlechter und aller Branchen des graphischen Gewerbes beteiligt, während leider ca. 400 weiterarbeiten. Den Anstoß zum Streik gab die Mahregelung von 25 Arbeitern wegen ihrer Ingehörigkeit zur Organisation, die den frommen Herren der Urschweiz nicht weniger verhaßt ist, wie dem König von Sarrabien. Die Streikenden stellen folgende Forderungen: Beseitigung der Lohnabzüge bei unverschuldeten oder nicht nachweisbaren Schäden an der Arbeit, menschenwürdige Behandlung seitens der Vorgesetzten, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Anerkennung der Organisation. Die mit frommen Kleide maskierten brutalen Ausbeuter lehnen jede Unterhandlung mit Arbeitervertretern oder neutralen Männern ab. — Der schweizerische Gewerkschaftsbund beabsichtigt, vom Bundesrat die Rückerstattung der Kosten des Zigarettenarbeiterstreiks in Chiasso zu verlangen, da es sich hierbei um die Durchführung des Fabrikgesetzes bzw. einer speziellen Anordnung des Bundesrats betreffend die Lohnzahlung in schweizerischem statt italienischem Gelde handelte.

Die Zahl der streikenden Glasarbeiter in Charleroi (Belgien) beläuft sich bereits auf 3000.

In Antwerpen sind die Metallarbeiter in den Ausstand getreten. Derselbe ist zwar noch nicht allgemein, doch deutet alles darauf hin, daß auch sämtliche Schiffsarbeiter dem Ausstande beitreten werden.

Sociales.

Gefindeverhältnisse. Der Gutsherrmacher des Guts Sucholozna (Kreis Groß-Strelitz) soll 6 M. Strafe bezahlen, weil er gegen den Inspektor ungehorsam gewesen war. Der Stellmacher bekam Deputat und 140 M. Jahreslohn. Dafür sollte er aber nicht bloß die Stellmacherarbeiten für die Gutswirtschaft anfertigen, zu denen er sich verpflichtet hatte, sondern auch noch Tischlerarbeiten für das „Herrschafthaus“. Diese letzteren nahmen ihm so viel Zeit weg, daß er die Stellmacherarbeiten in der Nacht anfertigen mußte. Als ihm das zu hant wurde, verweigerte er die weitere Ausführung von Tischlerarbeiten, für die er natürlich keinen besonderen Lohn erhielt, und dafür erhielt er die genannte Strafe subditiert. Das Gut Sucholozna gehört der Familie der Grafen v. Tschirnitz-Renard; es ist u. a. auch durch vierstallartige Gefindewohnungen bekannt.

Und da wissen Sgmula und seinesgleichen immer noch nicht, weshalb „die Leute“ von Oberschlesien abwandern!

Versammlungen.

Eine Malerverammlung, die am Dienstag im Eisenstädtischen Konzerthause stattfand, beschäftigte sich mit der zwischen der Innung und dem Gehilfenauschuss getroffenen Tarifvereinbarung. Wie der Vorsitzende mitteilte, sind über diese Vereinbarung hinsichtlich der Nacht- und Sonntagsarbeit in der vorigen Versammlung irrtümliche Mitteilungen gemacht worden, die auch in den Bericht des „Vorwärts“ übergegangen sind. In Wirklichkeit lautet die Vereinbarung: Maler-Gehilfen erhalten einen Minimalstundelohn von 50 Pf. für Nachtarbeit wird ein Zuschlag von 50 Proz. gezahlt. Sonntagsarbeit ist, weil gesetzlich nicht zulässig, zu vermeiden. Wo sie ausnahmsweise stattfindet, bleibt der Lohn der freien Vereinbarung überlassen.

Ueber die Frage der Durchführung der Tarifvereinbarung referierte Link. Er führte unter anderem aus: Der Innungsvorstand habe nichts gethan, um den Mitgliedern der Innung von den getroffenen Vereinbarungen Kenntnis zu geben, und so konnten sich verschiedene Meister, die den Tarif umgehen, sich darauf berufen, daß ihnen der Innungsbeschlus nicht bekannt sei. Der Redner führte mehrere Fälle an, wo Arbeitgeber, obgleich sie von den Gehilfen auf die Vereinbarung hingewiesen wurden, dennoch den festgesetzten Lohn nicht zahlen. Es sei von vornherein klar, daß der Tarif nicht durchgeführt werden könne, wenn nicht eine starke Organisation vorhanden sei, welche die allgemeine Innehaltung desselben erzwingen könne. Der Referent empfahl folgende Resolution:

Die Versammelten erkennen an, daß durch die Einführung des Minimal-Stundelohns von 50 Pf. die schandlichsten Zustände in den Lohnverhältnissen beseitigt werden. Im Interesse einer wirksamen Durchführung der Tarifvereinbarung wird aber verlangt, daß der Vorstand der Berliner Malerinnung die Vereinbarungen sämtlichen Innungsmitgliedern zustellt, und daß die Vereinbarungen in den Werkstätten oder in den Comptoirs, für jedermann sichtbar, ausgehängt werden. Die Gehilfenvertreter im Kuratorium des Arbeitsnachweises werden ersucht, dahin zu wirken, daß die Vereinbarungen auf den Arbeitschein des paritätischen Arbeitsnachweises der Berliner Malerinnung gedruckt werden. — Ferner erklärten die Versammelten, daß, um die allgemeine Durchführung der Tarifvereinbarung zu garantieren und sich gegen etwaige auf Umgehung des Tarifs gerichtete Maßnahmen der Meister zu wehren, eine starke Organisation der Arbeitnehmer notwendig ist, und deshalb jeder noch nicht organisierte Kollege sich der Vereinigung deutscher Maler anzuschließen hat. — Weiter beschließt die Versammlung: Jeder arbeitende Kollege hat vom 1. März an jede Woche eine Extramarke zu 25 Pf. für den Streikfonds zu kaufen.

In der Diskussion wurde an verschiedenen Beispielen gezeigt, daß der vereinbarte Minimallohn noch nicht überall gezahlt wird. Ein Mitglied des Gehilfenauschusses der Innung bemerkte, die Meister könnten sich nicht darauf berufen, daß ihnen der Beschluß, den Tarif betreffend, nicht bekannt geworden sei, denn in der betreffenden Innungsversammlung seien 400 Meister anwesend gewesen. Ein Redner beklagte sich über den paritätischen Arbeitsnachweis. Jeder Arbeitssuchende müsse bei der Entragung 20 Pf. bezahlen, wofür er aber nicht ein Recht auf Zuweisung von Arbeit erwerbe. Die Arbeit werde auch nicht der Reihe nach, sondern anscheinend nach Günst und Zufall verteilt. — Die Vertreter im Kuratorium versprachen, die Beschwerde zu prüfen und Abhilfe zu schaffen. Nach Schluß der Diskussion wurde die Resolution des Referenten angenommen.

Die Gewerkschaft der Metallarbeiter nahm am 5. Februar in einer öffentlichen Versammlung Stellung zu den Mahregelungen der Vertretensleute bei der Firma Bergmann u. Co. Wiesner geißelte in scharfen Worten die arbeitserfindliche Handlungsweise der Firma und forderte die Versammelten auf, als Protest gegen derartige rigorose Uebergriffe sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen. In der recht lebhaften Diskussion, an der sich mehrere Redner beteiligten, wurden die Zustände in der Fabrik eingehend besprochen und folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen von Bergmann u. Co. erblicken in dem rigorosen Vorgehen der Firma eine Verweigerung ihrer nach dem Gesetz zustehenden Rechte, sie erheben energisch Protest dagegen und erklären, als Antwort auf die Maßnahmen der Firma sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen.“

Wollersdorf. Eine glänzend verlaufene Volksversammlung fand hier am letzten Sonntag in dem neuen großen Saale des Herrn Hind statt. Reichstags-Abgeordneter Stadthagen sprach unter großem Beifall über das Thema: „Wohin geht der Kurs?“ In der Debatte sprach zunächst ein Herr Habermann, der unter großer Heiterkeit den Satz ausstellte, die Centrumpartei sei eine bessere Arbeiterpartei als die Socialdemokratie. Die Genossen Karl Müller und Busch widerlegten den Herrn gründlich. Im Schlußwort wandte sich Abgeordneter Stadthagen wider die gegnerischen Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Sterzu 2 Beilagen.

Redner und flizierte nochmals kurz die Aufgaben der Socialdemokratie.

Eine Protestversammlung gegen die Flottenvorlage hielten am Donnerstag auch die Charlottenburger Partegenossen ab. Eine große Zahl von Männern und Frauen füllten den Saal der Cambrinusbrauerei bis auf den letzten Platz. Mit lebhaftem Beifall nahmen die Anwesenden den Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow entgegen, der die nebelhafte Weltpolitik der Regierung, die von Geschäftsinteresse eingeleitete Marinewärmerei und Flottenagitation der Kapitalistenklasse in treffender Weise kennzeichnete und unsere ablehnende Haltung gegenüber dieser Art der Weltpolitik eingehend begründete. Freunde der Flottenvorlage meldeten sich nicht zum Wort. Jedenfalls ist den Agitatoren für Deutschlands Wasserherlichkeit durch den Verlauf der Berliner Versammlungen klar geworden, daß sich die Arbeiterschaft nicht einreden läßt, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liegt. Ohne Diskussion wurde die in den Berliner Versammlungen angenommene Resolution auch hier einstimmig angenommen.

Der südafrikanische Krieg.

Von Buller liegen keine offiziellen Meldungen vor. Die gestern mitgeteilten Nachrichten gingen nur bis Dienstag. Seitdem fehlen wieder alle Nachrichten, und dies deutet darauf hin, daß von einem weiteren Vordringen nichts zu melden ist. Der „Voss. Zig.“ wird vom Freitag aus London telegraphiert, es bestätige sich, daß Buller am Dienstag keinen weiteren Vorstoß machte und sich damit begnügte, die gewonnenen Stellungen zu behaupten. Mangels neuer Meldungen wird angenommen, daß er schwere Geschütze kommen läßt, um das den weiteren Vormarsch hindernde Kreuzfeuer der schweren Voeregeschütze, wenn möglich, zum Schweigen zu bringen. Die Meinungen über den schließlichen Erfolg Bullers werden etwas pessimistischer.

Die „Times“ sagen, Buller hat nicht nur die von 18 000 oder 20 000 Voeren gehaltenen Linien zu durchbrechen, sondern ihnen dann eine zertrümmernde Niederlage zuzufügen. Falls er sie nicht nach den Drakensbergen treiben oder sie derartig aufreiben kann, daß sie aufhören, für alle praktischen Zwecke eine Streitmacht zu sein, kann der Entschluß von Ladysmith mit Sicherheit kaum vollbracht werden. Eine Drahtung des „Daily Chronicle“ aus Spearmanlager besagt, während des Scheinangriffs an der Potgieterdrift schwebten die britischen Batterien durch ein Schrapnellfeuer auf die Planken vom Spionso eine Zeitlang in Gefahr. Die Kanonen wurden indes zurückgezogen, ehe ihnen ein erster Unfall zustieß.

Aus dem Voerenlager.

Das „Mentische Bureau“ meldet aus dem Hauptquartier der Voeren vor Ladysmith vom 7. d. Mis.: Die Voeren feuerten gestern auf einen Panzerzug, der sich von Chieveley in der Richtung nach Colenso begab. Der Zug, in welchem sich 2000 Mann befanden, war infolge des Angriffs genötigt, nach Chieveley zurückzukehren. Bei Colenso und am oberen Zugela wird seit heute früh 5 Uhr geschossen.

Am Modder River

erleiden die Engländer Niederlagen. Macdonald hatte sich am Mittwoch den ganzen Tag über der Angriffe der Voeren auf seine Stellung am Modder River zu erwehren. Die Engländer verloren 60 Mann. General Buller befahl dem General Macdonald, sich nach Modder River zurückzuziehen.

Von der Grenze des Zululandes.

London, 9. Februar. Der „Standard“ meldet aus Durban vom 8. d. M., daß die Voeren dort eingegangenen Nachrichten zufolge in Randweien an der Grenze des Zululandes große Thätigkeit entwickeln. Eine Abteilung von Freiwilligen mit Artillerie wurde infolge davon dorthin entsandt, um die Wachtposten zu verstärken und dem weiteren Vordringen des Feindes zu begegnen.

Ursprünglich hieß es, daß die Voeren die Linie Erzburg-Randweien besetzt hätten, um sich gegen das Vordringen einer englischen fliegenden Kolonne zu schützen, die vom Zululand aus in das Gebiet von Transvaal einzubringen gedachte. Nach der obigen Drahtung erscheint das Bild verändert: Die Voeren drängen vor und die Engländer müssen Freiwillige an die Grenze des Zululandes schicken, um den Vormarsch der Voeren aufzuhalten.

Kapstadt, 8. Februar. Die fremden Militär-Attachés werden morgen Kapstadt verlassen.

Und New York wird nach Brüssel gemeldet, daß England in Bridgport (Connecticut) 70—80 Schnellfeuergeschütze sowie 350 Projektilen für Geschütze bestellt habe.

Verbreitete Sympathie-Adressen.

Paris, 9. Februar. Blättermeldungen besagen, die Regierung habe den Polizeipräsidenten befohlen, die Beschlässe über die Sympathie-Adressen an die Voeren, welche von verschiedenen Gemeindebehörden gefaßt wurden, zu annullieren, da dieselben eine Neutralitätsverletzung bedeuten.

Letzte Meldungen.

London, 9. Februar. Dem Parlament ist ein Nachtragsetat zugegangen, in welchem 13 Millionen Pfund Sterling verlangt werden zur Bestreitung der Kosten für die 120 000 Mann, welche infolge des Krieges in dem mit dem 31. März d. J. schließenden Finanzjahre mehr ausgegeben werden sowie zur Bestreitung anderer einschlägiger Ausgaben für militärische Zwecke.

London, 9. Februar. Das „Mentische Bureau“ meldet über Lourenco Marques aus dem Hauptquartier der Voeren bei Ladysmith vom 8. Februar 9 Uhr morgens: Die englischen Truppen, die im Besitz des Molenspruit-Kopfes waren, haben daselbst heute früh aufgegeben, nachdem die Artillerie der Voeren das Koppe bombardiert hatte. Die Engländer haben sich über den Zugela-Fürch in ihre alten Stellungen zurückgezogen. Heute morgen wurde am Zugela-Fluß mit Unterbrechungen eine Kanonade unterhalten.

London, 9. Februar. Dem Kriegsamt lag bis heute abend 6 1/2 Uhr keine Besätigung der Voeren-Meldung vom Rückzug Bullers über den Zugela vor.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Rom, 9. Februar. (M. T. S.) Senat. Bei Beratung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen stellt der Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, bei Verantwortung einer Anfrage des Senators Stellesschi-Kobilik fest, daß die Beziehungen Italiens zu England stets den Charakter gegenseitiger Freundschaft und gegenseitigen Vertrauens behalten hätten. Der Minister spricht ferner die Zuversicht aus, daß die Ereignisse in Südafrika keine allgemeineren Verwicklungen nach sich ziehen würden.

London, 9. Februar. (M. T. S.) Das englische Dampfschiff „Devolant“, welches am 21. Dezember v. J. den Clyde verlassen hatte, um sich nach Nicolajeff zu begeben, ist an seinem Bestimmungsort nicht angekommen; man nimmt an, daß es mit dem auf demselben befindlichen Gesessenen 19 Mann im Kanal untergegangen ist.

London, 9. Februar. (M. T. S.) Unterhand. Im Laufe der heutigen Debatte erklärte der Unterstaatssekretär Brodrick, die Weigerung des Marshalls des Prisenrichters in Durban, den deutschen Dampfer „Herzog“ seiner Zeit in Obhut zu nehmen, sei nicht auf einer Anweisung der britischen Regierung basiert gewesen, sondern darauf zurückzuführen, daß das Schiff noch nicht im Hafen war.

Reichstag.

144. Sitzung vom 9. Februar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, Tirpitz, Graf Posadowsky, Graf Bülow, Hr. v. Thielmann.

Die erste Beratung der Flottenvorlage wird fortgesetzt.

Abg. Graf Arnim (Sp.):

Wir begrüßen die Vorlage nicht mit leichtfertiger Surra-
stimmung, sondern mit unbefangenen, vorurteilslosem Blick. Wir
begrüßen sie mit Genugthuung, soweit wir daraus sehen, daß die
Regierung auf der Wache steht, daß dem Vaterland kein Schaden
geschehe, wenn wir uns auch dem Eindruck der Befremdung nicht
entziehen können, daß schon in so kurzer Zeit nach Bewilligung der
Flottenvorlage von 1898 diese neue Vorlage kommt. Doch ist dies
wohl durch die Verteuerung der Materialien bedingt worden,
auch hat Herr von Bülow schon vor kurzem auf den Ernst der ge-
samten politischen Lage für uns hingewiesen. Herr Schädlar sieht
sie allerdings weniger ernst an.

Die Lage, in die wir durch die Vorlage verlegt sind, vergleiche
ich mit den Anstrengungen, die Wilhelm I. machte, um die **Armeer-
erhöhungen** durchzuführen. Auch damals verstanden die Gegner nicht
die großen Aufgaben Deutschlands zu würdigen, auch damals wurde
über die unvermeidliche Bedrückung des Volks durch den Militarismus
geklagt. Die Herren, die auch jetzt wieder diese Klage erheben,
sollten doch aber daran denken, was Deutschland inzwischen
auf militärischem Gebiete geleistet hat. (Sehr richtig! rechts.) Durch
die jetzige Vorlage soll ein gewisses **Gleichgewicht** zwischen Flotte
und Armee hergestellt werden, nicht aber wollen wir eine **erst-
klassige Flotte**, aber ein Gleichgewicht ist nötig. Wie verhängnisvoll
ist es z. B. für England geworden, daß es seine Armee auf Kosten
der Flotte vernachlässigt hat! Sowie unsere Armee der Friedenszeit
in Europa getrieben ist, so würde auch unsere Flotte den Frieden zur
See in Europa sichern. Wollen Sie (nach links) die Garantie über-
nehmen, daß nicht andre Völker ihre Kraft an uns probieren und
daß nicht die Mächte, die großen Kolonialbesitz haben, sich durch
Hölle gegen unsere Export abschließen? (Sehr richtig! rechts.) Der
Hinweis des Abg. Prohne auf das internationale Recht war wohl
in dem jetzigen Augenblick mit Rücksicht auf das Vorgehen Englands
am allerwenigsten angebracht.

Man nennt diejenigen, die für die Flotte eintreten, Wasser-
enthusiasten und Kathedermariner und meint, daß nur die
Interessen einiger Großindustriellen in Frage kommen. Es ist nicht
richtig, wenn man unser **selbstloses** patriotisches Eintreten für die
Flotte so bezichtigt. Und liegen die Gesamtinteressen des Volkes
am Herzen. Auch die Vertreter der **Landwirtschaft** werden, wenn
auch die Landwirtschaft weniger Vorteile von der Flotte hat, doch
ihren patriotischen Empfindungen entsprechend für die Flotte ein-
treten. Wenn sie sich gegen die **Kanalvorlage** im Abgeordnetenhaus
wandten, so lag das daran, daß sie meinten, die technische Frage,
ob der Bau von Kanälen oder Eisenbahnen wichtiger sei, werde
besser durch eine Enquete gelöst, als in den Bureaus der
Ministerien, oder in politischen Kommissionen. (Sehr richtig! rechts.)

Die **Schaffungseinst** für die Schiffe wird in der Vorlage nicht
festgelegt. Das bedeutet ein **Vertrauensvotum** der Regierung
gegenüber dem Reichstage, aber einen Plan in großen Umfassen
müssen wir doch haben, sonst kann den Werften und den Arbeitern
nicht die nötige ununterbrochene Arbeit gesichert werden.

Den Herren vom Centrum möchte ich die Worte des seligen
Abgeordneten **Windhorst** vom Jahre 1885 ins Gedächtnis rufen.
Er sagte: „Eine Flotte, wie sie **Portugal** hat, wird niemals aus-
reichen. Ich bin der Ueberzeugung, wir thun jetzt den ersten Schritt
zu einer maritimen Weltstellung.“ (Lebhaftes Hört! hört! rechts.)
Für uns liegt der Zweck der Flotte darin, daß sie die Ehre und
das Ansehen Deutschlands aufrecht erhält und für unsere wirtschaft-
liche Lage die nötige Grundlage geben soll.

Was die Ausführung des Flottenplans betrifft, so besteht es in
den Motiven, sie solle nach Möglichkeit der **Leistungsfähigkeit** des
Volks entsprechen. Und bleibt ja die **staatsrechtliche Möglichkeit**,
jedes Jahr für die **Deckung** zu sorgen. Die Kosten werden nicht
höher werden, als sie bis jetzt schon sind. Dagegen werden sich die
Einnahmen **sicher steigern**, vor allem nach Abschluß der **Handels-
verträge**. Vor allem müssen wir abwarten, welche Wirkungen der
autonome Zolltarif für die Steigerung der Einnahmen haben wird.
Man weiß immer auf unsere **Schuldenlast** hin. Frankreich hat
aber eine noch viel größere Schuldenlast. (Sehr richtig! rechts.)
Wir haben einen Aufschwung zu verzeichnen, um den uns andre
Völker beneiden. Den zunehmenden **Wohlstand der Arbeiter** und
den zunehmenden Verbrauch von **Gewerksmitteln** können selbst die
Herren auf der äußersten Linken nicht in Abrede stellen. Herr **Vern-
stein** hat selbst zugegeben, daß die **Verbindungslehre** längst auf-
gegeben ist. Nichts ist teurer, als eine Sparmaßnahme, welche mit
mangelnder Sicherheit erkauft wird. (Sehr richtig! rechts.) Die
deutsche Nation fühlt, daß sie dank ihrer **Tüchtigkeit** und **Zukunft**
berufen ist, an den kulturellen, idealen und wirtschaftlichen Aufgaben
auch jenseits des Meeres im **friedlichen Wettbewerb** mit andern
Nationen mitzuarbeiten. Ich hoffe, daß der Reichstag auch in Rück-
sicht auf das Ausland sich dazu entschließen wird, die Kraft der
Nation in **Maß** umzusetzen.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Es ist gestern vielfach von der **sogenannten Flottenschwärmerei**
die Rede gewesen, wie ich glaube sehr mit Unrecht, denn alle
nationalen Bewegungen sind aus einer tiefgehenden nationalen Er-
regung hervorgegangen. Schließlich ist die ganze Schöpfung des
deutschen Reichs aus einer solchen Schwärmerei geboren, und wenn
jetzt für die Vergrößerung der Flotte ein solch lebhaftes Interesse in den
verschiedensten politischen Parteien sich zeigt, so ist das ein Zeichen
von der neutralen Bedeutung der Sache für unser Vaterland.
Ich gestehe gern zu, daß eine so große Bewegung auch manche über-
schäumende Jugendkraft zeitigt und manchen **unreifen Vorschlag**.
Wir können uns aber freuen, daß noch in der deutschen Jugend die
Fähigkeit vorhanden ist, sich für so große nationale Ziele zu be-
geistern. (Sehr richtig! rechts.) Es ist gestern vielfach die Rede
gewesen von der **Geburtsgeschichte** dieser Flottenvorlage. Staats-
rechtlich hat sie aber gar keine Bedeutung, es kommt lediglich darauf
an, ob die Verstärkung der Flotte notwendig und ob das
deutsche Volk in der Lage ist, die Kosten einer Ver-
stärkung der Flotte zu tragen. Ich will mich nicht in Allgemein-
heiten ergeben, um mir nicht auch den Vorwurf der Flottenschwärmerei
zuzuziehen, sondern eine Anzahl **nützlicher, rechnerischer Er-
wägungen** anstellen, die den Nachweis liefern sollen, welche Be-
deutung die Verstärkung der Flotte für den ganzen Lebensstand des
deutschen Volkes und für sein ganzes Erwerbsleben besitzt. In den
Jahren von 1889 bis 1899 ist unsere gesamte Einfuhr und Ausfuhr
um 90 Millionen gestiegen, das heißt jährlich um rund 90 Millionen.

Eine **Konsequenz** des Abg. **Hilpert** hat gestern, wie ich glaube
mit Unrecht, die Heiterkeit des Hauses erregt. Er sagte, man
müsse beachten, daß die Schiffe, die hinausgehen, nicht leer
zurückkommen. Ich möchte daran einige weitergehende Erwägungen
anknüpfen. Allein der Wert unserer Einfuhr von Rohprodukten hat
von 1889 bis 1899 rund 500 Millionen betragen, und es ist interessant
zu sehen, wie diese Einfuhr eintritt auf die Herstellung von
Fabrikaten und die Hebung der deutschen Arbeitsleistungen über-
haupt. In demselben Zeitraum ist die Einfuhr von Fabrikaten nur
um 22 Millionen gestiegen, während die Ausfuhr von Fabrikaten
um 300 Millionen, das heißt um jährlich 30 Millionen
gestiegen ist. Mit andern Worten, die **Steigerung der Aus-
fuhr** hat in einem Jahr noch 8 Millionen mehr betragen, als die
Gesamteinfuhr in zehn Jahren. Daraus kann man schließen einer-
seits, daß der deutsche Gewerbesitz ungedeutet gestiegen ist, daß es
der deutschen Arbeitskraft gelungen ist, erfolgreich die Einfuhr von

fremden Fabrikaten abzuhalten. Ferner ersieht man daraus, daß der
Konsum an Fabrikaten infolge der **steigenden Wohlfahrt**
außerordentlich gestiegen ist, und daß wir nebenbei noch genötigt
waren, einen großen Teil unserer Fabrikate auszuführen zu
müssen. Wenn wir aber die Industrie auf ihrer Höhe erhalten
wollen, so müssen wir die Möglichkeit der Ausfuhr sichern. Wir
können schlagend nachweisen, wie im einzelnen für jede einzelne
Produktionsart der deutsche Konsum gestiegen ist, und wie wir trotz-
dem noch zur Ausfuhr gezwungen sind. Man wird hier einwenden,
daß diese Zahlen nur betreffen die Einfuhr und Ausfuhr als solche
und nicht die Einfuhr über See. Ich möchte dazu bemerken, daß
ein großer Teil der Produkte nur durch den Zwischenhandel anderer
Länder ein- und ausgeführt werden kann und daß infolge dessen
ungefähr 70 Proz. von Ein- und Ausfuhr See-Einfuhr und See-
Ausfuhr sind. Wie stellen Sie es sich vor, wenn wir allein den
Vertrag, den wir an Rohstoffen beziehen für den unbedingt not-
wendigen Fortbetrieb der Industrie, nicht mehr regelmäßig beziehen
können. Wie wichtig die Einfuhr der Rohstoffe für den
Fortbetrieb der deutschen Industrie ist, mag daraus hervor-
gehen, daß die industrielle Einfuhr von 1897-1898 um
146 Millionen gestiegen ist. Was würde aus der Lebens-
haltung des deutschen Volks werden, wenn einerseits die Rohstoffe der
deutschen Industrie nicht mehr zugehen können und andererseits wir
nicht in der Lage wären, die Fabrikate, die wir herstellen, **sicher
über See** zu verkaufen. Stellen Sie sich unter diesen Verhältnissen
eine Krise vor, denken Sie sich die Arbeiterbevölkerung in den
Städten angeammelt. Das ist eine **sehr ernste Frage**, die wohl
bei der Verteilung, ob wir den Transport der Produkte durch die
Kriegsflotte sicher stellen sollen, sehr wichtig ist.

Ich muß noch kurz darauf eingehen, wie weit **Süddeutschland**
an der deutschen Produktion und dem deutschen Export beteiligt ist.
Zunächst ist die **Wollwollindustrie** in Süddeutschland absolut
stärker verbreitet, als in dem größeren Norddeutschland. Die süd-
deutsche Fabrikation an **Maschinen** beträgt 25 Proz. der gesamten
deutschen Produktion. In elektrischen Betrieben, Kesselschmieden, in
der Lokomotivfabrikation sind über 300 000 Arbeiter beschäftigt. Das
Ausland bezieht für mehr als 30 Millionen Mark Maschinen
aus Süddeutschland, von denen ein großer Teil über See geht.
Ich habe diese Zahlen angeführt, um nachzuweisen, welche erheb-
liches Interesse auch die süddeutsche Industrie an der Sicherung des
überseeischen Verkehrs hat. Nun kommt es ja darauf an, zu zeigen,
ob der **Schutz**, den wir uns durch überseeischen Handel gewähren
können, ausreicht, wie sich der **Schutz**, den die Meereisen an dem
Staat haben, gegenüber dem **Schutz** verhält, den uns die deutsche
Marine unsrer Meereisen gewähren kann. Prüfen Sie diese Ver-
hältnisse, und Sie werden sehen, daß wir unsrer Seeverkehr viel
weniger schätzen als die Franzosen, die Engländer, die Amerikaner.

Es fragt sich hier nur noch, ist das deutsche Volk leistungsfähig
für die **Zahlen**, die ihm bei der Flottenvergrößerung zugemessen
werden. Ich möchte da zurückgehen auf die **Rachweise** über die Zu-
nahme des Wohlstands, die uns die **preussische Einkommenser-
hebung** liefert. In den Jahren 1892/93 bis 1898/99 betrug die Zunahme
der Gesamtbevölkerung in Preußen 10,21 Proz., die Zunahme des
Einkommens in derselben Zeit 18,35 Proz., die Zunahme des Ein-
kommens war also etwa 8 Proz. größer als die Zunahme der Be-
völkerung. Legt man diese Verhältnisse der Steigerung des Ein-
kommens der gesamten deutschen Bevölkerung zu Grunde, so würde
sich das Einkommen im Reich in derselben Zeit um 17,1 Millionen
oder um 1 1/4 Milliarden vermehrt haben. Wenn ein Volk in seinem
Einkommen sich so erheblich **verbessert** hat, und diese Steigerung
des Einkommens wird anhalten, dann braucht man bei einer **Mehr-
belastung** **wahrlich nicht zögernd** zu sein.

Man hat gestern verächtlich gesprochen von den **Kathed-
marinisten**. Ich meine, wir sind alle Kathedermarinisten. Deshalb
sollten wir doch Vertrauen haben zu den **wirtschaftlichen Orientierten**,
die es gewiß beurteilen können, ob wir eine leistungsfähige Flotte haben
oder nicht. Zum **Schutz** noch eine kurze Bemerkung. Es ist gestern
behauptet worden, eine Anzahl von **Bundesstaaten** hätten der
Flottenvorlage **gegenüber** gestanden. Amlich ist mir von
dieser Thatsache nichts bekannt. (Große Heiterkeit links und im
Centrum). Die verbündeten Regierungen bitten Sie dringend, die
Vorlage einstimmig anzunehmen.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Fürst Bismarck hat einmal gesagt: **Amlich** habe ich nie die
Unwahrheit gesagt. (Große Heiterkeit). Die Flottenschwärmerei habe
ich schon im Dezember geübt. Der Herr Staatssekretär hat diese
Flottenschwärmerei verglichen mit der deutschen Einheitsbewegung.
Mit Unrecht. Diese kam aus dem Volke selbst (sehr richtig! links).
Die Flottenschwärmerei kommt nicht von unten, sondern von **oben**.
(Sehr richtig! links). Um die Flottenschwärmerei lebendig zu halten,
muß das Volk fortgesetzt aufgezwungen werden. Wäre die Flotten-
bewegung eine natürliche Bewegung, wie kommt es denn, daß sie erst
nach der **Hamburger Rede** entstanden ist? (Sehr gut! links). Graf
Arnim hat sich heute für die Vorlage ausgesprochen. Vor fünf Jahren
sagte er noch: Wenn die Herren der Linken der **notleidenden Land-
wirtschaft den Todesschlag** versetzen wollen, so müssen sie das
Doppelte von Saladschiffen bewilligen. (Große Heiterkeit links).
Heute ist die Verdoppelung des Geschwaders die Voraussetzung der
wirtschaftlichen Existenz. Wenn soll ich mir glauben, dem Grafen
Arnim von 1897 oder dem aus dem neuen Jahrhundert? Entzart
mir, Graf Derindur, diesen Zwielpalt der Natur! (Große Heiterkeit.)

Eine kleine Abrechnung muß ich noch halten infolge der Angriffe,
die der **Kollege Wasserfall** gegen meine Partei und meine Person
gerichtet hat. In unserer Fraktion hat einer auf den andern nur
Einfluß, soweit er in der betreffenden Frage größere Kenntnisse hat.
Wenn wir bei den Abstimmungen doch übereinstimmen, so liegt das
an der Einheit unsrer politischen Ueberzeugung. (Sehr richtig! links).
Die Nationalliberalen haben keine Ursache, andern zwispaltige
Meinung vorzubringen. Sie sind ja die **organisierte Unzufriedenheit!**
(Heiterkeit). Herr Wasserfall möge nur bedenken, wie er persönlich
angegriffen ist wegen seiner Haltung gegenüber der **sogenannten
Zukunftsvorlage**. Herr Wasserfall rühmt sich der Erfolge,
die seine Partei bei Wahlen davongetragen, wenn es sich
um **Militärfragen** handelte. Unter Kaiser und Königin
zählten Sie (zu den Nationalliberalen) 180 in diesem Saale, heute
nur noch 45, und heute sind Sie nicht einmal mehr im Präsidium
vertreten. Oft ist man nur zu sehr versucht, Sie als **quantité
négligeable** zu betrachten. (Sehr richtig! links und Heiterkeit.)
[Zuruf: Sie zählen ja nur 27!] Die Zahl macht es nicht, sondern
die **Einheit!** Wenn sich die Konfessionen nicht in aller **starkell-
gewohnheit** bequemen, ihre Leute in nationalliberale Uniformen zu
stecken, und schon beim ersten Wahlgang für die Nationalliberalen
stimmen, sehr viele von Ihnen würden schon durch **wahrschein-
liche Agrarier** ersetzt werden. Also ein Klein wenig **Wahrscheinlichkeit**. (Sehr
gut! links). Ich bedauere, daß Herr Wasserfall diese Parteilichkeit
begonnen hat, seine Angriffe konnten wir uns nicht gefallen lassen.

Die Rede des Herrn Staatssekretärs Graf Posadowsky war
eine sehr hübsche Einleitung zu einer Debatte über die **Handels-
verträge** (Heiterkeit); für die Flottenvorlage beweisen aber seine
Ausführungen nichts. Die **Kriegsflotte** ist doch nicht abhängig von
der Handelsflotte, sondern hat allgemeine politische Zwecke zu ver-
folgen. Je mehr Seegrenzen ein Staat hat, eine um so größere
Kriegsflotte braucht er ganz unabhängig von der Handelsflotte.
England hat im Verhältnis zu seiner Handelsflotte die kleinste
Kriegsflotte, unsre deutsche Marine dagegen hat mehr Menschen
auch im Frieden zur **Verfügung** als die **gesamte deutsche
Handelsflotte**. (Hört! hört! links). Für uns ist also das **ideal**
wenigstens auf See erfüllt, daß es mehr Soldaten als Bürger
gibt. (Heiterkeit). — Die **Denkschrift** beruht auf der Steigerung
des Handels in den Jahren 1898 bis 1899. Was beweist aber diese
Steigerung für die Verstärkung der Kriegsflotte? Sie hat sich doch
gerade vollzogen in einer Zeit, wo die Regierung auf lebhafteste

über Kreuzer und ungenügende Zahl der Artigsflotte. Diese
Ausdehnung des Handels hängt zusammen mit dem
ganzen wirtschaftlichen Aufschwung auch in der inneren
Entwicklung Deutschlands (Sehr richtig! links) und dieser
mit einer **Verbesserung** der Verhältnisse der **großen Masse des
Volks**, dem vermehrten Konsum, der verstärkten Nachfrage nach
Nahrungs- und Genussmitteln. (Sehr richtig! links.) Die Aus-
führungen des Herrn Wasserfall gipfelten darin, wer die See be-
herrscht, beherrscht den Handel und seine Schätze. Er hat sich aber
selbst widerlegt, denn auch nach seiner Meinung beherrscht doch Eng-
land die See, der Seeverkehr Englands hat aber in den Jahren
1896-1898 nicht so zugenommen, wie der Seeverkehr Deutsch-
lands. Dasselbe trifft nach seinen eigenen Ausführungen für
die zweitgrößte Seemacht Europas, für Frankreich zu. Das beweist
eben, daß **nicht die Zahl der Kriegsschiffe und Kanonen**, sondern
der **Preisfaktor** den Seeverkehr, den Seehandel beherrscht. Die
Leistungsfähigkeit der Industrie, der Fleiß, die **Intelligenz** der in-
dustriellen Bevölkerung fällt für die Entwicklung des Handels weit
mehr ins Gewicht als die Größe der Kriegsflotte.

Man will durch die Flotte die Konkurrenz Deutschlands auf dem
Weltmarkt erleichtern. Gerade umgekehrt aber kann eine Ein-
mischung der Kriegsflotte dazu führen, die nationale Eisenerzeugung
weiter aufzuhalten, und unsren Handel gerade dort zu schädigen,
wo die natürlichen Bedingungen für den Absatz deutscher Produkte vor-
handen sind. (Sehr richtig! links.) Ein **Österreichischer** hat
mir bestätigt, daß die Entwicklung der Industrie in England gerade
deshalb **nicht** so wie die deutsche fortschreitet, weil sie sich zu **sehr
auf die politische Macht** und auf die Herrschaft in den Kolonien
verläßt und es dabei verabsäumt, darauf zu achten, wie die Kon-
kurrenz fortschreitet auch in der Versorgung der englischen Kolonien.

Weiter hat sich Herr Wasserfall auf die Vorgänge vor **Manila**
und auf **Samoa** bezogen und damit die Notwendigkeit der Flotten-
vermehrung begründet. Ein **Vize-Admiral** hat sich aber in einer
Flottenversammlung in Wiesbaden auf das energischste dagegen
verwahrt, daß diese Vorgänge zur Begründung der Flotten-
vorlage herangezogen werden. Die Vorgänge dort haben
gerade bewiesen, wie unter Umständen die **Unwesentlichkeit** von Kriegs-
schiffen, statt Streitigkeiten zu vermeiden militärische Streitigkeiten
von weittragender Bedeutung herbeiführen kann. — Herr Wasserfall
hat weiter auf die **Beschlagnahme** der Postdampfer hingewiesen
und gemeint, England hätte nur nachgegeben, weil es im Kriege
war. Allerdings, wenn es nicht im Kriege war, konnte es auch gar
nicht in die Lage kommen, Schiffe zu beschlagnahmen. (Heiterkeit
links, Lachen bei den Nationalliberalen.) Aber nicht die **Rückstuf** auf die
Zahl der Kriegsschiffe, sondern die **Rückstuf** auf die **Gesamtstellung**, die die
Staaten untereinander einnehmen, ist maßgebend. England hat
alles Interesse daran, sich **Deutschland nicht zum Gegner** zu
machen. Uebrigens ist die **Beschlagnahme** der Schiffe nicht von der
englischen Centralregierung angeordnet, sondern von englischen
Schiffskommandanten, sei es im blinden Dienstifer oder
irregeleitet durch Demagogationen. Ich bin natürlich nicht
der Ansicht, daß diese englischen Schiffskommandanten aus
dem deutschen Flottenfonds bezahlt worden sind. (Heiterkeit.)
Aber jedenfalls haben sie der deutschen Flottenagitation mehr genützt
als die **deutschen Agitatoren**, die aus dem **Fonds** bezahlt
werden. (Große Heiterkeit, sehr richtig! links.) Die **Beschlagnahme**
der Schiffe kam der Flottenagitation so zu gute wie ein **Attentat
zur Zeit der Amtsurvorlagen**. (Sehr gut! links.) Die Auf-
regung über die **Beschlagnahme** war auch nur so groß, weil es gerade
die Engländer waren, gegen die wegen der **feindlichen Ansetzung** des Krieges
in **Sidafrika** eine gerechte Entrüstung herrschte. Aber aus solchen
Stimmung heraus macht man doch keine Politik, engagiert sich nicht
zur **Kontrahierung** einer **Milliardenanleihe**. Uebrigens hat wohl die
Entlassung England gegenüber jetzt mehr einer **missliebigen
Stimmung** Platz gemacht.

Herr Wasserfall berief sich sogar auf die **Stimmung des
Auslands**. Auch aus **Oesterreich** sind **Empfänglichkeiten** für die
Flottenvermehrung gekommen. Nun diesen Herren **loset** ihre
Flottenbegeisterung nur das **Griffporto** nach Deutschland. (Große
Heiterkeit.) Uebrigens ist gerade **Oesterreich besonders kuafrig** mit
den Ausgaben für seine Flotte. — Herr v. **Lebeyow** sagte: wir sind
in **keiner Surrastrimmung**. Das stimmt ja auch mit allem überein,
was man über die **Stimmung der Landwirtschaft** gegenüber der
Flottenvermehrung gehört hat.

In den großen Städten aber sind gut besuchte **Flottenver-
sammlungen** abgehalten worden. Warum auch nicht. Es gibt in
diesen Zeiten eine solche große Menge abhängiger Beamten, die
einem **Bis** von oben folgend, in solche Versammlungen geben
müssen, daß sie allein dadurch gefüllt werden. Aber geht die Be-
wegung wirklich in die große Masse, kümmert sich im Volke irgend
jemand darum? Nein! Sie scheinen mir in diesen Dingen nur
aus Ihrem persönlichen Verkehr heraus zu urteilen. (Sehr richtig!
links.) Wie man im Volk, in **Arbeiterkreisen** darüber denkt, haben
die **socialdemokratischen Versammlungen** bewiesen, die am Vor-
abend der Verhandlungen hier in **Berlin** abgehalten wurden. Der
ganze **Landstamm der Flottenprofessoren** war für diese Ver-
sammlungen aufgeboden, von dem jungen **Wendstern** bis zum
alten Professor **Wiener**. Aber alle sind sie **glatt abgefallen**, und
Hurchachtung war vorhanden, nur nach der andern Richtung
hin. (Große Heiterkeit.) Man spricht von **Begeisterung** für die
Flotte im **Handelsstand**. Ich möchte den Kaufherren nicht auf den
Zahn fühlen, ob sie genau wissen, was in der Vorlage steht (Sehr
richtig! links), wie viel **Schiffe** wir heute haben, wie viel wir be-
kommen sollen. Es ist ja gar nicht möglich, daß diese vielbeschäftigten
Herren sich in eine **gelehrerbücherei** Vorlage so vertiefen. Sie stehen
einfach auf dem **Standpunkt**: So lange die Sache nichts kostet, sind
wir gern gefällig, namentlich nach oben. Nicht der ganze Handel
ist für die Flotte begeistert. Das sind entweder die **Kommerzienräte**
oder solche, die es werden wollen. (Große Heiterkeit.) Der **Ab-
geordnete v. Lebeyow** ist über die **Kosten** hinweggegangen. Er
meint, das **beschwere** nur die Vorlage. Was würde man von einem
Dauhalter sagen, der ungemessene Ausgaben macht und auf den
Eintritt, ob er denn auch das nötige Geld habe, antwortet: Unter-
brechen Sie mich nicht; das **stört** mich im **Ausgehen**. (Sehr richtig! links.)
Der Herr Staatssekretär meinte, alle die großen Flottenvermehrungen
seien durch **Anleihen** gedeckt worden. Das ist nicht richtig. Der
Grundstock sowohl der **preussischen** wie der **deutschen Flotte** sind nicht
aus **Anleihen** bezahlt worden. Herr **Miquel** will gegen die
Kommunen einschreiten, die **Anleihen** für die notwendigen Dinge,
wie Kanalisation, Pflaster und Wasserleitung, aufnehmen wollen.
Hier zeigt sich ganz genau das **umgekehrte Bild**. — Nun hat neulich
der Staatssekretär v. **Bülow** über die Flotte gesprochen und dabei
ein sehr hübsches Bild gezeichnet. Der Herr Staatssekretär gebraucht
immer hübsche **Bilder**; sie stimmen oft leider nicht. (Große Heiter-
keit.) Er sagte, Flotte und Reichstag seien beide **Änder** der **Mutter
Germania**, und der **Pruder Reichstag** werde alles für die
Schwester Flotte thun müssen, damit sie **wachse**, **blühe** und
gebe. Der Herr Staatssekretär hat vergessen, daß die
Mutter **Germania** noch **andre Kinder** hat. Da ist z. B. das
Landheer, der **erstgeborene Sohn**, ein sehr glühender Junge mit
ganz gehörigem **Appetit** (Große Heiterkeit) und alle **Verfuche**, ihm
den **Leidriemen** enger zu schnüren, sind bisher vergeblich gewesen.
Dann kommt die **Tochter Kolonialpolitik**. (Große Heiterkeit) sehr
schwächlich, aber sehr **anspruchsvoll**, **loset** viel mehr als sie einbringt.
Mutter **Germania** muß ihrem bürgerlichen **Veruf** nachgeben und so-
zulegen die ganze **Familie** erhalten. Die **Familie** geht aber stets zu
Grunde, wenn ein **Mitglied** gar zu hoch hinaus will. (Große Heiter-
keit.) Und das ist hier bei der Flotte der Fall.

Was nun die **Deckungsfrage** anlangt, so habe ich mich ge-
mumbert, daß man nicht auf den **Gebanken** gekommen ist, die **Liebes-
gaben** dafür heranzuziehen. 43 Millionen für die **Wannwech-
brenner**, 33 Millionen für die **Judeproduzenten**, das 76 Millionen;

damit könnte schon ein ansehnlicher Teil der Kosten gedeckt werden. Wir stehen wieder vor dem Abschluss der Handelsverträge. Jeder wird mir zugaben, auch der Graf Solodouh, daß man Handelsverträge nur mit vollem Vorteil abschließen kann. Man muß in der Lage sein, seine Forderungen nachlassen zu können, wenn man von andern Staaten Zollermäßigung bewilligt haben will. Der Zeitpunkt für große Ausgaben ist also der denkbar ungünstigste. Die finanzielle Seite der Flottenvorlage ist zudem ungemein unbestimmt. Was ist finanziell ein Linienschiff, was ein großer und ein kleiner Kreuzer? Das sind finanziell ganz veränderliche Begriffe. Die Kosten für ein Schiff sind nach einem Jahre doppelt so hoch wie vorher. Mit dem Wegfall des Amortisationsparagraphen in der neuen Vorlage, schwebt jede Bestimmung der Ausgaben überhaupt in der Luft. Von den Freunden der Vorlage wird ganz besonders begehrt, daß diesmal keine Bindung vorgeschlagen ist. Herr v. Rebeqow nennt die Vorlage eine Resolution, Herr Bollerbaum ein Programm, Herr Graf Arnim ein Vertrauensvotum. Ja, warum begnügt sich denn die Regierung nicht mit einer Resolution oder einem Vertrauensvotum? Ein Vertrauensvotum dränge man doch niemand in der Weise auf, daß man ihm die Büchse auf die Brust setzt und sagt: Wenn du das Vertrauensvotum nicht annimmst, löse ich den Reichstag auf! (Zustimmende Heiterkeit.) Zu allen in der Vorlage geforderten neuen Schiffen kommt der Ersatz für die alten Schiffe. Herr Tirpitz hat jetzt die Vermehrungsarbeiten den Ersatzarbeiten vorgezogen und Ersatzarbeiten zurückgeschickt. Im nächsten Jahre werden vier Ersatzbauten und vier Neubauten fällig. Das nennt man beim Wählerpiel Zwischmähle. Und an diesem Spiel kommen wir gar nicht heraus, wenn wir die Vorlage annehmen.

Gegen eine gesetzliche Festlegung des ganzen Flottenplans müßten wir uns ganz entscheiden. Etwas anderes ist es, wenn die Marineverwaltung mit einem Plan vorliegt, etwas anderes die gesetzliche Festlegung des Plans. Gegen diese müssen wir uns so entscheiden, als ob es jetzt ganz klar ist, daß es sich hier um eine einseitige Bindung des Reichstags handelt. Früher war die Regierung selbst gegen die gesetzliche Festlegung. Es hieß, man könnte dadurch abgehalten werden, den Veränderungen der Technik durch Änderungen der Gesetzgebung so rasch zu folgen wie es notwendig ist. Für die Notwendigkeit der gesetzlichen Festlegung werden verschiedene Gründe angeführt. Erstens heißt es, die Reichstagen müßten sich von langer Hand auf solche Bauten einrichten können. Aus der Denkschrift ergibt sich aber, daß die Privatverträge sich längst eingerichtet haben, schon vor der Vorlage. Ferner meint man, das nötige Personal müsse erst vorbereitet werden. Nun, wenn man jetzt in allen Schulen auf die Bedeutung der Flotte hinweist und Flottenbilder anhängt, da wird es doch möglich sein, jährlich 50 Kadetten mehr zu gewinnen. (Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Gerade im Gegenteil ist zu befürchten, daß der Handelsmarine zu viel Mannschaften entzogen werden. Das Reichs-Marineamt beschränkt das ja, aber die Hamburger Handelskammer hat zugegeben, daß sich ein Mangel an tüchtigen Desoffizieren, Matrosen und Steuerleuten fühlbar macht. — Es wird weiter gesagt, die Hafenanlagen, Dockanlagen könnten nur bei gesetzlicher Festlegung der Flottenvermehrung erweitert werden. Andererseits wird aber zugegeben, daß solche Anlagen bereits jetzt reichlich vorhanden sind. Endlich führt man als Grund für die Festlegung des Planes an, wie ein einmütiger Beschluß des Reichstags geeignet ist, das Ansehen Deutschlands zu heben. Damit schneidet man ja aber gerade für die Folgezeit den Beweis der Einmütigkeit ab. Allerdings, man will das Eisen schmieden, so lange es warm ist, und den Reichstag in Banden schlagen, aus denen er nachher nicht mehr heraus kann. (Sehr richtig! links.) Nach 1896 ist der Gedanke der Festlegung dem Reichstag und allen Staatssekretären und Admiralen entschieden zuwider gewesen. Herr Tirpitz brachte ihn erst an Schäften mit. (Heiterkeit.) Der Gedanke ist geboren aus dem Mißtrauen gegen den Reichstag, weil 1897 die außerordentliche Steigerung des Extra-Ordinariums von 30 auf 70 Millionen Widerspruch erregte und vom Reichstag auf 38 Millionen herabgesetzt wurde. Kein anderer Staat leidet ein solches Schicksal. (Sehr richtig! rechts.) Auch Herr Holmann, der Vorgänger des Herrn Tirpitz, hat sich übrigens ganz entschieden gegen eine solche gesetzliche Festlegung des Flottenplans ausgesprochen. Herr Holmann sagte, was in zehn Jahren notwendig ist, kann ich im voraus gar nicht sagen. Jetzt soll sogar die Art des Erfolges auf 10 Jahre festgelegt werden. Wir sind für eine solche gesetzliche Festlegung nicht zu haben.

Für uns kommt nur die etatsmäßige Bewilligung in Betracht. Wir sind nicht gegen jede Vermehrung der Flotte. Das würden wir für einen ganz verkehrten Standpunkt halten. Schon 1887 haben wir bewiesen, daß wir auch für Deckerüberflügeln zu haben sind, und jeden Mann und jeden Groschen bewilligt. Bei der letzten Artillerievermehrung haben wir überhaupt kein Aufsehen gemacht. Schon 1898 habe ich ausdrücklich gesagt, daß es uns gar nicht darauf ankommt, über den jetzigen Bestand hinaus neue Schiffe zu bewilligen. Also man bleibe uns mit dem Einwand fern, wir wollten gar keine Flotte. (Sehr gut, bei der freisinnigen Volkspartei.) Nun hat man uns wieder mit der Wladadegeschichte graulich zu machen gesucht. Man stellt es so dar, als könnten wir angeschlossen werden. Der Landwirtschaftsminister hat im preussischen Landtag erst neulich die Gefahr weit von der Hand gewiesen. Warum hat man die Wladadegeschichte dem durch die Bewilligungen von 1898 für befeitigt erklärt? Ich meine, wir brauchen heute nicht ängstlicher zu sein als vor 2 Jahren. Wenn auf England hingewiesen wird und uns die Bündnisfähigkeit, so frage ich: und wir sind heute schon mehr geehrt, als uns lieb ist? (Sehr richtig! links.) Ein Bündnis setzt Uebereinstimmung der Interessen voraus. Deshalb scheint mir ein Bündnis zwischen uns und Rußland andächtig zu sein. Rußland verschließt seine Thür für unsre Produkte, England hält sie offen. Kombinationen, die auf einen Krieg gegen England hinauslaufen, müssen den Dreimächtestreben, dem Italien ist auf England im Mittelmeer angewiesen. Der Regierung wird schon heute bange vor der Hege gegen England. Wir stehen in offiziellen Klättern Warnungen vor der Hege gegen England, wie wir sie verurteilender selber nicht schreiben könnten. (Heiterkeit links, Lachen rechts.) Man weist hin auf den englischen Imperialismus. Hüten wir uns, daß wir nicht selber Imperialisten werden. (Zustimmende Heiterkeit links.) Lassen wir uns nicht durch Stichworte einfangen. Zuerst war die Rede von deutscher Weltmacht und dann hieß es ein größeres Deutschland, schließlich Weltreich und wir sahen, wie die Weltmächte schon daran gingen, die Grenzen dieses Weltreiches in Kleinasien, Marocco usw. abzustechen. (Heiterkeit links.) Aus dem Begriff Weltreich aber entwickelt sich der Begriff Welt-herrschaft, und da die andern Länder sich dies nicht gut gefallen lassen, kommen wir zum Weltkrieg. Ach, das ist ein Jerschik, das die Politik in den Sumpf führt. (Zustimmende Heiterkeit links.) England macht böse Erfahrungen mit dieser Weltmachtspolitik, und Frankreich hat unter den Kapoleoniden im Verlauf dieser Weltmachtspolitik Ehre und Vorhänge verloren. Es handelt sich vor allem um die Stimmung, die jetzt immer weiter um sich greift und uns schließlich in eine Richtung führen muß, die wir nicht verantworten können. Ich resumiere mich. Wir halten uns keineswegs präjudiziert durch meine Anschlüssen. Wenn sich infolge der wieder traditionellen Politik nämlich zum Schatz des Handels seiner Zeit das Bedürfnis nach mehr Kriegsschiffen ergeben sollte, so werden wir nach Möglichkeit der vorhandenen Mittel im Wege der Einverständnis eine Vermehrung eintreten lassen. Aber aus Gründen finanzieller, konstitutioneller und politischer Natur ist es unmöglich, auf die Grundlage des vorliegenden Entwurfs zu treten. (Zustimmende Heiterkeit links.)

Staatssekretär Tirpitz:

Auf die Details in der Rede des Herrn Richter wird sich besser wohl in der Budgetkommission eingehen lassen, dort siehe ich Herrn Richter zu Diensten. Ich empfinde jetzt nur das Bedürfnis, meinen Standpunkt in der ganzen Frage noch mehr hervorzuheben zu lassen. Es ist so dargestellt, als hätte ich vor zwei Jahren die jetzige Flotte als Großmacht bezeichnet, während ich jetzt der Ansicht sein soll, daß

die Flotte von 1898 gar keinen Maßstab darstellt. Ich habe nicht Bedenken gesagt und auch nicht sagen wollen. Die militärische Bedeutung — (Lachen.) Ueber diesen Punkt sind wir allerdings anderer Meinung geworden. (Gelächter links.) Die Flotte reicht in militärischer Hinsicht nicht aus für die Gefahren, wie wir jetzt erkannt haben. Ich gebe ja zu, daß es ein unglücklicher und mißverständlicher Ausdruck war von mir, als ich sagte, unsere Flotte sei jetzt fast genug, daß auch eine große Seemacht Bedenken tragen würde, offen zu gegen uns vorzugehen. Ich habe damit nicht sagen wollen, daß unsere Stärke ausreichend wäre. (Gelächter links.) Und auch den Krieg mit der stärksten Seemacht nicht zu fürchten. Wir haben in der Budgetkommission die Frage eingehend behandelt, und Herr Richter hat im Plenum selbst konstatiert, daß eine Flotte von 1 1/2 bis 2 facher Stärke zum Angriff erforderlich wäre. (Lachen.) Zahlenmäßig betrachtet ist unsere Flotte nach der gegenwärtigen Novelle immer noch schwach an Zahl. (Große Lärme links, Zwischenrufe: Da haben wir's.) Ich meine, unsere Flotte ist immer noch nicht so stark wie die andern Flotten. (Stimmliches Gelächter links.) In der Begründung sind keine Vorbehalten der Art enthalten, wie sie Herr Richter gezogen hat. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine gut organisierte kleine Flotte die Gefahren, die uns drohen, zwar nicht beseitigt, aber mildert. Natürlich nur dann, wenn sie organisiert ist. (Gelächter links.) Notwendig ist es, das Ziel der Organisation festzulegen und die einzige Möglichkeit hierzu ist die gesetzliche Zustimmung zu diesem Ziel. Es ist sehr wohl möglich, daß die Details sich ändern, aber die verbündeten Regierungen meinen, daß das organisatorische Ziel sich nicht so ändern wird, daß man deshalb von einer Festlegung absehen sollte. Diese Festlegung des Ziels ist von Herrn Richter nicht genehm. Er sagt, daß er der Marine an sich freundlich gesinnt sei. Bis jetzt hat die Marine von der Freundschaft des Herrn Richter nichts empfunden. (Sehr richtig! rechts.) Jeder Deutsche, von der Nordsee bis zu den Alpen, der irgend welchen politischen Einfluß hat, ist der Ansicht, daß Herr Richter sein reiches Talent und seine große Arbeitskraft eingesetzt hat, um unsere Marine so klein zu halten, wie sie jetzt ist, d. h. nach seiner Ansicht wechlos zu machen. (Zustimmende Heiterkeit links.) Ich möchte von Herzen wünschen, daß die Geschichte nicht einmal über diese Thätigkeit des Herrn Richter, die von Erfolg ja nicht begleitet war, ihr Urteil zu fällen hat. (Zustimmendes Bravo! rechts, Lachen links.)

Hg. Richter (fr. Sp.):

Liberalen Männern, die der Ansicht sind, daß wir ebenso wie ein starkes Heer auch eine starke Flotte haben müssen, sollte nicht der Liberalismus abgebrochen werden. Ich verlange, daß man es uns nicht verdenkt, wenn wir ja sagen, daß man nicht gegen uns geht, und nicht als Liebediener verächtlich. Bitte erkennen an, daß sich die internationalen Verhältnisse seit 2 Jahren vollständig verändert haben. (Bravo! rechts) und daß die Regierung in Uebereinstimmung mit der großen Majorität des deutschen Volks recht hat, wenn sie eine Verstärkung unserer Flotte für erforderlich hält. Gewiß ist in der Flottenagitation manches verkehrt und manches tadelswürdig, aber die Glieder der Wissenschaft, die sogenannten Flottenprofessoren, haben das volle Recht, mit ihrer Meinung auf den offenen Markt zu treten. 29 Handelskammern, an der Spitze Bremen und Hamburg, haben ihrer Uebereinstimmung mit der Notwendigkeit einer Verstärkung der Flotte im Interesse des Handels Ausdruck gegeben. Sie sind kompetente Beurteiler. Diese unsere allgemeine Zustimmung zum Gesetz bedeutet natürlich nicht, daß wir alle Einzelheiten des Gesetzes unbedenken annehmen. Da behalten wir uns die Entscheidung vor. Trotz aller Abweichungen bin ich der Uebereinstimmung, daß so wie wir uns viele Mitglieder der freisinnigen Volkspartei im Lande denken. Die Würdigung, die die Herren von der Linken in der Vorlage sehen, kann ich in ihr nicht finden. Die Regierung will ein detailliertes Programm bewilligt haben, um es nachher für wirksam benutzen zu können. Einem solchen Programm können wir zustimmen. Deutschland ist reich genug, um auch vermehrte Flottenforderungen bewilligen zu können. Erfreulich ist es, daß auch die Konventionen zustimmen trotz der Not der Landwirtschaft. Die Herren werden mit ihrer Agitation hoffentlich vorläufiger sein, nachdem sie gestern Herrn Hilpert gehört haben. Diese Agitation des Bundes der Landwirte muß ja zu dem Reiz führen. In der Debattefrage stimme ich mit Herrn Schäbler überein. Ich stehe auch auf dem Standpunkt des Hg. Richter, den wir diesmal schmerzlich vermissen und dessen Uebereinstimmung wir aufrichtig wünschen, daß die starken Schultern herangezogen werden müssen. Wir scheitern eine Vermögensteuer von gewissen Sätzen ab die zweckmäßigste Herangehung zu sein. Die Debattefrage muß jedenfalls gelöst werden. Ich kann dem Grafen Arnim darin nicht zustimmen, wenn er sagt, wer die Debattefrage in den Vordergrund schiebt, will die Flottenvorlage nicht. Eine starke Flotte wollen wir, denn sie wird den Feinden sichern, nicht wie die Sozialdemokraten sagen, Deutschland in teigereiche Konflikte verwickeln. Deutschland wird trotz einer großen Flotte andere Völker in ihrem Selbstbestimmungsrecht nicht hindern. Die Arbeiter haben ein Vorteil von der Flotte und es giebt auch sozialdemokratische Arbeiter, die sich der Notwendigkeit einer starken Flotte nicht verschließen können. In meinem Wahlkreis ist ein Arbeiter von durchaus sozialdemokratischer Gesinnung für die Flotte eingetreten. Der Mann hat einen Vorschlag. Er folgt nie der Propaganda der Partei (Lachen bei den Sozialdemokraten), sondern hat sich stets eine sehr selbständige Meinung bewahrt. (Erneutes Lachen.) Auch Kollege Kuer stand ja in dem Verdacht der Flottenirrationale. Ich verweise auf Seite 208 und 209 des letzten Parteitagprotokolls. Er hat zwar nur von Flottenbewilligungen gesprochen, wenn seine Partei einmal am Ruder ist, aber er steht doch in dem Ruf der Bedenkenträgererei. (Hg. Kuer nickt. Große Heiterkeit.) So lange bis Herr Kuer und seine Freunde am Ruder sind, können wir nicht warten. Wir hoffen, daß aus der Kommission eine Vorlage herauskommen wird, die in ihrem Inhalt nach uns in unpopulärer geachtet ist. (Zustimmende Heiterkeit links bei der freisinnigen Vereinigung, den Nationalliberalen und rechts.)

Hg. Moth (Solo)

erklärt sich namens seiner sämtlichen Freunde gegen die Flottenvorlage. Die Kosten wachsen ins Ungemeine. Die politische Landwirtschaft kann sie nicht mehr tragen, denn ihr schadet die ganze Politik der polenfeindlichen Auro. Sind doch die Ansehungsmissionen nur zu dem Zweck in Thätigkeit, den politischen Bauern und Arbeiter von der Scholle zu verdrängen, ihn arbeitslos und erwerbslos zu machen.

Hg. Liebermann von Sonnenberg (Antiz.):

Eine eingehende Prüfung der Vorlage ist gerade diesmal besonders angezeigt. Wir hoffen, daß die Regierung auf die berechtigten Wünsche der Volksvertretung eingehen wird. Man kann die Vermehrung der Flotte für notwendig halten, aber der gegenwärtigen Vorlage doch mit sehr gemäßigten Gefühlen gegenüberstehen. In der Flottenagitation mag sich Strebererei, Byzantinismus und nachtes Geschäftsinteresse in den Wandel der Flottenbegeisterung hüllen. Es läßt sich andererseits nicht leugnen, daß gerade die politischen Vorgänge der letzten Zeit eine mächtige Bewegung im Volk entfesselt haben, die in der Flottenvermehrung vorwärts drängt. Besonders begeistert ist die studierende deutsche Jugend. Zu schwärmen ist ihr gutes Recht, wir aber müssen nächstern und fühl bleiben. Unser Zukunft mag auf dem Wasser liegen, die Nährwurzeln der Gegenwart aber liegen in der deutschen Ackerfrucht, in dem lebendigen Grenzwall der deutschen Bauern. Ihnen geht es schlecht, gedrückte Getreidepreise und die Leutenol bedrängen sie. Das Verhalten der Regierung zur Landwirtschaft hat tiefes Mißtrauen in diese patriotischen Kreise getragen, so daß es nicht wundernehmen kann, wenn sie nein sagen. Es wäre furchtbar, wenn die deutsche Landwirtschaft aus Patriotismus für die Flottenvermehrung gestimmt hätte und es dann erleben müßte, daß die Captivische Politik gilt: Deutschland muß ein Industriestaat werden. Und es liegt auf der Hand, daß die Flottenvermehrung einen Kreis bildet, Industrie und Handel zu begründigen. Solche Ver-

fürchtungen erschweren allen denen, die in der Erhaltung des Bauernstandes eine Lebensfrage für Deutschland sehen, es außerordentlich mit freudigem Herzen der Vorlage zuzustimmen. Diese Zustimmung könnte die Regierung erleichtern, wenn man das jetzt in der Kommission stehende Fleischschau-Gesetz zwischen der ersten und zweiten Lesung der Flottenvorlage im Plenum zur Entscheidung brächte. Da könnte die Regierung beweisen, daß ihre wirklich am Schutze der Landwirtschaft gelegen ist. (Hg. Dr. Müller-Reiningen: Lesen Sie doch nicht Ihre Rede ab! Heiterkeit.) Ich lese nicht ab. Ich denke, ich habe dem Reichstag bereits den Beweis geliefert, daß ich frei sprechen kann. Rüge der Herr nur für sich selber tragen und alles andere dem Präsidenten überlassen. Und noch einen weiteren Beweis kann die Regierung geben. Von den beiden Projekten Kanal und Flotte muß eins zurückgehen. Beide sind zu kostspielig und da ist es klar, daß der Kanal weichen muß. (Lachen links.) Die Regierung hat die Zustimmung sofort zu ändern, wenn sie erklärt, das Kanalprojekt verschwindet auf 20 Jahre von der Bildfläche. Und ein dritter Beweis ist zu geben. Wir müssen sicher wissen, daß die deutsche Landwirtschaft durch die kommenden Handelsverträge vor der Konkurrenz des Auslandes geschützt wird. Aber bis die Handelsverträge abgeschlossen sind, vergehen noch Jahre. Vielleicht findet sich in der Kommission eine Möglichkeit, durch eine derartige Gestaltung des Gelebensrechts, die auch die Getreidezölle hineinzieht, Verhütung zu verbreiten.

Entscheidend ist auch für uns die Debattefrage. Ich fürchte, die Vorlage wird daran scheitern, wenn es uns nicht gelingt, mit der Regierung feste Vereinbarungen darüber zu treffen, wie die Jahreskosten aufzubringen sind. Wir sind gern bereit, die Last auf die leistungsfähigen Schultern zu legen und erwarten entsprechende Vorschläge der Linken.

Nicht nur gegen die innere sondern auch gegen die äußere Politik der Regierung und sogar noch mehr herrscht Mißtrauen im Lande. Tritt man für die Flotte ein, so wird einem im Lande entgegengehalten: Wird denn diese Regierung die neuen Schiffe auch entsprechend verwenden? Man thut alles, man redet gut zu, man sagt, die Regierung ist nicht ewig. (Heiterkeit.) Im Lande ist man nicht erfreut von der Auerweltsfremdschaft unserer Politik, die dazu führt, daß jeder uns mißtraut. Der einzige Trost ist, daß nichts beständiger ist als der Ministerwechsel. Leider aber bleibt als bleibender Pol Herr Viktor Schweinburg. (Heiterkeit.) Redner entwickelt des längeren, welche Politik ein wahrhaft großer Staatsmann treiben müßte. Sie soll in einer Marinekonvention mit den niederdeutschen Stammesgenossen, den Holländern bestehen, deren Kolonien dann als Stützpunkt zu dienen hätten. Der Kommission steht eine schwere Arbeit bevor, aber die Hoffnung auf guten Ausgang ist nicht aufzugeben, wenn auch Herr Schäbler erklärt hat, daß in dieser Form und in diesem Umfange die Vorlage unannehmbar ist. Nun, gegen die Form wenden sich die Redner aller Parteien, was aber den Umfang betrifft, so kann ja leicht geholfen werden. Man braucht ja nur ein Schiff mehr zu verlangen (Heiterkeit), aber ähnlich wie bei den berühmten 7000 Mann beim Kränzengeleit etwas freieren. Redner erklärt sich für jährliche Schiffsbewilligungen, weil man dann bei den Handelsverträgen die Regierung besser in der Hand hätte. Wir werden unsere nationalen Pflichten nicht außer acht lassen, aber auch dahin streben, die Burgeln unserer Kraft in der heimathlichen Erde vor dem Verdorren zu schützen. (Beifall rechts.)

Hg. Smalath (wildfons, Lühauer)

verliest mit Erlaube des Präsidenten, da er der deutschen Sprache nicht vollständig mächtig ist, eine Erklärung, die auf der Tribüne wegen der leisen Stimme des Sprechenden fast unverständlich bleibt.

Nach den Voraussagen rechts scheint er sich für die Vorlage anzukündigen.

Demnach verläßt das Haus die Weiterberatung auf Sonntag abend 1 Uhr.

Schluß 3 1/2 Uhr.

An die Krankenkassen Deutschlands!

Auf dem Kongreß der Krankenkassen Deutschlands, welcher am 27. u. 28. Mai 1899 im Anschluß an den Tuberkulose-Kongreß tagte, wurde von den anwesenden 338 Delegierten, welche 374 Krankenkassen mit nahezu 2 Millionen Versicherten vertraten, mit erdrückender Mehrheit die Bildung eines Ionen, namentlich für die Beeinflussung der Gesetzgebung hiesig bereit zu haltenden Verbandes beschlossen. Auch darüber herrschte Einverständnis, daß der unterzeichnete „Central-Kommission der Krankenkassen Berlins“ die Geschäftsleitung dieser Organisation übertragen werden sollte.

In Ausführung des damals gegebenen Auftrages wendet sich heute die unterzeichnete Kommission an alle Krankenkassen Deutschlands mit der Aufforderung, etwaige Wünsche betreffend eine Reform der Krankenversicherungsgesetze ihrer baldmöglichst zu überreichen. Soweit es sich dabei um Beseitigung von Uebelständen handelt, welche sich bei der Handhabung der Krankenversicherungsgesetze ergeben haben, wird es erforderlich sein, nicht allein die Wünsche zu formulieren, sondern auch die betreffenden Erfahrungen in möglichst knapper Form zu schildern, und etwa vorhandenes statistisches Material zur Begründung der Wünsche zur Verfügung zu stellen. — Sehr wünschenswert wären z. B. genaue Angaben über die Belastung einzelner Klassen durch die Behandlung der Unfallverletzten während der ersten (13) Wochen, und zwar:

1. über die absolute Höhe der Belastung,
2. über das prozentuale Verhältnis zur Gesamtausgabe der Klasse,
3. über die Zahl der Verletzten (absolut und Verhältnis zur Gesamtzahl der Kaffeemitglieder,
4. über die durchschnittliche Dauer der durch Unfälle bedingten Arbeitsunfähigkeit.

Nach Mitteilung der Regierungsvertreter wird nach Erledigung der Unfallversicherungs-Novelle dem Reichstage eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz zugehen. Es darf aber nicht wieder vor kommen, daß wie es bei der Invaliditätsgesetz-Novelle der Fall war, gerade die Wünsche der versicherten Arbeiter ungehört bleiben. Deswegen müssen wir rechtzeitig auf dem Wege sein, müssen alle Beschäftigten in Bewegung setzen, um auf Volkvertretung und Regierung Einfluß zu gewinnen. Von allen Krankenversicherungsgesetzen ist ja das Krankenversicherungsgesetz für die arbeitende Bevölkerung unstreitig das wichtigste und deswegen gilt es erst recht, alle Kraft daran zu setzen, damit ein Wort zu Stande komme, welches den versicherten Arbeitern zum Vorteil gereicht. Wir bitten zugleich, uns das Material möglichst frühzeitig, spätestens bis zum 15. März 1900 einzusenden. Die Sichtung und Weiterleitung desselben wird doch, namentlich wenn Rückfragen oder gar Anfragen bei allen Krankenkassen notwendig werden, viel Arbeit machen und daher auch geraume Zeit erfordern. Und deswegen gerade wird es notwendig sein, möglichst früh zu beginnen. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck dieses Aufrufs gebeten. Die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins.

J. A. Eugen Simanowski, Vorsitzender, N. Hoßstr. 16.

Witterungsüberblick vom 9. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter		Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	
				Temp. u. d. d. d.	u. d. d.				Temp. u. d. d. d.	u. d. d.
Bremen	763	SW	3	heiter	—	Bayreuth	766	NO	1	bedeckt
Hamburg	764	SW	1	heiter	—	Bielefeld	756	NO	3	bedeckt
Berlin	765	SW	1	bedeckt	—	Bonn	760	NO	4	bedeckt
Stettin	762	W	1	bedeckt	—	Frankfurt	761	SW	2	bedeckt
München	768	NO	1	bedeckt	—	Wien	760	NO	3	bedeckt
Wien	763	SW	1	bedeckt	—					

Wetter-Proboscis für Sonnabend, den 10. Februar 1900. Gross gelinder, teils heiter, teils neblig bei schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetter-Bureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 10. Februar.
Cyberhaus. Cavalleria rusticana. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orleans. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Schluß und Jan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Das deutsche Jahrhundert. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Radio Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Proschneider. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der Waffenschmied. Hier auf: Die blonde Galathee. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Puffen. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.
Central. Die kleine Excellenz. Anf. 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Die Jagd nach dem Glück oder: Die Diebin. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Notkapellen.
Selle-Miliane. Freund Fritz. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädliches. Klein in London. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Haniel und Gretel.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten: Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten: Vorstellung. Der seltsame Zwieselmann. Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Heute. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Carl Weiss-Theater
 Gr. Frankfurterstraße 132.
 Heute nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung.
Rotkäppchen.
 21 Preise: Galerie 10 Pf., II. Parterre und II. Rang 20 Pf., I. Parterre von der 17. Reihe und I. Rang 30 Pf., I. Parterre 50 Pf.,loge 60 Pf.
 Abends 8 Uhr:
Die Jagd nach dem Glück oder: **Die Diebin.**

Thalia-Theater.
 Tel. Amt IVa 6440, Dresdenstr. 72/73.
 Täglich: Diebstahlsverfolgung!
 Zum 50. Male:
Im Himmelhof.
 Thomas, Thielcher, Heimerding, Jünger, Bausch, Bauschmüller.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage: **Im Himmelhof.**

Palast-Theater
 früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
 Großer Beifall des neuen **Februar-Programms.**
Erstklassige Spezialitäten.
 Nur Glanznummern!
Kriegsbilder von Transvaal.
 Um 8 1/2 Uhr! Mit. Winkler im **Wenn Frauen weinen.**
 Lustspiel von H. v. Winterfeld.
 Heute Sonnabend nach Schluß der Vorstellung:
Tanzfräulein.
 Besucher der Vorstellung: Frot-Tanz. Beginnung 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Tanz 11 Uhr - Sören, Sorzuga- und Gutschneide sind gültig.
 Mittwoch, den 21. Februar: **Benefit Helene Voss.** Einmalige Aufführung im weißen Rokal!

Metropol-Theater
 Behrenstraße 55/57.
 Vollständig neues **Februar-Spezialitäten-Programm.**
Mlle. Sidley. Miss Dejo.
Les Arbras. Les Vincentina.
Allison-Truppe.
Littke Carlsen.
 Um 9 Uhr 30 Minuten
Die verkehrte Welt
 mit der feinsten Truppe-Neue.
 Anfang an Wochentagen um 8, an Sonn- und Feiertagen 7 1/2 Uhr abends.

Apollo-Theater.
 Um 9 Uhr abends:
Im Reiche des Indra.
 Eine Fahrt durch die indischen Wundergärten.
 Um 7 1/2 Uhr: **La Fagette.**
 Schwestern Serial. Dell Oro.
Acquamarinaffs.
 Hill u. Hull. Diamantina.
 Ephraim Thompson. Dagmar Hansen etc. etc. etc.
Der Kosmograph. neueste Aufnahmen aus dem Transvaalkriege.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Vorverkauf im Theater von 10 bis 1 Uhr, sowie im Invalidendank u. Künstlerdank.

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4a.
 Heute Sonnabend wegen Vereinsfestlichkeit: **Keine Soiree.**
 Sonntag, den 11. Februar: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**
 Ehrwürdiger Beifall!
 Hoffmann als **Präsident Krüger.**

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Fröschweiler.
 Schauspiel in 4 Akten
 von F. v. Benzel und Ferd. Kunstel.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
 7. Vorstellung im Schiller-Gebäude:
Die Jungfrau von Orleans.
 Abends 8 Uhr:
In Behandlung.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug.
 Stück von: Amphitryon.

Central-Theater
 Direction: José Ferenczy.
Die kleine Excellenz.
 Operette in drei Akten von Richard Heuberger.
 Anfang 7 1/2 Uhr:
 Morgen und folgende Tage: Die kleine Excellenz.
 Sonntag und mittags 3 Uhr zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.**
 Operette von G. Müllner.

W. Noacks Theater,
 Brunnstraße 16.
 Heute, Sonnabend, den 10. Februar:
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
 Sonntag:
Große Extra-Theater-Vorstellung.

Urania
 Taubenstraße 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
 „Von den Alpen zum Vesuv“.
 Hörsaal:
 Prof. Dr. Müller: „Naturwissenschaftliches aus dem eigenen Heim“.
 Invalidenstr. 57/62:
 Tägliche Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
 Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
 der englischen Armee
Sergeant Th. Dalroy
 2 m 30 cm hoch!
 Oberbayerische Sänger und Schubplattler-Gesellschaft.

Passage-Panoptikum.
 Geöffnet
 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Anatomisches Museum
Dienstag für Damen.
Passage-Theater:
 Der Haarathlet Suschn
 und 15 erstklassige Debuts.
 Vorstellung 7-10 1/2 Uhr.

Cirkus Schumann.
 Heute, Sonnabend, den 10. Februar, abends präc. 7 1/2 Uhr:
12. Grande Soiree High Life.
 Gala-Programm. Zum 8. Male:
Dr. Faust.
 Eine romantisch-phantastische Handlung in 3 Akten mit teilweiser Benutzung des Heinrich Heineschen Tanzpoems gleichen Namens und des Simrock'schen Volksbuchs, von August Siems. In Scene steigt vom Direktor Albert Schumann und Hof-Balletmeister Siems. Regie Balletmeister Weisinger. Musik von Meyer.
 1. Akt: Im Studierzimmer des Dr. Faust.
 2. Akt: **Im Reiche der Liebe.**
 3. Akt: Ein Schützenfest im 16. Jahrhundert. Entführung des Dr. Faust.
 4. Akt: Die Herzogin von Parma; der Hexensabbat auf dem Blocksberge.
Fausts Höllenfahrt.
 Sonntag: 2 gr. Vorh. Nachm. 3/2 und abends 7 1/2 Uhr. Nachm.: Im Weihnachtsbazar od. Die Puppen; fündigt. 1 Kind frei. - Abends: Dr. Faust.

Reichshallen.
 Täglich: Stettiner Sänger
 Anfang:
 Hochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pfennig.
 Vorverkauf 40 Pf.

Treptow Restaurant Karpfenteich.
 Alte Köppler Landstraße.
 Jeden Sonntag: 3450 Pf.
Großer Ball.
 Neuer Gartentempel.
 Kaffee in Portionssannen.

Giordano Bruno-Feier
 zu Gunsten des **Baufonds der Freireligiösen Gemeinde**
 am Montag, den 19. Februar, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.
Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert
 unter Mitwirkung
 des gemischten Chors der Freireligiösen Gemeinde.
Festrede, gehalten von Prof. Dr. Albert Gehrke.
Aus dunkler Zeit!
 Lebende Bilder, arrangiert von A. Hoffmann und B. Schröder, mit verbindendem Text von C. M. Scävola.

I. Bild: **Buddha.**
 Vom Königsthron zum Volke.
 II. Bild: **Sokrates.**
 Letzte Augenblicke im Kreise seiner Schüler.
 III. Bild: **Christus.**
 „Kreuziget ihn! Kreuziget ihn!“
 IV. Bild: **Johann Huss.**
 „O sancta simplicitas!“
 V. Bild: **Luther.**
 „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!“
 VI. Bild: **Giordano Bruno.**
 „Verbrannt ist leichter, denn widerlegen!“
 VII. Bild:
 Apotheose: **Sieg des Menschentums.**
 Dichtung, vorgetragen von C. M. Scävola. Kostüme aus dem Atelier von B. Schröder, Passauerstr. 3.
Anfang 8 Uhr.
 Billets a 30 Pf. erhalten die Mitglieder in den Billetstellen der Freireligiösen Gemeinde.
 Nach der Aufführung: **Geselliges Beisammensein.** Das Komitee.

Brauerei Germania Aktienges.
 in ca. 70 eigenen Lokalen
Bockbier 4/10 Liter 10 Pf.
 1/5 Tonne 3,50. 1 Flasche 4/10 Liter 10 Pf.
 15 Flaschen 4/10 Liter 1,50
 frei Haus.
 3031L* • Telephon VII 2645. •

Cirkus Busch.
 Heute, Sonnabend, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr: High Life Evening.
 Neues Programm! Der Burghardt-Football mit sehr. russ. Dreigespann. Niederbühne; Sonntag aber einen hoch. Stelzen. Die weiße Dame. **Monette à cheval.** Der Feuerprinz. R. Rivali. Die Ratweil-Katzen. Trompe. 3. Schluß: Die Camorra.

Hummelburg
 Neue Prinz Albertstr. 70.
Schumanns Ballsalon
 (früher Aroschli).
 Genossen und Bekannte zeige meine Ueberrahme obigen Lokals hiermit an und bitte um vorzeit. Zutritt. Son 4 Uhr an **Grosser Ball.**
 3678 Pf. Wilh. Schumann.

A. Stippekohls Restaurant
 Göpenstr. 5.
 Arbeiter-Bekehrungslokal für gute Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.
Kösliner Hof
 Köslinerstr. 8.
 Jeden Sonntag: **Ball.**

Nur 4 Mark
 Stelle sehr groß zu Anwesenheiten, Reize zu Occasionen, schöne Plätze, 7-10 Mark. Für 10 Mark ff. Chevrolet, auch Raumgarage, Valetotreff, Postreise, so lange der Vorrat reicht
 im **Wiesenhoflager**
 14 Kranien-Strasse 14, 1 Et.
 Kein Baden. 3396L*

ZAHNSCHMERZ hohler Zähne
 beseitigt sofort
KROPP'S Zahnwatte
 (20% Carvacrolwatte)
 in plomb. Flasche
 4 503. zu haben
 in allen Drogerien.
 Nimm keine Nachahmungen!

Der Ausstoss
 von
Schultheiss' Bock
 hat begonnen.

Kaufhaus D. Levin jr.
 Reinickendorferstrasse 12. Eine Minute vom Bahnhof Wedding in der Nähe des Nettelbeckplatzes. Pankstrasse 52.
Neu aufgenommen
haus- und Küchengeräte.
 Spec. Emaille, Porzellan, Glas, Steingut, Bürsten und Holzwaren.
 Die Eröffnung dieser Abteilungen erfolgt am Sonnabend, den 10. Februar, nachm. 6 Uhr.
 Jeder Käufer in obigen Abteilungen erhält **Gratis** am Eröffnungstage ein schönes Geschenk!

3000 Mark Belohnung!

Am 13. Dezember v. J. wurden uns allein über 1100 Stück Zithern bestellt und zahlen wir obige Belohnung jeder hiesigen Konkurrenzfirma, die uns nachweisen kann, dass ihr jemals die gleiche Anzahl von diesen Instrumenten bis dahin an einem einzigen Tage bestellt worden ist. Es ist dieses wohl der beste Beweis für die Güte unserer Instrumente und den bedeutenden Umfang unseres Geschäfts. Unsere Harmonikas mit ge-e-tlich geschützten Neulichen sind unübertroffen, stark und solide gebaut und kosten mit sämtlichem Zubehör mit 10 Tasten in garantiert Robust nur noch 4 1/2 Mk., Schräge 6 Mk., Schräge 7 1/2 Mk., Schräge 11 1/2 Mk., 2-reihige mit 13 Tasten, 4 Bässen 9 1/2 Mk., mit 21 Tasten 10 Mk. Sämtliche In-

Zitter-Register und voll-ständige Tremolando-Zitter-Apparat in allerbesten Ausführung 50 Pfg., oder mit vor-züchlicher Glockenbegleitung 30 Pfg. extra. Versand gegen Nachnahme, Porto, Umtausch, Keim Risiko, Geld zurück, wenn unsere Instrumente nicht gut anfallen. Bestellen Sie stets zuerst gratis unsere franks Preisliste, wenn Sie noch nicht überzeugt sind, bei uns das Beste und billigste zu kaufen.

Herfeld & Comp., Neuenrade (Westfalen)
Führerschafts-große Harmonika-Fabrik am Platze.

Grösste Ersparnis macht das Selbstbereiten von 2 Ltr. Rum.

Man nehme
1 Ltr. besten Weingeist 90 %
1 Ltr. Wasser,
1 Originalflasche echt Jamaika-Rum: 1 Liter für 75 Pf.
Der aus dieser Basis bereite Rum heißt an Aroma, an Frische des Geschmacks und der Bekömmlichkeit dem echten Jamaika-Rum nichts nach und eignet sich vorzüglich zur Thee- und Grog-Bereitung. 3662V*

Nur zu haben bei:
Johannes Fischer,
O. Köpenickerstr. 44. O.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Darm- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Berufshörung. (34444)*
R. Wagner, Wallstraße 23, 9-2-5-9, 519-2

Frühstücks-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Wärze
stets vorrätig bei Ernst Starke, N., Putbusstr. 47.

Möbel und Polsterwaren, Heide Arbeit.
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. (34562)*
Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.

Herren- u. Konfirmationshüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen. (34602)*
prima Qualität 1,50 und 2,-
immer 1 Mk.
Die beliebtesten Arbeitshüte
früher Barnimstr. 4 u. 5.
jetzt Kaiserstr. 25 A.

1. Ziehung d. 2. Klasse 202. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 2. Februar 1900, vormittags.
Nur die Gewinne über 110 Mark sind den berechtigten Gewinnern in Blättern beigefügt.
(Cf. Nr. 10000)

83 120 35 44 257 405 662 785 887 902 40 49 1009
83 116 71 336 (300) 78 96 488 608 708 849 56 96 2247
337 449 83 527 705 94 801 (150) 937 52 3072 (150) 131
30 237 39 49 730 800 58 94 97 5035 155 63 69 90
202 27 364 76 98 489 508 61 74 87 659 79 95 751 815 15
12001 41 6170 393 443 791 812 20 7027 81 171 83 204
412 38 523 659 724 808 81 322 69 443 561 623 300 (300)
9119 216 70 (150) 4105 65 70 78 79 705 91 829 (200) 990

10197 217 68 307 10 99 (150) 457 743 68 897 926
11045 446 569 79 690 990 12278 81 (150) 418 505 922
99 825 955 13187 698 594 614 94 707 892 40 56 951
82 86 14392 516 90 714 75 84 (200) 850 923 15100 89
60 800 65 328 448 524 46 607 15 16577 87 666
814 26 17010 1150 1225 205 319 406 519 443 64 63
795 812 (150) 49 903 14009 624 39 777 846 10069
284 615 19 806 24 977 91

20119 77 226 334 77 801 21090 118 251 453 511
18 82 670 730 33 950 22017 88 616 849 228 2025 117
64 218 301 909 24009 111 77 354 96 568 619 81 811 45
(150) 50 25373 473 692 26 20246 92 98 406 65 696
82 736 79 27366 440 59 675 95 935 68 20262 101 27
57 (150) 507 60 690 (200) 922 20227 309 824 901 98

30108 53 242 561 714 84 854 31004 226 (150) 41
91 411 695 908 34084 226 71 77 348 431 43 569 996
33000 84 421 86 518 96 881 79 917 47 71 34221 786
897 904 34 35017 39 116 (150) 585 667 950 30152
254 55 327 429 51 56 658 840 94 990 37088 138 368
413 662 70 834 935 (150) 38883 231 305 31 (200) 40
486 511 705 895 30249 316 658 86 911 70

40014 144 223 58 314 65 430 467 88 704 41016 34
386 55 419 577 618 717 841 71 110 44033 154 223 350
51 586 625 748 81 873 43008 199 360 415 74 750 888
(200) 73 44102 92 293 (200) 59 569 671 800 977 84
45034 86 481 643 703 63 821 30 904 90 40117 66
263 391 451 66 606 23 610 24 90 47025 32 202 440
664 (150) 958 54 48224 311 601 91 710 517 44 947
40150 54 455 506 784 999

50399 81 438 568 914 58 51082 445 215 573 689 705
844 924 52028 567 626 45 852 964 34198 229 622 73
585 961 54246 486 710 (150) 35 55179 209 373 517
632 782 865 50013 18 230 310 489 66 557 791 57103
212 344 79 826 55 (150) 998 54902 67 115 370 923 986
50001 218 30 426 675 (150) 852

60123 215 75 (150) 577 717 65 908 96 61113
38 399 398 449 512 71 637 995 (150) 90 62073 211 13
101 442 556 619 55 731 900 9 62029 454 (150) 69 503
80 825 842 915 62028 381 451 91 604 741 576 (150) 91
150 62169 278 334 429 594 66029 67 112 82 47
42 588 663 (200) 80 742 67002 107 93 534 781 842 968
60 68024 88 145 290 378 521 66 807 30 915 60077 157
207 57 456 576 630 67 95 801

70123 359 645 764 79 900 71042 44 310 69 609
783 876 907 15 40 91 72006 9 66 86 95 292 70 406 501
23 82 662 95 722 77 73031 (150) 192 290 326 49 433 34
74191 354 644 969 75020 99 186 346 408 16 713 70115
621 95 817 77192 240 385 427 42 519 24 87 (150) 643
745 76 959 72927 43: 72097 194 241 345 400 569 701
11 81 875

80114 15 87 268 319 40 66 433 67 512 650 97 809
80116 83 121 343 72 675 615 897 950 80187 215 92
330 45 403 569 680 770 36449 3059 767 930 (150) 84146
207 618 88 847 85021 40 51 (150) 56 138 274 340 79
625 745 800 86992 509 706 70 (150) 856 66 963 87014
438 95 910 97 690 761 66 941 84298 (150) 586 626
94 80063 (150) 120 228 317 45 78 80 443 93 614 826 990

90101 241 315 85 423 567 75 86 649 780 819
91046 55 489 694 888 916 37 80 94052 90 132 228 516
26 68 686 80 734 876 93 14 86 139 48 89 (200) 95 755
94081 84 146 427 597 (150) 810 806 48 974 92 95358
274 584 846 901 58 (150) 60 90014 403 23 501 97051
291 380 555 65 695 760 955 97 40032 208 91 391 400
28 41 564 688 702 942 90324 112 206 18 (200) 328 415
671 94 742 849

100069 107 16 28 35 49 252 360 514 68 692 94 738
78 97 101459 677 709 30 81 508 73 102418 309 11
570 75 612 97 985 103034 131 239 542 792 800 33 41
719 104061 390 396 493 618 25 747 740 95 105291
102 85 919 379 411 565 786 887 924 106200 80 822 504
667 739 847 107039 190 232 52 371 409 (150) 38 572
85 676 85 796 325 75 104300 964 634 25 89 655 760 96
915 100656 109 22 36 294 456 768 819 (200) 16
110028 85 140 399 (150) 621 54 782 (150) 97 111034
62 609 880 67 (150) 80 133016 30 139 390 511 615 76 82
770 820 904 (150) 39 67 118108 31 356 67 (150) 72
100 22 85 958 114087 71 79 97 233 419 570 791 927

1. Ziehung d. 2. Klasse 202. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 2. Februar 1900, nachmittags.
Nur die Gewinne über 110 Mark sind den berechtigten Gewinnern in Blättern beigefügt.
(Cf. Nr. 10000)

516 44 706 71 1278 561 764 884 918 2032 64 358
401 511 641 53 803 910 34 3038 287 167 222 351 80
459 555 85 735 45 836 58 91 909 4035 105 267 384 90
490 575 647 765 72 78 869 96 6910 545 467 750 961
13001 74 6109 407 59 (200) 75 691 783 92 96 836 7295
343 634 96 804 958 8383 530 31 (200) 59 941 9103 373
89 412 56 655 729 95 827

10006 79 (150) 147 295 576 95 733 48 77 990 11828
26 84 544 56 98 614 78 12066 289 317 76 714 98 984
13831 48 488 631 73 927 14147 1588 (200) 422 82 719 78
967 15029 176 90 94 56 (150) 66 450 613 807 945 91
14839 50 96 698 754 12706 40 306 432 42 514 815 17
29 773 373 18560 91 690 746 87 817 25 924 18003 29
106 92 51 743 842 71 978 (150)

20027 298 332 95 426 509 809 933 21175 333 88
469 616 81 (150) 706 838 22038 488 686 702 801 971
23001 84 168 79 319 510 99 714 880 98 (150) 924 24016
190 415 780 838 60 61 939 55 25014 280 83 437 576
753 98 881 970 26195 216 69 86 202 18 300 64 502 42
47 741 65 83 814 922 27141 47 432 67 411 699 949
28151 62 406 537 59 764 29097 229 344 80 471 888 995
30146 90 387 423 96 50 754 81 940 31036 49 179
259 325 459 83 783 892 90 923 33056 94 300 11 81 96
805 37 33063 139 458 516 651 885 34135 367 433 612
30 825 939 711 82073 138 232 238 33 205 452 739 91 976
34005 94 340 49 501 15 434 40 787 951 47068 163 398
11501 782 81 929 48260 696 800 39047 300 12 469 17
29 83 749 64 909 85

40081 301 570 607 11 97 41035 550 61 702 4 973
42378 306 46 62 619 78 989 43804 449 797 846 932 43
44031 93 308 89 408 (200) 524 632 708 45189 201 430
78 542 789 985 6123 266 372 415 919 745 65 74
922 47106 290 497 792 885 48144 356 454 755 889
956 48042 94 248 310 50 77 418 92 529 709 13 18 53
88 848

50004 70 159 237 580 87 89 627 65 739 880 907
51044 298 442 742 848 77 932 52069 306 771 820
53146 73 249 94 323 542 (150) 604 708 309 54081 90
189 (150) 94 266 996 648 88 739 53225 (200) 84 342
96 740 99 997 50221 69 317 35 42 623 778 39 570003
26 285 478 737 60 813 987 38254 581 579 700 92 894
966 39093 138 84 396 627 644 816 21 92 901 19 88
20 46 978 10671 151 737 308 45 351 646 51 893 58
62346 365 708 38 944 63073 85 15 60090 91 215 324
121 655 708 38 944 63073 85 15 60090 91 215 324
772 45168 383 96 437 634 52 712 (200) 812 902 60677
542 63 58 690 847 93 901 87 67454 568 (200) 602 39
817 74 60447 208 21 46 346 556 696 807 (150) 947 98
85 60038 29 89 226 588 614 91 93 731 89 803 29
64 95 94

70212 38 399 68 492 594 835 76 925 39 71055
81 219 34 822 405 514 29 886 20287 46 377 450 51 840
601 154 68 822 38 74 79116 276 341 469 646 (150) 748
990 74442 718 32 44 (150) 810 913 19 72025 479 965
76014 (150) 84 125 81 223 47 30 396 76 340 520 43 820
725 39 512 72239 38 438 502 8 (150) 92 600 91 747
78016 58 66 (150) 54 88 305 93 301 421 77 588 697
905 66 79046 69 212 880 512 72 79 91 739 825 905 34
80158 217 397 708 827 47 66 914 15 81163 99 244
73 381 590 665 716 52 893 985 94 82012 165 61 62
263 75 861 73 (200) 394 706 940 67 69 92 83036 136
493 626 41 972 84101 301 432 502 62 46 69 776 79
818 85038 196 221 (150) 37 439 34 650 816 96 80687
646 96 87048 167 93 272 80 60 8406 255 5 608 69 33
10 (150) 87 96 920 84 914 92 80 8406 255 5 608 69 33
764 891 80 90090 (200) 104 337 732 65 969 80103 56
841 948 99

90172 351 316 96 595 608 9 27 732 942 71 91001
61 894 424 (150) 48 514 75 726 839 90302 32 186 225
319 406 22 698 (200) 955 99 500 93011 530 42 94026
(150) 167 252 324 456 582 909 (150) 24 (200) 93078 125
84 282 317 37 76 473 886 356 96070 155 56 70 228 56
458 256 46 608 (150) 19 19 39 900 91235 39 207 390
745 821 96 90090 (200) 104 337 732 65 969 80103 56
74 568 82 621 43 712 38 836 64 966

10070 256 409 699 790 946 101187 212 594 668
822 42 913 51 10224 88 95 124 278 309 488 67 7 6
913 (150) 103125 90 275 818 29 67 104807 83 100 26
200 87 487 542 69 404 873 956 103123 301 25 436
543 768 888 95 906 106344 54 540 735 931 965 107131
205 411 725 35 824 42 969 101617 (150) 309 516 708
32 809 100044 89 121 288 329 431 505 132 92 909 (150) 19
110059 176 283 457 (150) 63 69 62 35 919 56 72
111049 142 47 319 468 399 (150) 60 657 622 82 902
112491 352 854 317 49 113 60 82 345 467 500 644
568 913 32 114049 105 45 68 625 721 963 115073

1. Ziehung d. 2. Klasse 202. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 2. Februar 1900, nachmittags.
Nur die Gewinne über 110 Mark sind den berechtigten Gewinnern in Blättern beigefügt.
(Cf. Nr. 10000)

211 345 (150) 491 576 753 116128 83 94 375 391 514
694 714 117005 72 606 67 734 50 817 118357 475 544
622 882 949 (3000) 50 119010 29 106 328 75 445 53
593 610 753 936 74

120170 349 77 715 896 121073 (150) 74 132 473
98 560 60 120956 458 65 505 728 968 120194 95
280 99 334 42 64 581 694 13 707 741 95 810 63 124038
94 193 99 253 386 407 53 (150) 97 638 732 806 125018
177 261 86 441 795 886 909 120066 63 139 67 412 17
749 67 834 127043 74 189 435 56 79 536 619 63 70 120
39 812 99 120020 1 60 782 514 87 500 87 625 120123
225 27 425 625 54 (300 000) 55 800 940

130045 157 61 72 389 780 890 910 67 121380 425
602 739 829 (300) 124017 19 358 96 449 538 759 54 884
133900 39 212 55 310 14 609 48 815 134124 73 311
483 509 39 57 635 702 94 (45 000) 135088 117 55 81
243 318 508 620 788 860 992 136129 92 96 299 321 37
75 420 799 627 137047 75 155 256 83 323 51 427 512
606 758 814 91 918 (150) 120014 175 304 21 37 525 47
57 92 866 920 139262 375 806 974

140166 78 309 385 457 556 69 742 866 968 141049
310 68 72 89 433 41 583 55 677 791 866 97 142049
52 53 67 106 246 436 46 51 91 512 736 817 66 143015
60 104 21 315 483 517 45 656 144023 129 209 70 94
520 692 786 91 145010 36 268 574 543 647 45 799
907 92 79 146028 104 79 291 363 91 744 896 915
142069 275 365 418 639 786 825 37 148067 157 68
439 770 859 997 149217 71 389 401 522 50 58 616
19 9396

150211 95 355 452 65 855 94 151029 92 220
330 67 422 579 710 908 14 997 154022 213 66 448 83
702 81 962 153043 305 419 539 610 64 738 60 902 16
154026 71 914 418 82 638 878 919 135272 326
1500 738 868 905 30 156007 301 506 38 604 57 62 92
823 31 948 150702 99 (150) 149 337 618 81 627 864 969
150118 39 306 129 28 95 515 605 78 (150) 738 869 947
1501 44 175 274 356 392

160051 233 801 466 88 587 68 735 951 56 161081
228 332 70 516 49 81 97 816 92 907 49 164052 139 47
963 164018 41 103 16 30 49 210 374 411 558 762 801
32 64 901 44 164002 10 108 369 762 105164 74 228
334 97 552 682 71 23 78 884 106101 205 460 (150)
87 539 670 807 977 91 167059 153 68 246 43 62 87
312 467 801 168292 300 (300) 80 419 35 42 543 44 74
88 796 887 984 169159 234 47 424 40 518 734 51 909
170014 129 297 395 492 531 38 63 728 688 171062
124 223 304 53 428 79 529 842 84 947 172028 178
250 98 433 85 619 41 173281 549 811 976 174164 381
409 29 47 685 778 804 11 80 85 175000 329 433 37
1507

Die Schweizerische Kranken- und Unfallversicherung.

Zürich, anfangs Februar.

Auf das von 115 000 stimmberechtigten Bürgern gestellte Referendumsgesetz hat der Bundesrat in Bern die Volksabstimmung über das Gesetz betreffend die Kranken- und Unfallversicherung auf Sonntag, den 20. Mai festgesetzt.

Das vorliegende Versicherungsgesetz mit seinen 400 Artikeln und einem Anhang von 162 Druckseiten des „Schweizer Bundesblattes“ erinnert beinahe an das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch.

Es werden öffentliche und freie oder eingeschriebene Krankenkassen unterschieden. Erstere sind die Kreis- und Betriebskrankenkassen, die das Recht der juristischen Person besitzen, wie übrigens auch die eingeschriebenen Kassen.

Die freiwilligen Mitglieder können volle oder teilweise Versicherung nehmen. Die Vollversicherten besitzen ebenso wie die obligatorischen Mitglieder Anspruch auf Krankenpflege und Krankengeld, die Halbversicherten lediglich auf Krankenpflege.

Die Leistungen der öffentlichen Krankenkassen bestehen in der unentgeltlichen Behandlung und Arznei sowie andrer Heilmittel und der Tragung notwendiger Transport- und Reisekosten, ferner vom dritten Tage der Erkrankung an in einem täglichen Krankengelde von 60 Proz. des Tagesverdienstes, das jedoch im Falle gänzlicher Hilflosigkeit durch die kantonale Aufsichtsbehörde nach Anhörung des Kaschewerftandes auf 100 Proz. erhöht werden kann.

Die Wahl des Arztes ist frei. Die zuständige kantonale Behörde stellt unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse einen Tarif auf für die Entschädigung ärztlicher Leistungen, welcher in keinem Falle die örtlichen Minimaltarife überschreiten darf.

Die Einnahmen der Krankenkassen bestehen aus den Bundes- und den Versicherungsbeiträgen der Arbeiter wie der Unternehmer sowie aus den Eintrittsgeldern. Der Bundesbeitrag beträgt 1 Rappen pro Tag oder 3,65 Fr. pro Jahr für jedes Mitglied, die Bundesversammlung kann jedoch auch einen höheren Beitrag beschließen, insbesondere für die der Landwirtschaft, dem Handwerk und dem Kleinergewerbe angehörenden obligatorischen Mitglieder einen Beitrag von 2 Rappen pro Tag.

Im Hinblick auf die Mitwirkung der Unternehmer kann die Verwaltung der Kreis-Krankenkasse eine getrennte oder eine gemeinsame sein. Im ersteren Falle hält jede Partei ihre eigene Generalversammlung ab. Im Vorstand haben die Unternehmer einen Vertreter, die Vorstandsmitglieder müssen Schweizer Bürger sein.

Streitigkeiten aus dem Bereich der öffentlichen Krankenkassen sind schiedsgerichtlich zu erledigen. Das Schiedsgericht muß mindestens aus 3 Richtern, dem Vorsitzenden und 2 Mitgliedern, bestehen; ersterer wird einer Gerichtsbehörde entnommen, von den beiden andern muß einer Arbeiter und einer Unternehmer sein.

Die freien Kassen unterliegen ebenfalls der staatlichen Aufsicht. Wenn sie an die Versicherten das gleiche leisten, wie die Krankenkassen, also mindestens die unentgeltliche Krankenpflege und 1 Fr. tägliches Krankengeld für die Dauer eines Jahres, so erhalten sie gleichfalls den „Bundesstempel“ für die Versicherungspflichtigen und für die freiwillig Versicherten Schweizerischer Nationalität.

geschrieben und besitzen als eingeschriebene Krankenkassen ohne weiteres die Rechte der juristischen Person.

Für die Unfallversicherung wird eine eigene eidgenössische (staatliche) Anstalt in Luzern errichtet. Dieselbe kann sich an der Errichtung und dem Betriebe von Heil- und Kuranstalten sowie von Apotheken beteiligen. Der Bund leistet an die Versicherungsprämien einen Beitrag von 1/5 und bestreitet die Verwaltungs- und Verwaltungskosten.

Den Zwang zur Versicherung gegen Unfall unterliegen die gleichen Personen, die verpflichtet sind, sich gegen Krankheit zu versichern. Die Versicherung erstreckt sich auf alle Unfälle, die der Arbeiter, der vollversicherte freiwillige Mitglied einer Krankenkasse ist, kann auch der Unfallversicherung beitreten.

Die Leistungen der Unfallversicherung an die Versicherten bestehen in der unentgeltlichen Krankenpflege und in Krankengeld nach den Bestimmungen der Krankenversicherung, ferner in Jubiläumsgeld, Sterbegeld und Hinterlassenenrente. Die Karenzzeit beträgt 6 Wochen. Für die Höhe der Jubiläumsgelder gelten die Bestimmungen über die Höhe des Krankengeldes im Verhältnis zum Arbeitslohn, außerdem der Grad der Erwerbsunfähigkeit.

Die Beiträge hat der Unternehmer zu 3/4 und der Arbeiter zu 1/4 zu tragen; Verabredungen über einen größeren Anteil des Arbeiters sind unzulässig und unzulässig und ist der erhöhte Mehrbeitrag zurückzuführen; außerdem tritt Bestrafung ein. Zur Bestreitung der Verpflichtungen gilt für die Unfallversicherung das Verfahren der Kapitalbedingung, wofür ein Tarif aufgestellt wird.

Die Strafbestimmungen variieren zwischen 50 Cts. und 10, 50, 100 bis 1000 Franken bei der Krankenversicherung und bis zu 2000 Franken bei der Unfallversicherung. Vergehen verjähren nach einem Vierteljahr. Strafen nach zwei Jahren.

Auf die Militärversicherung, die Kosten der gesamten Versicherung kommen wir nächstens in einem zweiten Artikel zurück.

Der vierte Verbandstag des Verbandes der Steinseher (Pflasterer) und Bernsgenossen Deutschlands.

wurde am 4. Februar, abends 9 Uhr, im Rinnmannschen Saale, Brunnenstr. 188, eröffnet. Es nahmen an den Verhandlungen 62 Delegierte teil. Die Leipziger Delegierten beantragten, daß die Frage: Leipziger Gewerkschaftsartikel kontra Bundbrüder als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird, widrigenfalls dieselben den Verbandstag verlassen müßten.

Es folgt dann der Bericht des Centralvorstandes, welcher gedruckt vorliegt und an den der Verbandsvorsitzende Knoll nur noch einige Ergänzungen beifügt. Der Bericht gibt eine sehr eingehende Uebersicht über die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Organisationsorten seit Begründung der Organisation. Der niedrigste Stundenlohn im Gründungsjahre der Organisation betrug für 50 Mann 20 1/2 Pf., der höchste Stundenlohn für 200 Mann 50 Pf., im Durchschnitt wurde im Gründungsjahre ein Stundenlohn von 40,62 Pf. oder, bei einer Durchschnitts-Arbeitszeit von 10,64 Stunden, ein Tagesverdienst von 4,32 M. erzielt.

Der vom vorigen Verbandstag erwartete Vorstoß des Innungsverbandes ist nicht eingetreten, im Gegenteil haben sich die Löhne in den letzten zwei Jahren eingetretener Lohnerhöhungen und sonstigen Verbesserungen in den Arbeitsverhältnissen, abgesehen von Berlin und einigen kleineren Orten, alle auf friedlichem Wege vollzogen. Das sei wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die der Organisation in den Jahren 1895 bis 1897 aufgezwungenen schweren Kämpfe alle mit vollem Erfolg durchgeführt werden konnten.

Kerner konstatiert der Vorstandsbericht für das Jahr 1899 eine Mitgliederzunahme um 14 Prozent, nämlich von 2948 auf 3337 im Jahresdurchschnitt.

Die internationalen Beziehungen erhielten eine erfreuliche Festigung dadurch, daß der Verband in der Lage war, einer Anzahl angepöppeltes dänischer Steinseher kräftig zur Seite stehen zu können.

Bezüglich Anbahnung eines energischen sanitären Arbeiterkampfes für die Arbeiter des Straßenbaues will der Centralvorstand in diesem Jahr allen Behörden des Reichs, die nur irgendwie mit der Vergebung von Straßenbauten zu thun haben, eine ausführliche Denkschrift zugehen lassen.

In der Diskussion über den Bericht wurde allseitig zugestimmt, daß der Centralvorstand seine Aufgaben, soweit dies nur möglich war, gelöst habe. Auch wurde anerkannt, daß der eine angestellte Beamte des Verbandes mit Arbeiten überhäuft sei.

Aus dem Bericht des Verbandskassierers, der ebenfalls von Knoll gegeben wurde, ergibt sich, daß der Verband in den verfloßenen zwei Jahren zu verzeichnen hatte an Einnahmen

Table with 5 columns: Eintrittsgelder, Beiträge, Streifonds-Extra-beiträge, Dele-gierten-steuer, Diverses. Rows for 1898 and 1899, and a total row.

Auf Sammellisten 185 M. Zuschüsse von andren Gewerkschaften zur Streikunterstützung 1850 M.

Der Bericht konstatiert, daß auch in den letzten verfloßenen zwei Jahren die Organisation bei den Ausgaben, die für den Kampf um eine höhere Lebenshaltung gemacht werden mußten, mit in den vordersten Reihen der deutschen Gewerkschaften steht.

hierfür betragen pro Kopf ca. 6,50 M. In den Jahren 1898/97 hat der Verband in dieser Beziehung unter den deutschen Gewerkschaften die zweite Stelle eingenommen.

Bezüglich der obligatorischen Extrabeiträge zur Unterstützung größerer Streiks wird beschlossen, daß dieselben unter allen Umständen da zu zahlen sind, wo die Mitglieder in Arbeit stehen.

Der Punkt der Tagesordnung: Die Beschlüsse des III. Gewerkschaftskongresses und unsere fernere Stellung zur Generalkommission gibt den Leipziger Delegierten Gelegenheit, die Frage auszurollen, weshalb der Kongreß die Delegierten der Bundbrüder-Gewerkschaft von der Teilnahme ausgeschlossen habe. Die Debatte erndigt mit der Annahme einer Resolution, in welcher ausgesprochen wird, daß der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftsartikels vom 9. Mai 1899 in Bezug auf die Frage der Tarifgemeinschaften in striktem Gegensatz zu dem diesbezüglichen Beschluß des 3. Gewerkschaftskongresses steht und gegenüber den Kartelldelegierten der Leipziger Steinseher die Erwartung ausgesprochen wird, daß dieselben im Kartell für die Anerkennung des Kongreßbeschlusses eintreten werden.

In der Sitzung am 6. Februar stand die Statutenberatung zur Erledigung. In der Generaldiskussion wurde die Frage erörtert, ob ein Ausbau des Unterstüßungsvereins eintreten solle.

Die Delegierten entscheiden sich für die Erweiterung der Unterstüßungs-Einrichtungen. Beim Sterbefalle eines Mitgliedes sollen 150 M., beim Sterbefalle der Frau eines Mitgliedes 100 M. Unterstüßung gewährt werden.

Der Sitz des Centralvorstandes bleibt in Berlin. Abgelehnt werden alle Anträge, welche eine Erhöhung des Wochenbeitrages und des Eintrittsgeldes verlangten. Dagegen wurde die Erhöhung der Delegiertensteuer von 25 auf 50 Pf. pro Jahr und Mitglied angenommen.

Hierauf erhielt der Verbandsvorsitzende Knoll zur kurzen Begründung einer auf die Tarifgemeinschaft bezüglichen Resolution das Wort, die im Sinne der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses gehalten war und einstimmige Annahme fand.

Die Anstellung eines zweiten Beamten lehnte der Verbandstag ab. Das Gehalt des ersten Vorsitzenden, der zugleich Redacteur ist, wird um 300 M. pro Jahr erhöht. Dasselbe beträgt jetzt inkl. Wohnungszuschuß 2100 M. pro Jahr. Gewählt als Vorsitzender und Redacteur werden einstimmig Knoll-Berlin. Für die Verbands-Hauptkasse wird A. Scholz-Berlin, für die Sterbekasse W. Peter-Berlin als Kassierer gewählt. Dieselben erhalten jährlich je 800 M. Entschädigung. Nach Erledigung einer Anzahl Anträge schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf das fernere Gedeihen des Verbandes und die allgemeine Arbeiterbewegung den Verbandstag.

Prozeß v. Kriegsheim und Genossen.

Reunter Tag.

Nach Erörterung einer Wechselsaite, bei der ein Mittergutsbesitzer der Geschädigte war, kam gestern in der Nachmittags-sitzung folgender Anlagefall zur Erörterung: Im Sommer 1897 wurde v. Kriegsheim durch Wigmann, der damals als Agent bei der „Thuringia“ beschäftigt war, dieser Gesellschaft als Agent zugewiesen. Er erklärte, daß er besondere Provisionsföhe beanspruche, da er in der Lage sei, viele und gute Versicherungen abzuschließen. Er hatte damals die Regulierung der Verhältnisse des Grafen von und zu Egloustein bereits übernommen und brachte für diesen im September einen Versicherungsantrag über 100 000 Mark zur „Thuringia“. Die Lage des Grafen Egloustein muß dem Angeklagten v. Kriegsheim bekannt gewesen sein, denn in einem schon im August an denselben geschickten Brief sagte er, er habe von seiner verzweifelten Lage gehört und böte ihm als Kamerad seine Hilfe an. Die Anklagebehörde sieht auf dem Standpunkt, daß diese „Hilfe“ zum Verderben des Grafen Egloustein geworden sei, denn der Angeklagte habe schließlich den Grafen E. bei seinem Regiment-Kommandeur angezeigt. Graf E. habe seinen Abschied nehmen müssen und deshalb seien viele Personen der Ansicht, daß der Angeklagte v. Kriegsheim eigentlich das

Angeld des Grafen Egloustein

verschuldet habe. Der Fall Graf Egloustein wird in nächster Woche eingehend verhandelt werden. Der Angeklagte v. Kriegsheim behauptet, daß die Versicherung über 100 000 M. den Jwed gehabt habe, die Gläubiger des Grafen E. zu vertrieben bis zu der sechs Monate später in Ansicht genommenen Heirat des Grafen. Es wird nun behauptet, daß der Angeklagte bei der Anmeldung der Versicherung sowohl über die Verhältnisse des Grafen Egloustein als auch über seine eignen unzutreffende Angaben gemacht habe. Er soll namentlich gesagt haben, daß die Internationale Disconto-Bank 20 000 M. Kapital habe. v. Kriegsheim verlangte gleich die ganze Provision bei Anbahnung der Police und Subdirektor Gustavus bewilligte dies auch, indem er von der Ansicht ausging, daß v. Kriegsheim bezügl. die ihm unterstellte Bank für die zu zahlenden Prämien aufkommen werde. Ende September erhielt v. Kriegsheim die Police, zahlte durch Vermittelung der Kommerzbank die erste Bietjahresprämie mit 861 Mark an die „Thuringia“ und erhielt darauf seine Provision in Höhe von 1400 Mark. Von dieser Summe gab er die 861 Mark an die Kommerzbank zurück und steckte den Ueberschuß von 539 M. in die Tasche. Bei Empfangnahme der Provision verpflichtete sich Angeklagter v. Kriegsheim schriftlich, falls die nächsten Prämien nicht pünktlich eingehen sollten, von dem ihm gezahlten Betrage 1060 M. zurückzahlen. Die nächsten Prämien wurden aber nicht bezahlt, der darob angegangene v. Kriegsheim suchte Herrn Gustavus zunächst durch allgemeine Redensarten hinzuzhalten und als Gustavus einen entschiedenen gehaltenen Brief an ihn richtete, blieb er ganz ohne Antwort. Von einer Klage gegen den Grafen Egloustein sah Herr Gustavus ab, weil er sich bei den zerrütteten Vermögensverhältnissen desselben keinen Erfolg versprach und auch erfuhr, daß in mehreren gegen den Grafen schwebenden Prozessen mit Erfolg der Einwand gemacht worden war, daß Vellagter unter väterlicher Gewalt stehe. Herr Gustavus strengte aber eine Klage gegen die Internationale Disconto-Bank an und erstritt auch ein Urteil, durch welches v. Kriegsheim zur Zahlung von 1060 M. verurteilt wurde. Er hat von dem Gelde aber noch nichts zurück bekommen. Herr Gustavus behauptet, daß die falschen Angaben, die ihm v. Kriegsheim über seine und des Grafen Egloustein Finanzlage gemacht habe, für ihn bestimmend gewesen seien, sich den vom Angeklagten gestellten Bedingungen zu unterwerfen. — Der Angeklagte bestritt, daß er bei dieser ganzen Transaktion eine betrügerische Absicht gehabt oder dem Gustavus falsche Angaben gemacht habe. Der folgende Fall des Betrugs geht indirekt auch die „Thuringia“ an. Es handelt sich dabei um ein

Darlehnsgeschäft,

das ein Arzt Dr. S. durch Vermittelung des v. Kriegsheim auf Grund einer eingetragenen Versicherung eingegangen war. v. Kriegsheim hatte den bei der „Thuringia“ angestellten Zeugen v. Webern angefragt, eine Annonce zu veröffentlichen, wonach Darlehn gegen Verbriefung einer Lebensversicherung vermittelt werden. Darauf meldete sich der Arzt Dr. S., der ein Darlehen von 1000 M. beantragte und sich mit einer Lebensversicherung von 50 000 M. einverstanden erklärte. Formell schloß v. Webern die Versicherung der „Thuringia“ gegenüber ab, er verpflichtete sich jedoch, die ihm zustehende Provision dem Angeklagten v. Kriegsheim zu überlassen. Als die Police ausgestellt war, erklärte v. Kriegsheim auf Verlangen des Herrn v. Webern ausdrücklich, daß das Darlehnsgeschäft von ihm durch die Kommerzbank ab geschlossen sei. Darauf wurde, nachdem ein Kassenbote der Kommerzbank im Auftrage des Angeklagten die ersten Prämie bezahlt hatte, die formell Herrn v. Webern zustehende Provision dem Angeklagten übergeben. Der

Effekt dieses Darlehnsgehalts, das die „Thuringia“ selbst nicht anging, war der, daß Dr. S. kein Darlehen erhielt und später von der Direktion aus der Versicherung entlassen wurde und der Angeklagte die Provision eingestrichelt hatte. Die Geschädigten sind in diesem Falle Herr Gustavus, der von der Direktion in Anspruch genommen, und Herr v. Webern, der Herrn Gustavus gegenüber retractspflichtig war. Der Angeklagte giebt auch von der Entwicklung dieses Falles eine umfängliche Darstellung, die sich darauf zielt, daß er Unrechtes nicht gelte. Rechtsanwalt Morris stellt aus den letzten verschiedenen Momente fest, die diese Behauptung des Angeklagten unterstützen sollen.

Hierauf wird die Sitzung auf Sonnabend verlagert.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Das Magistratskollegium beschäftigte sich gestern mit dem Projekte des Stadtbaurats Krause bezüglich der Fortsetzung der Kaiser Wilhelmstraße über die Gärtenstraße, welches die Bau-Deputation genehmigt hatte und das bekanntlich dahingehet, daß die Straße an der Koblantstraße in eine Gabelung übergeleitet werden soll, die einerseits nach dem Schönhauser-, andererseits nach dem Prenzlauer Thor hinführt und bei ihrer Zusammenführung einen Schrägweg in dreieckiger Form erhalten soll. Das Kollegium genehmigte gleichfalls das Projekt und beschloß, der Stadtverordneten-Versammlung eine entsprechende Vorlage zur Zustimmung zu unterbreiten.

Die Stadtverordneten-Versammlung hatte bekanntlich beschlossen, die Grundstücke Köpferstraße 11, 12, 12a, An der Friedrichsgracht 18-19 und Ritterstraße 13 für die von den Eigentümern geforderten Preise zu erwerben und die in diesen Grundstücken über den 1. April d. J. hinführenden Mietrechte, so weit dies erforderlich wird, im Wege der Enteignung aufzuheben. Das Magistratskollegium ist diesem Beschlusse der Versammlung beigetreten.

Nach dem Bericht des Kuratoriums des städtischen Vieh- und Schlachthofs sind im Monat Januar 1900 auf dem städtischen Schlachthofe 69 440 Schweine — gegen 57 224 im Januar 1899 — auf Trichinen untersucht worden. Davon sind 31 Stück wegen Trichinen und 51 Stück wegen Hünen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet zurückgewiesen worden.

Nach Beschluß des Magistratskollegiums soll der in einer hiesigen Fortbildungshule verständigweise eingerichtete russische Sprachunterricht auch ferner erhalten werden.

Der Magistrat wird in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung die Anfrage der Stadtverordneten Dr. Schwalbe und Genossen betreffend die Verlegung des Festsais des Kathaues zur Giordano Bruno-Feier beantworten.

Die über die Uebelstände im Müggelsee am 17. Dezember 1899 angestellten Untersuchungen sind nunmehr abgeschlossen. Das Magistratskollegium hat beschlossen, demnächst der Stadtverordneten-Versammlung hierüber ganz ausführlichen Bericht zu erstatten.

Wahlrecht und Krankenhaus. Der von der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung des Arztlingsantrags eingesehene Ausschuss hielt am Mittwoch eine Sitzung ab. In der Debatte wurde das bekannte Ober-Verwaltungsgericht's Erkenntnis besprochen. In der Hand des Ausschusses wurde von verschiedenen Seiten ausgeführt, daß danach auch ein Vorstufungsamt nicht nützlich wäre, sobald der in einem Krankenhaus Aufgenommene als Ferner und nicht lediglich als Kranker aufgenommen sei. Es gebe nur zwei Wege, wenn man wirklich die Entrechtung derjenigen hindern wolle, die selbst oder deren Angehörige ein Krankenhaus aufsuchen müßten: entweder man anerkenne als sociale Pflicht der Stadt unentgeltliche Krankenhaus-Behandlung für die Krankenhauspflege Bedürftige oder man launde allgemein die Krankenhauszahlung auf ein Jahr ohne jeden Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse des Verpflegten. Die Erfüllung dieser Pflicht sei auch aus hygienischen Gründen zu empfehlen, zumal sie sehr wenig kostspielig sei. Nur etwa 800 000 M. würden jährlich für Aufnahme in städtischen Krankenhäusern Verpflegter zurückerstattet, der größte Teil dieser Summe entfalle aber auf die Krankenkassen. Die Summe, die von Privaten erstattet wird, sei sehr gering und werde ja selbstredend immer geringer werden. Dem geradezu thöricht wäre ja ein Bürger handeln, wenn er für die Krankenhaus-Behandlung zahlt, wiewohl ihm dann doch noch der jetzigen Prozeß das Wahlrecht verloren gehen würde. Aus diesen Erwägungen heraus wurde von socialdemokratischer Seite der Antrag gestellt, jedem Bewohnen, der in Berlin die Unterhaltungswohnung erworben hat, das Recht zugestehen, falls er der Krankenhauspflege bedürftig sei, für sich und seine Angehörigen unentgeltliche Aufnahme zu verlangen, falls das Jahreseinkommen bei unverheirateten 1200 Mark, bei Verheirateten 2000 Mark nicht übersteigt. Ein weiterer Antrag ging dahin, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, wieviel seitens Privater für Krankenhaus-Pflege jährlich zurückerstattet werde und in wie viel Fällen das Einkommen der Zahlenden 1200 beziehungsweise 2000 Mark nicht übersteigt. Der Magistratsvertreter erwiderte eine Auskunft über den zweiten Teil des Antrags für sehr schwierig. Der socialdemokratische Hauptantrag stöße auf grundsätzliche Bedenken. Seitens der Armen-direktion sei übrigens eine Milderung des bestehenden Zustandes angeregt. — Die Mehrheit des Ausschusses sprach sich für den socialdemokratischen Antrag für den Fall aus, daß kein anderer Ausweg für Beseitigung des allseitig bestehenden Zustandes gefunden würde. In einer Abstimmung über diesen Antrag kam es nicht, da ein von den Stadtverordneten Friedemann und Rathen eingegangener Antrag Annahme fand, der den Magistrat auffordert, der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zu legen, durch welche das Wahlrecht nicht deshalb genommen wird, weil ein Erkrankter oder sein Familienangehöriger Krankenhauspflege in Anspruch nehmen mußte. Ob der Magistrat einen andern Weg als den von socialdemokratischer Seite angeregten finden wird, darf billig bezweifelt werden. Freilich ist deshalb noch nicht zu hoffen, daß er ihn vorzuschlagen wird.

Lokales.

Achtung Noabiti! Die Parteigenossen, welche gewillt sind, am Sonntag bei der Flugblattverteilung in 44. Wahlbezirk zu helfen, wollen sich morgens 8 Uhr bei Joh. Parr, Pustitzstraße 10, melden. Diejenigen, welche am Tage der Wahl, den 14. d. M., den ganzen Tag thätig sein wollen, werden gebeten, sich am Mittwoch, morgens 8 Uhr im Wahlbureau bei Joh. Parr, Pustitzstr. 10, zu melden.

„Politische Schlagworte.“

Bei den Kommunalwahlen muß die Politik aus dem Spiele bleiben! Fort mit der ewigen Betonung des politischen Standpunktes, die hier nicht hergehört, fort mit den abgedroschenen politischen Schlagworten, von denen der Kommunalwähler nichts wissen will!

Seit vielen Jahren erhaltet dieser Ruf in Berlin, so oft die Kommunalwahlen herankommen. Man konnte ihn auch vor wenigen Monaten wieder vernahmen, als im November die Kommunalwähler an die Urnen schreiten sollten, und er erhebt sich — lauter noch als sonst — von neuem jetzt, wo einige Nachwahlen vorzunehmen sind.

Was sind das für Leute, die sich so aufdringlich lärmend als Gegner der „politischen Schlagworte“ bekennen?

Früher leistete sich diesen Spah nur die Gruppe der vereinigten Konservativen, Antisemiten usw. die sich unter dem Sammelnamen der „Bürgerpartei“ zusammengefunden haben.

Heute machen es ihnen in Noabiti auch die National-Sozialen nach, indem sie als „Mietpartei“ firmieren. Hier giebt es also nun glücklich zwei Parteien, die „nichts mehr von politischen Schlagworten wissen wollen“.

Bei Kommunalwahlen also, muß die Politik aus dem Spiele bleiben. Die politischen Anschauungen und Grundsätze eines Stadtverordneten-Kandidaten — sagen die „Unpolitischen“ — haben mit seiner Stellung zu den kommunalen Angelegenheiten nichts zu thun. Wer zur Mitarbeit an der Verwaltung der Kommune berufen wird, der soll sich seine Meinung bilden und sein Urteil abgeben, ohne sich dabei von seinem politischen Parteistandpunkt leiten zu lassen. Ja, kann er denn das? Wird der es können, bei dem die politische Stellungnahme wirklich in ehrlicher Ueberzeugung wurzelt? Wird der es wollen, dem die Parteizugehörigkeit nur eine Maske ist, die er aus Heuchelei oder Eigennutz vorzuzugelt?

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung haben die Socialdemokraten bisher noch niemals ihren politischen Standpunkt verleugnet. Unsere Genossen haben stets gezeigt, daß sie eingedenk sind ihrer Pflicht, auf sociale Reformen hinzuwirken, soweit das im Rahmen der Kommunalverwaltung irgend möglich ist. Dagegen haben allerdings viele, die sich „freisinnig“ nennen, oft genug selbst die sogenannten alten liberalen Forderungen preisgegeben, die der Liberalismus einstmalig in seinen volksfreundlicheren Tagen aufgestellt hat. Nur da haben sie sich noch des freisinnigen Princips erinnert, wo sie es als Vorwand zur Hintertreibung socialer Reformen benutzen konnten.

Da soll es gleichgültig sein, zu welcher politischen Partei sich ein Stadtverordneten-Kandidat bekennt?!

Bei Wichte bestehen können und wollen auch die „unpolitischen“ Gruppen — die konservativ-antisemitische wie die national-socialen — in kommunalen Fragen ihren politischen Standpunkt nicht verleugnen. Sie fordern nur deshalb, daß bei Kommunalwahlen die Politik aus dem Spiele bleibe, und reden nur darum von „politischen Schlagworten“, weil sie wissen, daß sie mit ihrer politischen Richtung in Berlin keine Erfolge haben können. Wie rasch würden diese Scheingegner der „politischen Schlagworte“ ihre „bürger- und mietparteiliche“ Maske fallen lassen, wie gern würden sie ihre konservativ-antisemitische, wie freudig ihre national-socialen Fahne entrollen, wenn sie hoffen dürften, daß ihnen das etwas nützte! Den Füchsen hängen die Trauben zu hoch, darum nennen sie sie lauer.

Nach welcher Seite hin die in kommunalen Fragen angeblich „unpolitischen“ „Bürger-“ und „Mietpartei“ ihren politischen Standpunkt in der Stadtverordneten-Versammlung zur Geltung bringen würden, wenn sie hinein kämen und Einfluß erlangten, das kann kaum zweifelhaft sein. Die Vertreter der „Bürgerpartei“ sind für jede Rückwärtserei zu haben — die Haltung der vereinigten Exempla, in denen sie sich noch in der Stadtverordneten-Versammlung erhalten haben, hat das wiederholt bewiesen. In gewissen Dingen würden aber auch die National-Sozialen auf Seiten der „bürgerparteilichen“ Rückwärtler zu finden sein; wir brauchen nicht erst darauf hinzuweisen, daß sich hinter dem harmlos klingenden Wort „national“ die Reizung zu sehr bedenklichen Dingen verbirgt.

Das Gerede von den „politischen Schlagworten“ ist selber ein Schlagwort, und zwar ein höchst verdächtiges. Dieses Schlagwort führen mit Vorliebe alle unsicheren Kantonten im Munde, die Grund haben, andere Leute über ihre wahren Absichten im unklaren zu lassen. Wer das mitmacht, der darf sich nicht wundern, wenn man auch ihn zu den unsicheren Kantonten zählt.

Die Untersuchung über die Verunreinigung des Leitungswassers aus dem Müggelsee ist, wie jüngst schon gemeldet wurde, abgeschlossen, und der Bericht der Direktion der Wasserwerke befindet sich in den Händen des Magistrats. Die „Berliner Zeitung“ kann nun mitteilen, daß der Müggelsee in der That verunreinigt worden ist, nicht einmal, sondern wiederholt, und daß trotz aller Bereitwilligkeit der Regierung, dem Schaden abzuhelfen, eine eigentliche Gewähr für die dauernde Reinheit des Müggelsee-Trinkwassers nicht mehr gegeben ist. Drei Kilometer von Friedrichshagen entfernt liegt am Dämerysee in Gärten eine Teerprodukt-Fabrik. Diese Anlage beschäftigt sich damit, aus dem Teer Benzol, Karbol und ähnliche schöne Produkte zu gewinnen. Nun hat die Untersuchung des Müggelsee-Trinkwassers wiederholt ergeben, daß Karbol im Wasser enthalten ist. Die Fabrikanlage hat offenbar Karbol in den Dämerysee gelassen, und zwar in größerer Menge, und so ist das Karbol in den Müggelsee und trotz aller Filterapparate ins Trinkwasser gelangt. Die Regierung legt nun der Fabrik auf den Boden, es wird ihr aller Wahrscheinlichkeit nach aufgegeben werden, ihre Abwässer anderweitig abzuliefern. Die industriellen Anlagen an der Obersee sind eine andauernde Gefahr für das Berliner Trinkwasser. Die Gefahr wächst hier, genau wie beim Tegeeler See, von Jahr zu Jahr mit dem Anwachsen des Verkehrs.

Zu den viel erörterten Mischständen in der Fleischschankung auf dem Schlachthof hat nach der „Allg. H.-Ztg.“ die Freie Vereinigung selbständiger Fleischermeister Welius und Umgegend einen Beschluß angenommen, worin sie die Ueberzeugung ausdrückt, daß das beste die gänzliche Aufhebung der Kochanstalt wäre. Sollte dieser Weg aber nicht eingeschlagen werden, so solle das gekochte und gepökelte Fleisch nur an Straßentafeln zum Verbrauch abgegeben werden, um es unmöglich zu machen, das Fleisch, Garmittel z. durch Einkäufe verworkten Fleisches das Publikum täuschen und durch billige Preise unästhetischen Wettbewerb bereiten. Wir glauben nicht, daß Strafverschärfungen der von den Fleischermeistern gewünschten Art in deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern zulässig sind.

Hat die Eisenbahnbureaukratie sonst nichts zu thun? So muß man unwillkürlich fragen, wenn man von den Eberereten hört, die dem Publikum in Rummelsburg bereitet werden, wenn es den Versuch unternimmt, Arbeiter-Wochenkarten zu lösen. Personen, die lange Jahre auf Arbeiter-Wochenkarten gefahren sind, und zwar mit vollster Berechtigung, erhalten von dieser Eisenbahn-Station jetzt keine solche Karten mehr verabfolgt. Die Beamten berufen sich mit einem Mal auf eine kürzlich erlassene Verfügung, nach der nur an solche Personen Arbeiter-Wochenkarten abgegeben werden sollen, die im „volksten Sinne des Wortes wirklich Arbeiter sind“. Die Vorgehensweise der Invalidentakte, durch die man sich bisher legitimieren konnte, genügt durchaus nicht mehr zur Feststellung der Arbeiter-eigenschaft; vielmehr entscheidet der dienstgehende Beamte über die Frage, ob jemand Arbeiter ist oder nicht, durchaus nach eigenem Ermessen. Arbeiter, deren Beruf es gestattet, in etwas besserer Kleidung zu gehen, werden zurückgewiesen, und nichts hilft vorab gegen den apodiktischen Entscheid der Beamten, daß der in Betracht kommende Arbeiter kein Arbeiter sei. Ein Glück ist es noch, wenn auch bezeichnend für den Streik in der Eisenbahnbureaukratie, daß die auf der Vorortstation kategorisch abgewiesenen Arbeiter in Berlin anstandslos die ihnen gebührende Wochenkarte erhalten.

Die in Mitleidenschaft gezogene Arbeiter dürfen wohl erwarten, daß die höhere Eisenbahnbehörde den Gepflogenen in Rummelsburg durch eine kategorische, eindringliche Anweisung ein schnelles Ende bereitet. Es sollte uns freuen, wenn wir bald berichten

könnten, daß die in Betracht kommenden Arbeiter fortan von den Beamten nicht mehr behelligt werden und ihre Wochenkarte so gut und anstandslos wie früher gegen ihr gutes Geld ausgehändigt erhalten.

Der Berliner Asylverein für Obdachlose hat, wie wir dem eben erschienenen Jahresbericht entnehmen, im Jahre 1899 im Männerasyl 237 027 (gegen 232 555 im Vorjahre) und im Frauenasyl 87 684 (gegen 86 007 im Vorjahre) Personen beherbergt. Damit ist die Zahl der Personen, die der Verein in den 31 Jahren seines Bestehens ausnahm, auf 3 770 927 gestiegen. Dadurch, daß der Verein seinen Gästen außer wohlfingierten Waschlagenstellen die Möglichkeit bot, ein Bad zu nehmen, wovon 111 307 Männer und 18 804 Frauen Gebrauch machten, auch die Desinfektion der Kleider von Asylisten, die an Ungeziefere litten, in vielen Tausenden von Fällen vornahm, hat er nicht nur für die Gesundheit der Asylisten gesorgt, sondern sich auch um die hygienischen Verhältnisse Berlins ein Verdienst erworben. Leider ist die finanzielle Grundlage, auf welcher der Verein sein humanitäres Werk ausführt, noch keine völlig sichere; der Verein hat alljährlich ein Defizit zu decken, wozu er die ihm zu gewendeten Legate und Stiftungen heranziehen muß. Er hat sich daher an seine Mitglieder mit der Bitte um Erhöhung der Beiträge und Anwerbung neuer Mitglieder gewendet.

Die Mitteilung, daß mit den Tribünenarten des Reichstags Handel getrieben werde, entbehrt nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ jeder Begründung. Klagen über Ungehörigkeiten der gestern vor uns erwähnten Art sind übrigens schon früher im Publikum laut geworden.

Er hat's dazu. Eine Kanton von einer Million Mark hat nunmehr der Bankier Sternberg für seine Hofentlassung dem Landgericht I angeboten. Der Untersuchungsrichter lehnt es jedoch ab, Sternberg vor Abschluß der Untersuchung aus der Haft zu entlassen.

Güterverkehr auf der Straßbahn. Wie bekannt, liegt es in der Pflicht der „Continental-Gesellschaft“ für elektrische Unternehmungen in Nürnberg, auf ihrer seit einigen Monaten elektrisch in Betrieb gesetzten Straßenbahnlinie (Viehmännstraße-Hohen-Schönhausen) auch den Güterverkehr und den Transport von Leichenfontänen vom Krankenhaus Friedrichshagen aus bis nach den Kirchhöfen bei Hohen-Schönhausen einzurichten. Dem Vernehmen nach soll der Minister der öffentlichen Arbeiten neuerdings der erwähnten Gesellschaft die Genehmigung zur Einführung des Güterverkehrs auf ihrer Straßbahn Berlin-Hohen-Schönhausen erteilt haben und ist zu erwarten, daß die Gesellschaft den Gütertransport demnächst aufnehmen wird.

Ein Gold- und Juwelendiebstahl ist bei dem Juwelier C. Lüdke, Dresdenstr. 7, verübt worden. Die Diebe haben drei starke eisenbeschlagene und mit Sicherheitschloßern versehene Schubladen entbrochen und eine größere Zahl von Brillantringen, Broschen, wertvollen goldenen Uhren und Ketten entwendet. Der Wert der gestohlenen Gegenstände dürfte sich auf 8000 Mark belaufen. Der Einbruch ist jedenfalls kurz nach Mitternacht geschehen, denn ein um jene Zeit heimkehrender Miethausbesitzer des Hauses hörte, als er die Treppe emporstieg, verdächtiges Geräusch und bemerkte außerdem zwei Männer, von denen der eine sich nach dem Hofe, der andere nach dem vierten Stock hin entfernte. Ein dritter Complice hat an der nächsten Straßenecke Wache gehalten und einmal einen Warnungsruf ausgestoßen. Die Polizei jagdet auf drei Männer, die kürzlich in dem Geschäft vorrücken und unter dem Vorwande, das zum Ausverkauf gestellte Warenlager im ganzen erwerben zu wollen, sich eingehend über die Verhältnisse orientierten.

Zu den Juwelendiebstählen, über die wir gestern berichtet haben, wird jetzt gemeldet, daß bei der Firma L. Roski, Rosenhallerstr. 36 verübt worden sind. Es ist dies eine Diamanten-Feinwerkzeugfabrik. Ein Gehilfe und ein Lehrling sind als Diebe, acht Wasser- und Juwelere als Hehler verhaftet worden. Sechs andre Personen, Helfersbester der Hehler, sind der Mithäterenschaft verdächtig. Der Inhaber der Fabrik, der sich oft auf Reisen begeben mußte, hatte die Leitung der Geschäfte einem Gehilfen übertragen, dem es auffiel, daß Diamanten und wertvolle Werkzeuge verschwanden. Der Lehrling wurde einem Verhör unterzogen und legte ein Geständnis ab, wodurch 15 Personen beschuldigt sind, seit dem Jahr 1894 von dem Gehilfen gestohlene Diamanten gelauft zu haben.

Die Geschichte von dem Goldklumpen, die gestern aus Spandau gemeldet wurde, hat sich schon dahin aufgelöst, daß nicht der „Schwager“, sondern der verhaftete Rudolf Schenk aus Charlottenburg selbst der Spitzbube ist, der das Gold gestohlen hat. Er war Arbeiter in der hiesigen königlichen Münze, hatte vor kurzem einen Betriebsunfall erlitten und blieb deshalb als Patient in der Arbeit fern. Während seiner Krankheit unterstügte er seine Schwester in ihrem Handelsgeschäft und beauftragte sie mit dem Verkauf des Goldes. Dieses hat er, wie nun festgestellt worden ist, ans der königlichen Münze entwendet; es sind Goldabfälle, die er sich rechtswidrig angeeignet hat.

Mit Cyankali vergiftet hat sich gestern vormittag die 30 Jahre alte Telephonistin Helene Wendt aus der Schillingstraße. Sie wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, starb hier aber schon bald nach der Aufnahme unter den Händen der Aerzte. Die Veranlassung zu dem Selbstmord ist unbekannt.

Von seinem eigenen Wagen überfahren wurde gestern, Freitagmorgen um 2 Uhr, der 39 Jahre alte Kolktischer Franz Böhm, der in der Badegasse 20 wohnt, in der Bartschstraße beschlachtet ist. Böhm hatte vor einem Hause in der Reuen Königstraße abgeladen. Als er seinen Wagen wieder bestieg, zogen die Pferde unvermerkt an. Er fiel so unglücklich herab, daß ihm die Rippen über Kopf und Brust gippen. Mit einem Schädelbruch und schweren inneren Verletzungen wurde er auf die Unfallstation X und von dort mit einem Luchsen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

Zu der Valentinschen Mordsache waren vor einigen Wochen zwei verdächtige Personen in Rixdorf festgenommen worden. Diese beiden sind jetzt wieder aus der Haft entlassen worden, nachdem sich ihre Unschuld herausgestellt hat.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern der 36 Jahre alte Fabrikarbeiter Fritz Reubert vom Rottbusser Ufer 62, der in einer Lampenfabrik in der Wasserhofsstraße beschäftigt war. Er glitt beim Paden aus und fiel so unglücklich auf eine Kante der Miste, daß er sich die linke Kniegabel verstauchte. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Der Berliner Bureau-Beamten-Verein hat einen neuen Entwurf von Beiträgen über das Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, das Preussische Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit und die neuen Rahmengesetze veranlaßt. Die Vorlesungen, die Dienstagabend 8 1/2 Uhr in dem Saal der Friedrich-Werderschen Gewerkschaftschule hier, Niederwasserstr. 12, von Herrn Rechtsanwalt Bernhard Peggall gehalten werden, nahmen am 6. d. M. ihren Anfang. Hörsprecher vom Preise von 1 M. für den ganzen Entwurf werden vom Vorstand des genannten Vereins, Bureauvorsteher Otto Raumbach hier, Jägerstr. 68 I, an alle Interessenten abgegeben.

Theater und Vergnügungen. Im Schiller-Theater wird heute die Komödie „Friedrichsweiser“ zum erstmalig wiederholt. Am dem Gottfried Keller-Abend, den das Schiller-Theater am Sonntag, den 11. Februar, im Bürgertheater des Rathhauses veranstaltet, werden als Sprecher Prof. Dr. Moritz Busch und die Herren Ferdinand Gropi und Georg Pöschel mit. Den geschäftlichen Teil des Abends hat Fräulein Jeanne Gold übernommen. — Das Thalia-Theater bezieht heute das Jubiläum der 50. Aufführung der „Kaufmann von Hameln“. — Im Carl-Weiß-Theater gelangt heute nachmittags das Singspiel „Kostgänger“ bei kleinen Preisen zur Aufführung.

Auf der Dreptow-Sternwarte irrte Direktor Argenhold Sonntag nachmittags 5 Uhr über Sonnen- und Mondfinsternisse und abends 7 Uhr über die Bewohner der Welt. In dem ersten Vortrag wird Direktor Argenhold nähere Mitteilungen machen über die geplante Expedition des Vereins von Freunden der Dreptow-Sternwarte nach Spanien zur

Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis am 28. Mai d. J. — Im Passage-Banoptikum arbeiten vier fleißige Hände an einer in den nächsten Tagen dem Publikum vorzuführenden Sonnenfinsternis. Es handelt sich um die Nachbildung der Katakombe des Kapuzinerklosters zu Palermo. Hunderte von hohen Würdenträgern, Mönchen, Edelknechten und Kittern liegen in Särgen oder sind in anderer Weise aufgebahrt, so daß der ganze große Raum eine einzige unendliche Totenkammer bildet.

Feuerbericht. Auf einem Neubau Eisenacherstr. 60/61 waren Schalkbretter, die in der Nähe von Coalkörben lagerten, in Brand geraten, was eine Alarmierung der Feuerwehr zur Folge hatte. Größere Gefahr konnte bald beseitigt werden. Bei einem Stimmerbrande, der Steinmehlf. 32 zu befechtigen war, wurden Möbel, Kleidungsstücke und der Fußboden zerstört. Ritterstr. 62 hatte Stroh und Gerüst im Keller Feuer gefangen. Wegen eines Lodenbrandes wurde die Wehr nach Markgrafstr. 49 gerufen. Es gelang, das Feuer nach im Reime zu ersticken. Eine Alarmierung nach Siegnitzerstr. 26 war auf blühenden Varn zurückzuführen. Infolge eines Wasserrohrbruchs wurde die Wehr nach nach Badstr. 9 gerufen.

Zur Krankenhandnot. Uns wird geschrieben: Sehr charakteristisch für die Unzulänglichkeit unserer reichshauptstädtischen Krankenhäuser dürfte ein Vorfall sein, der am Donnerstag den Eigentümer des Stoppischen Kranken-Transportwesens in nicht geringe Verlegenheit setzte. Gegen morgen 9 Uhr wurde ein Wagen nach dem Asyl für Obdachlose in der Wiesenstraße gerufen, um von dort einen schwerkranken Mann, den sechszehnjährigen Arbeiter Hoffmann der Rettungswoche in der Lindowstraße zuzuführen. Der Arzt stellte bei dem Greise ein schweres Herzleiden nebst vollständiger Lähmung der Arme und des rechten Beines fest und ordnete dessen sofortige Ueberführung nach der Charité an, die auf telephonische Anfrage angab, noch ein Bett frei zu haben. Als der Führer des Krankenwagens dort erschien, war er um eine „Wagenlänge“ zu spät gekommen, man hatte jedoch einen andern Patienten aufgenommen. Was nun? Die Charitéverwaltung gab nun dem Führer die Weisung, den Kranken wieder nach der Unfallstation VI in der Lindowstraße zurückzubringen. Diefelbe wird unter dem Vorwande, daß sie doch nicht den Charakter eines Krankenhanes trüge, den Patienten ab und der Wagenführer begab sich nun nach dem St. Polizeirevier. Man untersuchte dort die Papiere des Kranken und fand, daß sie vollständig in Ordnung waren und der alte Mann noch im letzten Dezember seine Krankenbeiträge bezahlt habe. Der Polizeiwachmeister schickte den Wagenführer, da sämtliche Berliner Krankenhäuser auf telephonischen Anruf wegen Ueberfüllung die Aufnahme verweigerten, nach dem städtischen Asyl für Obdachlose in der Friedelstraße. Dort mußte er eine halbe Stunde warten und als endlich der Herr Hausinspektor erschien, erklärte dieser, daß man in der Anstalt wohl eine Abteilung für Syphilis und Krämpfe habe, in der Kranke vorübergehend aufgenommen würden, diesen Patienten müsse aber er ebenfalls abweisen, wenn er nicht die gezielten Vorschriften befolgen wolle. Was jetzt? Der Wagenführer eilte wieder zum St. Polizeirevier zurück, angeblickt der allgemeinen Aufnahmeverweigerung war auch der Herr Wachmeister mit seinem Latein zu Ende und sagte, es thue ihm herzlich leid, aber der Führer möge nur sehen, wie und wo er seinen obdachlosen Passagier los würde. Jetzt blieb dem Krankenportier nichts anderes übrig, als nach der Centrale seines Gewächses zu fahren. Dort wurde der vor Räthe halberkante ägende Patient von der Familie des Herrn Kopp mit Wohlthun und heiserer Mißgelebt und während dieser Zeit machte sich der Eigentümer des Krankenwagens selbst auf den Weg, um dem Patienten in irgend einem Krankenhause Unterkunft zu verschaffen. Endlich erklärte sich das von St. Lazarus bereit, den Kranken aufzunehmen und nach achtstündiger Irrfahrt und ebenso langem Aufenthalt im kalten Transportwagen konnte der alte Mann glücklich gelandet werden.

Werden angesichts dieser geradezu himmelschreienden Zustände die leghen Staatsbürger nicht doch bald zu der Erkenntnis gelangen, daß das Zeitalter unserer so viel und hoch gekünstelten Humanität, eine andre Aufgabe zu erfüllen hat, als auf Kirchen- und Plottenbau zu sitzen.

Aus den Nachbarorten.

Partei- und Arbeiter-Veranstaltungen in den Vororten. In Radebrück bei Alt-Landsberg findet Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Schwirbel Meher eine Volksversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Stadthagen, sowie Stellungnahme zur Gründung eines Arbeitervereins. — Der Arbeiter-Bildungsverein für Marxdorf und Umgegend hält am Sonnabend bei Gerth, Tempelhof, eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Rechtsanwält Franzl seinen 6. Vortrag über das Bürgerliche Gesetzbuch hält.

In Schöneberg ist gestern die Begründung eines Vereins für Volksschulen beschlossen worden.

Stadtverordneten-Versammlung in Spandau. Vor Eintritt in die Tagesordnung interpelliert Stadtd. Duffsch (Soe.) den Magistrat darüber, weshalb er der Stadtverordneten-Versammlung bisher noch keine Vorlage betreffend Wahl der am 25. Jan. d. N. beschlossenen gemischten Kommission zur Regelung der städtischen Forstarbeiter vorgelegt habe. Gleichzeitig rügte Duffsch, daß die im Januar 1899 gewählte Kommission zur Regelung und Erhöhung der Löhne sämtlicher städtischen Arbeiter sowie Einführung einer Heilfürsorge noch heute nicht zu einem Resultat gekommen sei; die letzte Sitzung dieser Kommission habe vor sieben Wochen stattgefunden. Oberbürgermeister Köhler beantwortete die Interpellation dahin, daß die Wahl der erstgenannten Kommission auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden solle. Einen recht breiten Raum nahm hierauf die Debatte über die „Pflasterfrage“ ein. Die hierfür eingesetzte Kommission hat die in Berlin, Charlottenburg und Steglitz mit „Macadam-Cementpflaster“ belegten Versuchsstrecken in Augenschein genommen, ist jedoch, da es sich hier nur um Versuche in ganz beschränktem Maße handelte, zu keinem abschließenden Urteil gekommen. Der Magistrat nimmt zu dem Macadam-Pflaster eine ablehnende Stellung ein und dringt auf Annahme des vorliegenden Pflasterplanes Neuenpflaster unter teilweiser Verwendung alter Berliner Steine. Die Versammlung beschloß, daß jeder Stadtverordnete erst nach selbst die Versuchsstrecken in Berlin, Charlottenburg und Steglitz besichtigen solle. Die nächste Stadtverordneten-Versammlung soll alsdann weitere Beschlüsse in dieser Sache fassen. Die Versammlung beschloß ferner auf den Vorschlag unseres Genossen Nieger, die im vergangenen Jahre eingegangenen Strafgelehrer der Stadtverordneten (14 M.) der Witwe eines städtischen Forstarbeiters, welcher bei der Arbeit herumgelaufen und kürzlich im Krankenhaus verstorben ist, zu überweisen.

Die seltsame Brandstiftungsaffäre in der Haushaltungsschule in Groß-Lichterfelde ist noch nicht aufgeklärt. Es hat sich ergeben, daß der gegen die Lehrerin Fräulein Anna Köper gerichtete Verdacht, der zur Verhaftung der jungen Dame geführt hatte, sich als durchaus unbegründet erwies, weshalb die Entlassung des Fräulein Köper aus der Haft erfolgt ist. In derselben Nacht, in welcher die unschuldig verdächtige Lehrerin sich in Haft befand, wurde in der Anstalt, obwohl sich Kriminalbeamte zur Ueberwachung in derselben befanden, wieder ein Gasbehälter geöffnet, offenbar in der Absicht, eine Explosion herbeizuführen. Man fand die vorher verschlossene Thür des Salzaales der Schülerin geöffnet, so daß der Verdacht besteht, daß eine Schülerin die That verübt hat.

Eine **Kindesmörderin** wurde gestern von dem Gendarmen Dabertow in Priy verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis in Prenzlau gebracht, die unverschämte Dienstmagd Henriette K., welche bei einem Augenarzt in Südende in Stellung war und bis zu ihrer Niederkunft der Herrschaft ihren Zustand zu verbergen versucht hatte.

Aus Tempelhof wird uns berichtet: Mit der Entwässerungsanlage unseres Ortes, die auf die Dauer von

25 Jahren genügen soll, fängt es bereits zu hapern an. Das Wasser wird nach der Klärungsstation geführt, die sich an der Ostseite des Ortes, am neuen Kirchhof, befindet. Trotz der Klärung entwickelt sich beim Abfließen in die umliegenden Pfähle ein bedauerlicher Geruch, auch will das Wasser nicht nach Wunsch in den Erdboden. Die Gemeinde ließ Kanäle ziehen und einen Eiderbrunn anlegen. Auch dies hatte nicht den gewünschten Erfolg und oben-drin will jetzt die Mannheimer Gesellschaft, welche die Ländereien für 1 800 000 M. erworben hat, die Bewässerung nicht mehr dulden. Die ganze Angelegenheit wird wohl noch viele Unannehmlichkeiten bereiten.

Nachdem der Beschluß der Gemeindevertretung, von den Grundbesitzern für die ausgeführten Kanalarbeiten 25 M. pro laufenden Meter der Straßenfront zu erheben, vom Kreisaußschuß bestätigt ist, geht die Beschöde gegen die Besitzer ziemlich scharf vor. Sie verlangt, daß die zugestellte Rechnung innerhalb 14 Tagen beglichen wird, ist diese Zeit vorüber, so tritt das Zwangsverfahren in Kraft. Der hiesige „Haus- und Grundbesitzer-Verein“ wollte denn auch diesen Gemeindebeschl. anfechten, ist aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich gegen die Sache nichts machen läßt.

Die geplante Eisenbahn von Potsdam nach Köpenick soll in der Form eines Aktienunternehmens zu Stande gebracht werden. Die Unternehmer haben sich jetzt durch den Ingenieur Koch in Schöneberg an die beteiligten Gemeinden mit einem Fragebogen gewandt, um die Beteiligung derselben durch Uebernahme von Aktien, Bewilligung von Beiträgen u. dergl. festzustellen.

Versammlungen.

Eine **Versammlung der Kohrer**, die am 4. Februar tagte, beschloß nach reifer Diskussion, an welcher sich auch die Arbeitgeber beteiligten, den von der Kommission ausgearbeiteten Lohnantrag anzunehmen. Hierfür erfolgte die Wahl einer Lohnkommission, in welche die Kollegen Bernau, Mithner und Reibis delegiert wurden.

Die **Kleber (Tapezierer)** waren am Donnerstag wieder vollständig versammelt, um zunächst den von Straffer erstatteten Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Im Anschluß an die bereits in der Sonntagabendversammlung gemachten Mitteilungen ist zu berichten, daß die Ansichten auf das Gelingen der Bewegung immerhin günstig sind, so daß es, von einigen Einzelheiten abgesehen, zu einem Einverständnis nicht fern kommen dürfte. Die traurige die Zustände und wie bereitwillig deren Beseitigung in der Kleberbranche sind, erhellt am besten ein Schreiben des Herrn Obermeister Kreh von der Tapezierer-Gewerkschaft, in dem es heißt:

„Ohne weiteres will ich Ihnen nur sagen, daß Sie auf meinen Beistand — wenn ich Ihnen dienen kann — rechnen dürfen! Es wird allerdings bei der eingehenden Feststellung der Einzelpreise für — Details — noch nötig sein, nähere und unabweisende Präzisierungen vorzunehmen, obwohl ich persönlich noch niemals unter, wohl aber über diese Preise gezahlt und noch nie zu anderen Sägen gearbeitet habe. Leider arbeiten aber auch Gehilfen für Preise, die ich Ihnen gezahlt, als sie bei mir arbeiteten. — jetzt selbstständig — und schädigen damit die ganze Branche, in der Regel Leute, die in Berlin erst laufen und arbeiten gelernt haben. Möge die Gewerkschaft festhalten, sowohl im eigenen, als im Interesse der Gesamtheit, an den festgesetzten Preisen, somit werden sie und wir erreichen, daß die sogenannten „Schunde“ oder „Kamottensleber“ lahm gelegt und ihnen der Lebensboden abgenommen wird.“

Dem mit freudiger Zustimmung von der Versammlung aufgenommenen Schreiben folgte eine längere Besprechung, an der sich unsere Redner beteiligten, die zum Anschluß an die bestehenden Organisationen mahnten. Leo Schmidt erklärte namens des Verbandes, jegliche moralische und materielle Unterstützung zu gewähren. Von den eingeladenen bzw. anwesenden Meistern sprach nur Herr Auhardt in zustimmender Weise. Das Ergebnis der Verhandlungen war die einstimmige Annahme der in Form einer Resolution aufgestellten, nachstehenden Bedingungen:

Die Versammlung beschloß, daß am Freitag, den 9. Februar 1900, auf allen Gassen und in allen Werkstätten, wo Kleber beschäftigt sind, der von der öffentlichen Versammlung am 4. Februar 1900 angenommene Tarif den betreffenden Arbeitgebern vorzulegen ist, und spätestens am Sonnabend, 10. Februar 1900, deren zugewandter oder absehender Befehl über den Tarif den beschäftigten Klebern zu geben ist; falls die Bewilligung nicht erfolgt, ist auf allen derartigen Arbeitstätten, spätestens am Montag, 12. Februar, sofort die Arbeit einzustellen. Die Bewilligung muß durch Unterschrift und Stempel seitens der Arbeitgeber bescheinigt werden; alle andern Abmachungen sind unzulässig und ist auch die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. In einer am Montag, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr, stattfindenden Versammlung, deren Bekanntmachung am Sonntag im „Vorwärts“ etc. erfolgt, soll ein ausführlicher Bericht über Annahme oder Ablehnung der Forderungen gegeben werden. Bis dahin sind die Arbeiter bzw. Vertrauensmänner sämtlicher Betriebe verpflichtet, am Sonnabend, den 10. Februar, abends von 6-8 Uhr, und Sonntag, den 11. Februar, vormittags von 10-12 Uhr, Bericht über die augenblicklichen Verhältnisse zu erstatten, an die Lohnkommission, im Bureau bei Pingen, Schützenstraße 18/19 (Berussprecher: Amt I, 5148). Während der Versammlung am Montag und im Verlauf des Tages, haben alle Kleber Berlins und Umgegend Streiklegitimationen beziehungsweise Arbeitsberechtigungskarten in Empfang zu nehmen. Sämtliche Streikende haben sich täglich zweimal im Bureau, Schützenstraße 18/19, vormittags zwischen 9-11 Uhr und nachmittags zwischen 2-4 Uhr, zur Kontrolle und Entgegennahme sonstiger Anordnungen der Lohnkommission zu melden. Alle arbeitenden Kollegen haben von dem Tag an, wenn sie nicht mehr zu der Kontrolle erscheinen, für jeden Tag 25 Pf. bis auf weiteres als Unterstützung zu zahlen. Die Beiträge sind an die resp. Vertrauensleute und von diesen jede Woche an die Lohnkommission zu übermitteln. Diese Resolution wird gedruckt auf allen Gassen verteilt.“

Nach einigen Mitteilungen über das Verhalten während des Ausstandes gelangte ein Antrag Nieger zur Annahme, daß während der Lohnbewegung weder Kundenarbeiter noch andere Kleber im Arbeitsnachweis der Meister Stellung suchen noch annehmen dürfen.

Potsdam. Eine gut besuchte Volksversammlung, welche am Donnerstag, den 8. Februar, im Voigts Blumengarten tagte, nahm nach einem trefflichen zweistündigen Vortrage des Genossen Zubeil über die neueste Plottenvorlage die Berliner Resolution mit allen gegen eine Stimme an.

Rummelsburg. Mehr als 350 Parteigenossen und Genossinnen hatten sich am Mittwochabend im Café Bellevue eingefunden, um energischen Protest zu erheben gegen die geplanten Marineforderungen. Genosse Stadthagen hatte das Referat übernommen. Redner schilderte in eingehender Weise die Schäden des Militarismus, Militarismus und der Nationalpolitik und gedachte dabei auch der kulturfördernden Taten eines Leiß, Behson, Peters und Prinz Arenberg. Zum Schluß hob Redner hervor, daß alle die, welche für die Plottenvorlage stimmen, die eigentlichen Vaterlandsfeinde sind, indem dieselben dadurch ein Attequai auf die Kultur der Menschheit begeben. Gegner meldeten sich nicht zum Wort und wurde die Berliner Resolution einstimmig angenommen.

Arbeiter-Jugendbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender Richard Thier, Schöneberg, Grünwaldstr. 90. Erster Kassierer Friedrich Borst, Scharfstr. 113. Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Joad, Scharfstr. 15, Post II. Sonnabend, abends 8-11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Vorwärts“, Gödel, Kanndorger Allee 156. — „Eugen“, Gödel, Kanndorfer Allee 6. — „Zukunft“, Tegel, Memmer, Spandauerstr. 13. — „Blau“, Vorst, Pantur 32d. — „Hand in Hand II“, Friedrichsberg, Heinecke, Friedrichsberg 11. — „Frisch auf I“, Friedrichsberg, Paul, Rummels-

burgerstr. 45. — „Weiße Rose II“, Weissenhof, Correr, Strahlburgstr. 56. — „Eintracht I“, Teltow, Berg, Sehlendorferstr. 6. — „Eugen“, Teltow, Weidenhof, Schulz, Weidenhofstr. 34. — „Frisch auf“, Rummelsburg, Weidenhof, Gortze, u. Kantstr. 6. — „Echo II“, Rarigrafsenstraße bei Büchsenwalde, Gradn. — „Euer Chor“, Teltow, Weidenhof, Gortze, Haag 5. — „Ober-Schönweider Hebräer“, Ober-Schönweide, Bagener, Gortze 5. — „Vorwärts VII“, Rummelsburg, Weidenhof, Gortze, u. Kantstr. 6. — „Sünder“, Tegel, Weidenhofstr. 6.

Arbeiter-Vereine Berlin und der Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Ralke, Rixdorf, Rahlauerstr. 1, 4. — **Sonnabend:** „Angler I“, Support, Zimmerstr. 59 (alte 14 Tage). — „Havana II“, Romwies-Heidenhof, Simon, Prieserstr. 31. — „Wald Auf“, Radesdorf-Kalkberge, Greve, Heidenhofstr. 19. — „Lada“, Radesdorf, Alte Jakobstraße 54/55. — „Pappel“, Dahmitz, Buchholzerstr. 5. — „Havana I“, Rixdorf, Flug, Juliusstr. 59. — „Blauer Dampf“, Dove, Müllerstraße 32a. — „Kommune“, Vahle, Dronthofstr. 14. — „Wilhelmine“, Schreiber, Straalendorferstr. 63. — „Wasserwerk“, Schwarz, Straalendorferstr. 32. — „Einigkeit III“, Weidert, Prieserstr. 31. — „Unter Tadel“, Ruppel, Teltow, Hoher Steinweg 41. — „Echos“, Weidenhof, Charlottenburg, Gauerstr. 20.

Arbeiter-Turnerbund. **Sonnabend:** Turnv. „Fichte“, Berlin, abds. 8-10 Uhr: 1. Männer-Abt. Friedenstr. 37. — 2. Männer-Abt. Buchstr. 17/20. — 3. Männer-Abt. Hahnsstr. 36/37. — 4. Lehrlings-Abt. Stalhoferstr. 55-56. — 5. Lehrlings-Abt. Steinhilberstr. 3. — 6. Lehr-Abt. Kiekerstr. 67. — „Freie Turnerschaft Johannisbad“, abds. 8-10 Uhr Semiteleben. — Turnerschaft b. „Reclus“ (gegründet 1882). 1. Lehrlings-Abteilung 8-10 Uhr abds. Mantelstr. 7. — „Arb. Turnv.“ in Adlershof, Schwaner, Bismarckstr. 16, 8 1/2-10 1/2 Uhr abends.

Deutscher sozialdemokratischer Klub in Paris. Café Le Procopé, Rue de Valenciennes 13. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht.

London. Der einzige hiesige sozialdemokr. Verein Londons, der alle von Karl Marx und Friedrich Engels 1846 mitbegründete kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach wie vor 40 Tottenham Street, Tottenham Court Rd., London. Alle Anfragen in geschäftlichen und parteigenösslichen Angelegenheiten sind an vorstehende Adresse unter Bezeichnung: „An den I. Sekretär“ zu senden des Vereinsvorstandes“ zu richten.

Verein Vorwärts, Johannesburg (Transvaal). Vereinslokal Progress-Verkehr, Corner of Warhall and Small Street.

Gesang-, Turn- und geistliche Vereine. **Sonnabend.** Theater- und Vergnügungsverein „Adonia“, Ramlersstraße 35. — Theaterverein „Böhemia“, Fleischow, Bismarckstr. 18.

Konsumverein Eintracht. Jeden letzten Sonnabend im Monat, Prag, Ammerstr. 9.

Centralverband der Elektromonteur und Berufsgenossen Deutschlands. Section Berlin II. Heute 8 1/2 Uhr Sitzung bei Zimmendorfer, Sophienstr. 5.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. Februar, vorm. 8 1/2 Uhr im oberen Saal des Englischen Gartens. Alexanderstraße 7c, Berlin. — Freireligiöse Versammlung. Um 10 1/2 Uhr vorm. Abend: Vortrag des Herrn G. Bogner: „Kritik über den Nihilismus der Religion“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Vermischtes.

Aus Hamburg ist der Generalkonjul für Chile Ad. Joh. Schwarz, plötzlich verstorben. Finanzielle Schwierigkeiten, in denen sich Schwarz schon seit längerer Zeit befand, veranlaßten seine plötzliche Abreise. Der Fall ruft großes Aufsehen hervor.

„Aus der besseren Gesellschaft.“ Frankfurt a. M., 8. Febr. Die Kriminalpolizei verhaftete heute in Mainz zwei gefährliche Falschspieler aus der besseren Gesellschaft, die von der Staatsanwaltschaft in Frankfurt, Wiesbaden und Kassel seit einiger Zeit verfolgt wurden.

Arbeiter-Risiko. In Osnabrück wurden bei einem Baueinsturz vier Arbeiter verletzt, drei davon schwer.

Aus Freiberg in Sachsen wird berichtet: In der Wälschmannschen Pizzeria in Rabau wurden durch eine nebergehende Lehnwand fünf Arbeiter verstaßt; drei vermochten sich zu retten, die andern zwei wurden getötet.

In dem religiösen Mord in Appeltorn wird dem „Arch. Cour.“ des weiteren geschrieben: Die Bevölkerung befindet sich in einem wahren Aufruhr und wütet gegen alle Protestanten. Die Wohnungen der Pastoren von Alford und von Maasbommel wurden bedroht. Letzterer Pastor hat die Flucht ergriffen. Die Behörde verhaftete auch einen Mann aus Maasbommel, der ebenfalls ein Opfer darbringen wollte und den Kindern im Dorf nach dem Leben trachtete. Die Frau des Mörders Scherl erklärte, auch ihr ältestes Töchterchen hätte geopfert werden sollen, deshalb nahm man ihr ihre fünf Kinder weg und brachte sie bei einer Familie in Sicherheit. Daselbst geschah mit den drei Kindern einer Witwe, die ebenfalls der Sekte angehört. Die Bevölkerung ist dermaßen erregt, daß der Bürgermeister gestern Abend die Hilfe des Militärs anrufen mußte. Die Mitglieder der Sekte gehören alle zu dem eingefessenen Panturistad. Scherl behauptet, Jesus zu sein, und einer seiner Anhänger erklärte laut, daß eine Million Engel ihn beschützen würden. Scherl wurde durch das Volk mißhandelt; ein Bruder von ihm wurde in die Maas geworfen. Es handelt sich also tatsächlich um religiösen Wahnsinn, der eine ganze Anzahl von Personen zugleich ergriffen hat. Am Montag hat die Polizei mit dem kranken Säbel das Grundstück eines der Sektierer gegen die Menge verteidigen müssen. Anwesenheiten von mehr als drei Personen sind durch den Bürgermeister verboten.

Niedergebranntes Warenhaus. In Karlsruhe brannte Donnerstagabend das Warenhaus von Gebrüder Landauer vollständig aus. Bis jetzt werden drei Verkäuferinnen vermisst.

Schachspieler Steinig geisteskrank. Den berühmten Schachspieler Steinig hat in New York, wie bereits kurz berichtet, das Schicksal seines Rivalen Schiffer ereilt. Er wurde der Irrenanstalt überwiesen, da er an dem Wahne leidet, mit elektrischen Strömungen geladen zu sein. Sein Zustand ist angeblich ernst. Steinig war schon einmal irrsinnig.

Schreckliche Ueberschwemmungen in den Donaugegenden melden uns ein Telegramm aus Sofia, 8. Februar. In den Donaugegenden von Siefrow und Nikopol sind zahlreiche Dörfer überschwemmt. Das Hochwasser steht 8 Meter über dem Normalstand.

In Meshina (Ungarn) steht seit Mittwoch der Konjachschi in Flammen. Es heißt, daß ausländische Arbeiter ihn angezündet haben, doch fehlt noch jeder Beweis hierfür.

Marktpreise von Berlin am 8. Februar 1900

nach Ermittlungen des h. Polizeivormanns				
*) Weizen D.-Gr.	15,20 14.-	Edweinefleisch 1 kg	1,60	1,10
*) Roggen „	14,30 13,70	Rohfleisch „	1,80	1.-
*) Futter-Weizen „	13,90 13.-	Edweinefleisch „	1,60	1.-
*) Hafer gut „	15.- 14,20	Butter „	2,60	2.-
*) „ mittel „	14,10 13,30	Eier 60 Stktd	5,60	3.-
*) „ gering „	13,20 12,50	Korppen 1 kg	2,20	1,20
*) Rindfleisch „	4,50 4.-	Hals „	2,80	1,40
*) „ „	6,50 4,50	Rinder „	2,50	1.-
*) „ „	40.- 25.-	Schweine „	1,80	1.-
*) „ „	45.- 25.-	Bacon „	1,60	0,80
*) „ „	70.- 30.-	Edelwe „	2,80	1,20
*) „ „	7.- 5.-	Bacon „	1,40	0,80
*) Rindfleisch, Schlachtk 1 kg	1,90 1,20	Arbeits- per Schaf	12.-	3.-
*) „ „	1,20 1.-			

*) Grünkohl pro Tonne von der Centralstelle der Preis- und Wirtschaftsämtern — Kottbusserstraße 1 — und ungetrocknet vom Polizeivormann für den Doppelcentner. *) Fleischhandelspreise.

Produktionsmarkt vom 9. Februar. Am Getreidemarkt war die Nachfrage vornehmlich für Weizen und Roggen. Die Preise für Weizen und Roggen waren je 0,50 M. höher gehalten. Die Preissteigerung dürfte noch weitere Dimensionen angenommen haben, wenn nicht der Mangel an Ähren die Inflationskraft gemindert hätte. Daher lag ruhig, aber fest. Rindfleisch auf Mehlungsstufe weiter 0,20 M. anziehend. Thier befürchtet, daß die unzureichende Schneedecke eine Schädigung der Wälder zu Folge gehabt haben könnte. Am Spiritusmarkt wurden 30 000 Liter 70er loco mit 16,00 (-0,10) gehandelt.

Eingegangene Druckschriften.
Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik. Das neueste Doppelheft dieser nunmehr im 13. Jahrgang erscheinenden, von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen Zeitschrift (Berlin, Carl Heymann's Verlag) hat u. a. folgenden Inhalt: Abhandlungen: Die Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern von Philipp Lotmar, Professor in Bonn. — Die Berufs- und Gewerbebeschäftigung im Deutschen Reich vom 14. Juni 1895. Von Prof. Dr. G. Rauberg in Prag, II. Teil. Berufsgliederung und sociale Schichtung. Fortsetzung. — Gesetzgebung: Deutsches Reich. Das neue deutsche Invalidenversicherungs-Gesetz vom 13. Juli 1899. Von Dr. Ernst Lange in Berlin. — Moriant des Invalidenversicherungs-Gesetzes vom 13. Juli 1899. — Großbritannien. Die Lage der Ladengehilfen in England und das Gesetz über die Beschaffung von Sitzgelegenheiten für weibliche Ladengehilfen. Von Eduard Bernstein in London.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.
Drei Streitende. Was ein Umzug nach Kopenhagen kostet, wissen wir so wenig wie Sie, können auch — um „drei Streitende“ zu befriedigen — darüber keine Aenderungen anstellen.
Vorwärts Reichsbuch. Sie können eine Ausgabe zum Preise von M. 5,50 durch meine Buchhandlung beziehen.
An. 101. B. hat im Sommer 1893 Berlin verlassen. Der Poststempel war 1894.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, den 11. Februar, vorm. 10 Uhr, in „Märkischen Hof“, Admiralsstr. Nr. 18 e:
Branchenversammlung der Telephonkasten-Tischler nebst den Tischlern, welche auf telegraphische, photographische und chirurgische Apparate beschäftigt sind.
Tagesordnung: Unsere Forderungen.

Rüchensmöbel-Tischler
für Berlin und Vororte.

Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr, im Engl. Garten, Alexanderstr. Nr. 27 e:
Versammlung.
Tagesordnung: Unser Votum. 78/4

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr, in „Fischer'sches Salon“, Alte Jakobstr. Nr. 75:

Allgemeine Versammlung
der Heizungsmonteure, Rohrleger und Helfer.

Tages-Ordnung:
Die Arbeitszeit im Dampferbau unter spezieller Berücksichtigung der Arbeitszeit der Rohrleger, und wie stellen sich die Kollegen zur Verkürzung derselben? Refer. Friedrich Schlegel.

Versammlung
für den Westen, Schöneberg und Tempelhof.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Kollegen A. Körsten über: Was lehren uns die Streiks und Lohnbewegungen in der Metallindustrie?
Mittwoch, den 14. März cr., abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Vertrauensmänner-Konferenz
in den „Kaminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Ohne Mitgliedsbuch und Legitimationkarte kein Zutritt!
110/18 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Am Montag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Verberg, Alte Jakobstr. 75:
Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Lohnbewegung. 2. Diskussion.
Alle Einsetzer haben zu erscheinen. Die Bezirks-Vertrauensmänner beider Richtungen haben um 6 Uhr pünktlich in demselben Lokal zu erscheinen.
Der Arbeitsnachweis ist Alte Jakobstr. 75. Alle Arbeit nach durch diesen vermittelt werden. Die Kollegen, welche durch Umschauen Arbeit suchen, erhalten keine Arbeits-Berechtigungskarte.
Zur Dedung der Unkosten wird 10 Pfennig Entree erhoben.
Der Einberufer.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 12. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
bei E. Diecke, Adlerstr. Nr. 123.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kiesel über: Die Aufhebung des Verbindungsverbots. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände. 4. Verschiedenes und Ausgabe der Rodenball-Billets zum 3. März.
Mittwoch, den 14. d. M., abends 8 Uhr, bei Schere:

Außerordentliche Vorstands-Sitzung.

Der Vorstand. J. K.: R. Höfer, Admiralsstr. 19.

Rixdorf.

Socialdemokr. Verein „Vorwärts“.
Dienstag, den 13. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im „Apollo-Theater“, Hermannstr. 48-50.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Th. Kettner über: Sittlichkeit und die heutige Gesellschaft. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Gäste haben Zutritt. 332/2
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Sonntag, den 11. d. M., vormittags 11 Uhr:
Öffentl. Möbeltischler-Versammlung
in den Apollo-Sälen bei Thomas, Hermannstr. 48-49.
Tages-Ordnung: Unsere Forderungen.
Der Einberufer.

Achtung! Vereine. Achtung!
Nonnenbergs Parkschlösschen, Treptow, 30283
empfehle sein Etablissement für alle vorkommenden Vereins-Festlichkeiten unter den coulantesten Bedingungen.
A. Nonnenberg.

B. S. 162. 1. Der Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein, London, 49 Tottenham Street, Tottenham Rd. 2. Wenden Sie sich an Karl Stangens Reise-Bureau, Friedrichstr. 72.
Kohlenäure 3. Sprechen Sie event. mit dem Strafbefehl in der juristischen Sprechstunde vor. — H. S. 1900. Derartige Versammlungen brauchen nicht angemeldet zu werden. — G. K. Sie werden vornehmlich nicht bestraft werden. Sollte eine Anklage Ihnen dennoch zugehen, so sprechen Sie mit derselben in der juristischen Sprechstunde vor. — C. M., Vamberstraße. 1. und 2. Ja. 3. Bei der Polizeibehörde. — S. 2. S. 1. 1. Rein. 2. Ja nicht Bemühtigen. — Benth. Frage. Nach zutreffender Ansicht seit dem 1. Januar, falls das Arbeitsverhältnis längere Zeit dauerte, ja. — C. P. 100. Die Verjährungsfrist beträgt fünf Jahre; eine Befristung kann noch eintreten. — W. Geiger. Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. Die Verjährungsfrist begann mit der Zustellung an ihren Anwalt. — W. P. 10. Täglich morgens 8-9 Uhr. — W. H. 11. Das ist individuell sehr verschieden; es wäre am besten, Sie fragten bei dem Lehrer an. Die Einjährigerechtigung hat dieselben Folgen, gleichviel, auf welcher Schule sie erworben ist. — 183. H. 2. Sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde gelegentlich vor. Soweit es möglich, ist eine Namensänderung in Ihrem Falle nicht möglich. — P. S. 3. Ihr alter Vertrag gilt weiter, und zwar unter den alten Bedingungen. Nachdem Sie den Wirt auf, Ihr Recht anzuerkennen und lassen Sie eventuell. — W. M., Weichenburgerstraße. Rein. — Alter Frise. 1. Ihre Frau muß mit Ablauf der Weichzeit die Mietwohnung auch unter den von Ihnen erwarteten Umständen verlassen. 2. Ja. 3. Ohne nähere Darlegung des Sachverhalts nicht zu beantworten. — H. P. 1000. Die Erstellung einer Abschrift des Testaments kann jeder

beantragen, der ein rechtliches Interesse hieran hat. — Th. P. 46. Es muß nach den von Ihnen mitgetheilten Umständen für das volle Jahr gezahlt werden. — P. 3. 1000. Sie müssen, falls keine Bekämpfung erfolgt, erst klagen. Ohne vorausgegangenem Urteil oder einseitige gerichtliche Verfügung darf ein Vermieter nicht ermittieren. Thut er es, so macht er sich strafbar und civilrechtlich schadenlospflichtig. — W. M., Nannymstraße. Rein. — H. K. 100. Sie lassen sich durch den Krümmenrichter beschleunigen, daß Sie außer Stande sind, die Kosten eines Ehegerichts-Prozesses zu tragen, und überreichen dann diese Bekämpfung und das Erkenntnis mit dem Antrag, Ihnen das Krümmenrecht zu bewilligen, dem Landgericht Civilkammer. Mit diesem Antrag müssen Sie zugleich darlegen, aus welchem Grund Sie die Lösung der Ehe begehren und durch welche Beweismittel Sie den Ehegerichtsgrund beweisen wollen. — Alter Abonnent. Das ist richtig. — H. P. 1873. 1. Ja. 2. Ja, falls ein Vertrag wäre oder Ihren Gläubiger gegenüber ungültig. 3. Ja: wer zuerst pflünden läßt, ist zuerst zu bestrafen. — P. 202. Klagen Sie auf Herausgabe des Vertrages. In welchem Zweck derselbe abgethan ist, ist unverständlich. Haben Sie nicht etwa Ihre Rechte aus dem Patent in dem Vertrage cedirt? Vielleicht sprechen Sie mit etwaigen Klagen gelegentlich in der Sprechstunde vor. — St. 46. Stellen Sie bei dem Gericht den Antrag, die Bücher einzuziehen. — 611. Leider ja. — C. G. 100. Nach der Gesinde-Ordnung kann eine Herrschaft die Weihnachtsgeldente auf den Lohn aufrechnen, wenn der Dienst im Lauf des Jahres durch Schuld des Gesindes aufgehoben wird. Im Lauf des Jahres heißt im Lauf des Dienstjahres. Ist also das Gesinde am 1. Juli eingetreten, so kann die Aufrechnung bis zu dem 1. Juli, der auf Weihnachten folgt, erfolgen, wenn der Vertrag durch Schuld des Gesindes vor diesem 1. Juli aufgehoben wird.

Grosse Fänge, Preise billig!

Cabliau, der so sehr beliebt, zum Kochen wie zum Braten sehr empfehlenswert ist, pro Pfund 20-25 Pfg., im Ausschitt 30 Pfg. in allen Grössen.
Schellfische pro Pfund 25-30 Pfg.
Ferner: Schollen, Austernfisch, See-Aal, Rotzungen, Heilbutt, Steinbutt, Seezunge etc. ebenfalls billig!
Neu! Fischehälbe pro Pfund 60 Pfg.
Delikatess-Fischkotelettes gebraten und mariniert, in Blechdosen von 8 Liter = 17 Pfd. Mk. 3,50, 4 Ltr. = 8 Pfd. Mk. 2,00, 2 Ltr. = 4 Pfd. Mk. 1,25.
empfehle die Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ in ihren 6 Verkaufsstellen:

Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.	No. III. Berlin NW., Lüneburgerstr., Ecke Faulstr., Stadtbahnhof 388/9 (Central-Lagerstr.).	No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorferstrasse.
No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11, am Wilhelmplatz.	No. IV. Im Schleischen Bahnhof Madanstr. 22.	No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz u. Ritterstrasse.

NB. Seefisch ist das billigste und beste Vollnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, 11. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, in Cobus Festalen, Benthstr. 20-21:
General-Versammlung
der Zahlstelle Berlin II des Central-Verbandes deutscher Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Dähne über: Die veränderten Arbeiterkammer-Gesetze und deren Anwendung für uns. 2. Bericht und Abrechnung des Kassierers. 3. Neuwahl des Vorstandes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Verbandsleitung. I. A.: Karl Pansar.

Nach 7-jährigem Krankenlager verchied der ehemalige Drechslermeister, Steinweg 2303b
Traugott Kötsch, im 72. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am 10. cr., vormittags 9 Uhr, vom Central-Friedhof aus statt. Dies zeigen tiefbetäubt an Die Hinterbliebenen.

Den Formern Berlins zur Nachricht, daß unser Vater, der Wertungsschloffer 2311b
Adolf Zachmann am 6. Februar, nachts 11 1/2 Uhr, nach schweren Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen St. Pauli-Kirchhofs am Pödensee aus statt. Dies hat jeder besonderen Verbindung Gebrauer Zachmann.

Allen zur Nachricht, daß am 7. d. M. unser treuer Sangesbruder, der Steinbruder 65/6
Willy Weibel verstorben ist. Der Gesangverein „Wolfs Rose“ Reinickendorf.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Februar, nachm. 3 Uhr, vom Trauerh., Reibensgr. 101a, aus statt.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 4. Februar unser Mitglied
Karl Schmidt im Alter von 48 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 129/3
Der Vorstand.

Parteilgenossen Reinickendorfs!
Am 7. Februar sind nach längerem Krankenlager der Steinbruder
Willy Weibel im 31. Lebensjahre an der Profetierkrankheit. Da derselbe Ausländer (Schweizer) war, war es ihm nicht gestattet, sich öffentlich zu betätigen. Doch war er seit Jahren bei ein treuer Mitarbeiter in der Partei. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Reibensgr. 101a, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vertrauensmann.

Möbelpolierer!
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Kollege
Richard Maroko verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom hiesigen Krankenhaus Friedrichshagen aus statt. Rege Beteiligung erwarten 2320b
Die Kollegen.

30 Mark!!
elegante Herren - Anzüge nach Mass 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.
Für 10 Mark hochelegante Bekleidungsstücke nach Mass. (3695L) guter Stoff, tadelloser Sitz.
Riesenstofflager
14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Hans Kayser
Gärtlicher Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Arbeiter! Handwerker! Räumungshalber
verkauft von heute ab bedeutend unter halben Ladenpreisen vorzügliche Winterdecken, als: Sofen, Joppen, Anzüge und Paletots. 3710d
Die Engros-Herrenkleider-Fabrik Spezialität: Hosen Barmsgr. 3, vorn 1 Trepp. Kein Laden! Kein Laden!

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2.
Behandlung aller Haut-, Hals- und Hornleiden ohne Verunsicherung. 3575L*
Sprechstunden 9-2, 5-9.
Bei Fortzögerung der Heilung 10 Pfg.

J. Brünn
(Bahnhof Börse) Gartenmarkt 4
Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischzeug! Handtücher! Fertige Wäsche!
zu sehr billigen Preisen zum
Ausverkauf!!

Achtung! Nur noch 7 1/2 Mark und nicht das Doppelte Achtung!
teufen unser hochverkauft, großes Stück amerikanischer Zithern-Columbia mit herrlicher Harzvorrichtung, 6 Saiten, 5 Klappen, 4 Saiten und 21 Wirbeln, als Preis 41 Mark, 18 1/2 Mark, 14 Mark, 11 Mark, 8 Mark, 6 Mark, 4 Mark, 3 Mark, 2 Mark, 1 Mark, 1/2 Mark, 1/4 Mark, 1/8 Mark, 1/16 Mark, 1/32 Mark, 1/64 Mark, 1/128 Mark, 1/256 Mark, 1/512 Mark, 1/1024 Mark, 1/2048 Mark, 1/4096 Mark, 1/8192 Mark, 1/16384 Mark, 1/32768 Mark, 1/65536 Mark, 1/131072 Mark, 1/262144 Mark, 1/524288 Mark, 1/1048576 Mark, 1/2097152 Mark, 1/4194304 Mark, 1/8388608 Mark, 1/16777216 Mark, 1/33554432 Mark, 1/67108864 Mark, 1/134217728 Mark, 1/268435456 Mark, 1/536870912 Mark, 1/1073741824 Mark, 1/2147483648 Mark, 1/4294967296 Mark, 1/8589934592 Mark, 1/17179869184 Mark, 1/34359738368 Mark, 1/68719476736 Mark, 1/137438953472 Mark, 1/274877906944 Mark, 1/549755813888 Mark, 1/1099511627776 Mark, 1/2199023255552 Mark, 1/4398046511104 Mark, 1/8796093022208 Mark, 1/17592186044416 Mark, 1/35184372088832 Mark, 1/70368744177664 Mark, 1/140737488355328 Mark, 1/281474976710656 Mark, 1/562949953421312 Mark, 1/1125899906842624 Mark, 1/2251799813685248 Mark, 1/4503599627370496 Mark, 1/9007199254740992 Mark, 1/18014398509481984 Mark, 1/36028797018963968 Mark, 1/72057594037927936 Mark, 1/144115188075855872 Mark, 1/288230376151711744 Mark, 1/576460752303423488 Mark, 1/1152921504606846976 Mark, 1/2305843009213693952 Mark, 1/4611686018427387904 Mark, 1/9223372036854775808 Mark, 1/18446744073709551616 Mark, 1/36893488147419103232 Mark, 1/73786976294838206464 Mark, 1/147573952589676412928 Mark, 1/295147905179352825856 Mark, 1/590295810358705651712 Mark, 1/1180591620717411303424 Mark, 1/2361183241434822606848 Mark, 1/4722366482869645213696 Mark, 1/9444732965739290427392 Mark, 1/18889465931478580854784 Mark, 1/37778931862957161709568 Mark, 1/75557863725914323419136 Mark, 1/151115727451828646838272 Mark, 1/302231454903657293676544 Mark, 1/604462909807314587353088 Mark, 1/1208925819614629174706176 Mark, 1/2417851639229258349412352 Mark, 1/4835703278458516698824704 Mark, 1/9671406556917033397649408 Mark, 1/19342813113834066795298816 Mark, 1/38685626227668133590597632 Mark, 1/77371252455336267181195264 Mark, 1/154742504910672534362390528 Mark, 1/309485009821345068724781056 Mark, 1/618970019642690137449562112 Mark, 1/1237940039285380274899244224 Mark, 1/2475880078570760549798488448 Mark, 1/4951760157141521099596976896 Mark, 1/9903520314283042199193953792 Mark, 1/19807040628566084398387907584 Mark, 1/39614081257132168796775815168 Mark, 1/79228162514264337593551630336 Mark, 1/158456325028528675187103260672 Mark, 1/316912650057057350374206521344 Mark, 1/633825300114114700748413042688 Mark, 1/1267650600228229401496826085376 Mark, 1/2535301200456458802993652170752 Mark, 1/5070602400912917605987304341504 Mark, 1/10141204801825835211974608683008 Mark, 1/20282409603651670423949217366016 Mark, 1/40564819207303340847898434732032 Mark, 1/81129638414606681695796869464064 Mark, 1/162259276829213363391593739328128 Mark, 1/324518553658426726783187478656256 Mark, 1/649037107316853453566374957312512 Mark, 1/1298074214633707107132719146450224 Mark, 1/259614842926741421426543829290048 Mark, 1/519229685853482842853087658580096 Mark, 1/1038459371706965685706175317160192 Mark, 1/2076918743413931371412350634320384 Mark, 1/4153837486827862742824701268640768 Mark, 1/8307674973655725485649402537281536 Mark, 1/16615349947311450971298805074563072 Mark, 1/33230699894622901942597610149126144 Mark, 1/66461399789245803885195220298252288 Mark, 1/1329227995784916077703904405965056 Mark, 1/2658455991569832155407808811930112 Mark, 1/5316911983139664310815617623860224 Mark, 1/10633823966279328621631235247720448 Mark, 1/21267647932558657243262470495440896 Mark, 1/42535295865117314486524940990881792 Mark, 1/8507059173023462897304988198173584 Mark, 1/17014118346046925794609976396347168 Mark, 1/34028236692093851589219952792694336 Mark, 1/68056473384187703178439905585388672 Mark, 1/13611294676837540635687981117077728 Mark, 1/27222589353675081271375962234155456 Mark, 1/544451787073501625427519244683110912 Mark, 1/1088903574147003250855038489366221824 Mark, 1/2177807148294006501710076978732437648 Mark, 1/4355614296588013003420153957464875392 Mark, 1/8711228593176026006840307914929747872 Mark, 1/17422457182352052013680615829859495744 Mark, 1/3484491436470410402736123165971899168 Mark, 1/6968982872940820805472246331943798336 Mark, 1/13937965745881641610944492663887596672 Mark, 1/27875931491763283221888985267775193344 Mark, 1/55751862983526566443777970535550386688 Mark, 1/111503725967053132887555941071100773376 Mark, 1/22300745193410626577511188214220154752 Mark, 1/44601490386821253155022376428440309504 Mark, 1/89202980773642506310044752856880619008 Mark, 1/178405961547285012620089505713761238016 Mark, 1/356811923094570025240179011427524776032 Mark, 1/713623846189140050480358022855049552064 Mark, 1/1427247692378280100960716045710099104128 Mark, 1/2854495384756560201921432091420198208256 Mark, 1/5708990769513120403842864182840396416512 Mark, 1/11417981539026240807685728365680732833224 Mark, 1/22835963078052481615371456731361465666464 Mark, 1/45671926156104963230742914622722913331296 Mark, 1/91343852312209926461485829245445826662592 Mark, 1/182687704624419852822971658490916533325184 Mark, 1/365375409248839705645943316981833066650368 Mark, 1/730750818497679411291886633963666133300736 Mark, 1/146150163699535882258377326792733266601472 Mark, 1/292300327399071764516754653585466533202944 Mark, 1/584600654798143529033509307170933066451808 Mark, 1/1169201309596287058067018614341861332903616 Mark, 1/2338402619192574116134037228683722665807232 Mark, 1/4676805238385148232268074457367445331614464 Mark, 1/9353610476770296464536148914734890663228928 Mark, 1/18707220953540592929072297829469781245777952 Mark, 1/3741444190708118585814459565893956449155584 Mark, 1/74828883814162371716289191317879128983111168 Mark, 1/149657767628324735432578382635758257966222336 Mark, 1/299315535256649470865156765271516515932446672 Mark, 1/5986310705132989417303135305430330318648913344 Mark, 1/11972621410265978834606270610860660373778688 Mark, 1/23945242820531957669212541221721320747557376 Mark, 1/47890485641063915338425082443442641495114552 Mark, 1/9578097128212783067685016488688522990229104 Mark, 1/1915619425642576615337003277377704598045808 Mark, 1/3831238851285153230674006554755409196091616 Mark, 1/7662477702570306461348013109510818323822232 Mark, 1/1532495540514061292269602621902164664644464 Mark, 1/3064991081028122584539205243804329329288928 Mark, 1/6129982162056245169078410487608658658577856 Mark, 1/1225996432411249033815682077521731731715552 Mark, 1/24519928648224980676313641550424624634311104 Mark, 1/49039857296449961352627283100848492668622208 Mark, 1/98079714592899922705254566201696973337244416 Mark, 1/19615942918579984541050912440339546674488896 Mark, 1/39231885837159969082101824880679133489777952 Mark, 1/78463771674319938164203649761358266979555904 Mark, 1/156927543348639876328407299522716533959111808 Mark, 1/313855086697279752656814599045433077918223616 Mark, 1/627710173394559505313629198090866157836447232 Mark, 1/125542034778911901062725839618173231567288464 Mark, 1/2510840695578238021254516792363464631335736928 Mark, 1/502168139115647604250903358472692926267147856 Mark, 1/100433627823129520850180671694538545253429568 Mark, 1/200867257646259041700361343389077090506859136 Mark, 1/401734515292518083400722686778154181013718272 Mark, 1/803469030585036166801445373556308362027436544 Mark, 1/16069380611